

Nr. 5

29.01-4.02 1990

BRD 2, - DM
Österreich 10, - ÖS
Schweiz 1, 80 sfr
Berlin (West) 2, - DM

MOSKAUER HEFTE
FÜR POLITIK

NEUE ZEIT

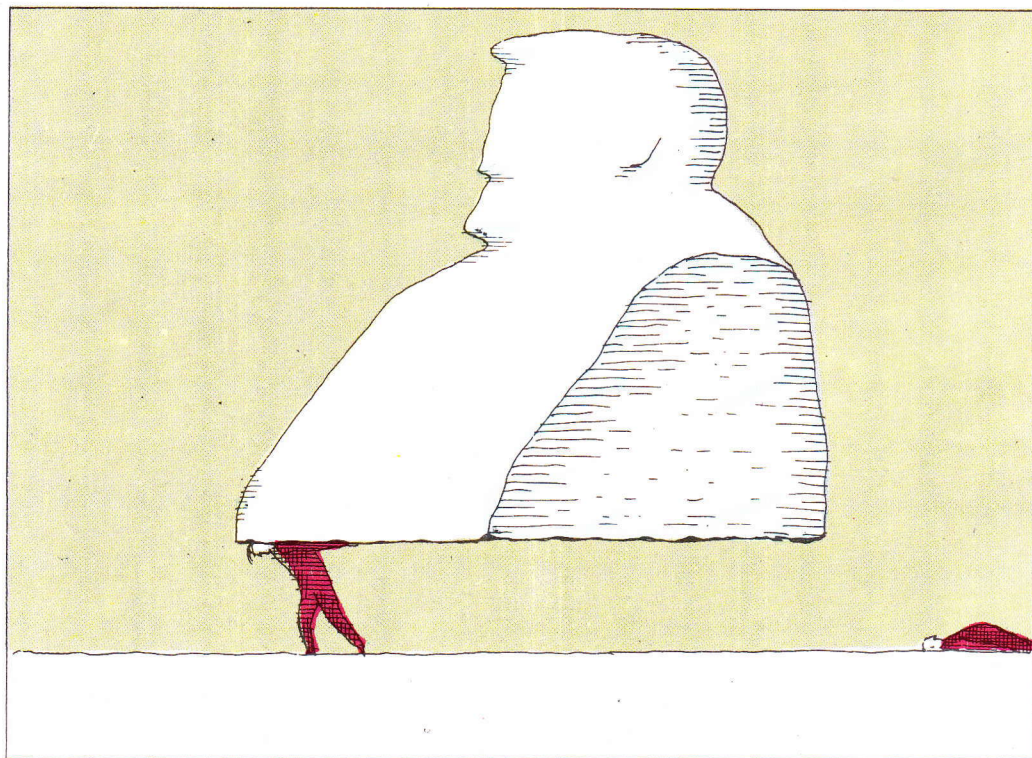
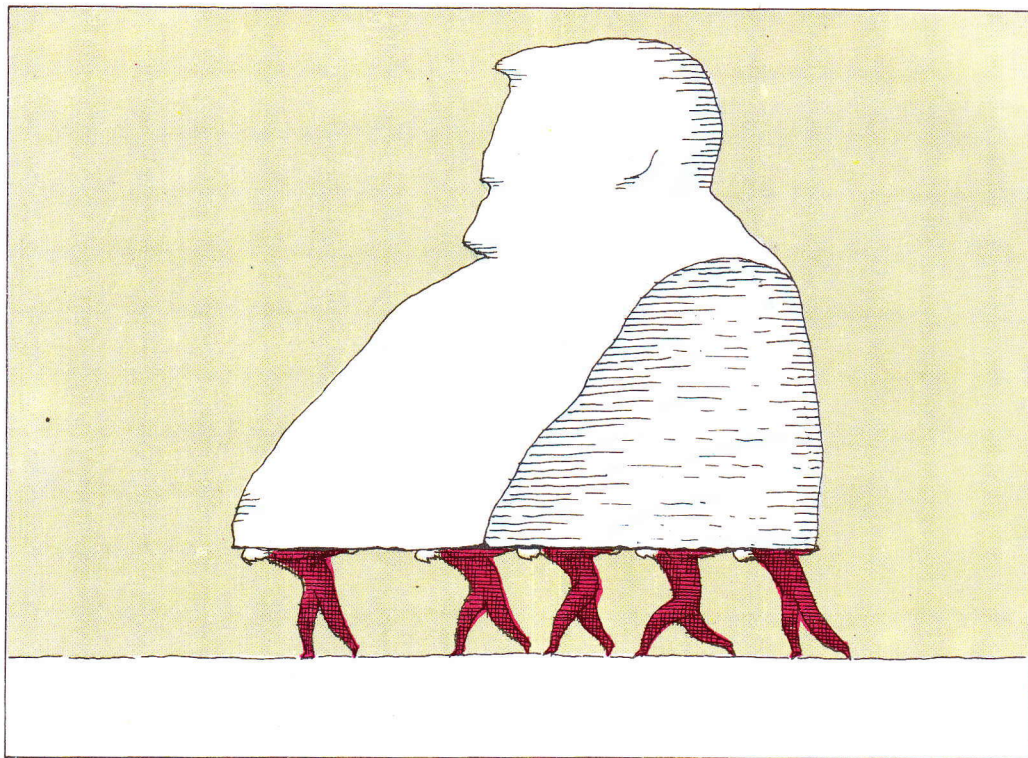
Klassenkampf
oder friedliche
Koexistenz?



WENN DAS ALTER ZUR LAST WIRD

Wie die Gesellschaft
den Menschen
helfen kann

Was Kuba Sorgen macht



Zeichnung: Igor Schejin

LESERBRIEFE (2), EREIGNISSE DER WOCHE (4), PERSONALIEN (44)

SPANNUNGSSHERDE **TRAGÖDIE IM TRANSKAUKASUS** 5



Blut und Tränen
S.5

P. Gontscharow, X. Mjalo **MENSCHEN UND MACHT** 6

G. Sidorowa **WIE SOLL SICH EINE DEMOKRATIE VERTEIDIGEN?** 9

TSSCHECHOSLOWAKEI W. Kulistikow **VIELSTIMMIGER CHOR** 10

DDR M. Podwigin **WER ZIEHT IN DEN PALAST DER REPUBLIK EIN?** 12

ALBANIEN

G. Syssojew **ENTEN ÜBER DAS LAND DER ADLER** 13

OSTEUROPA A. Butenko **DER UNTERGANG DES STALINISMUS** 14

KUBA V. Ignatenko, V. Sobolew **KEINE BLINDE LIEBE** 16

VON UNSEREM SONDERKORRESPONDENTEN

G. Arijewitsch **STELLUNGSKRIEG** 21

WELTWIRTSCHAFT

A. Kirejew **DIE VIELEN JAHRE DER SCHULDENKRISE** 24

MENSCHENRECHTE

Aga Shahi **KLARE ANTWORT AUF KOMPLIZIERTE FRAGEN** 26

GLOBALE FRAGEN W. Rasuwajew

AN DEN QUELLEN EINES „NEUEN PATRIOTISMUS“ 28

TRIBÜNE DES DEPUTIERTEN

N. Engwer **ALTER: LEBENSABEND ODER ZEIT DER VERGELTUNG?** 30

ECHO EINER SENSATION

B. Balkarej **PANZER AUF DIE PLÄTZE** 33

HANDSCHRIFTEN BRENNEN NICHT

K. Jaspers **DIE FREIHEIT ALS ZIEL** 34

„WORLD PAPER“ IN DER NZ 38

FRAUEN-LOGIK T. Iwanowa **EINE MAUER IST KEINE STÜTZE** 43

KULTUR UND POLITIK AUF WIEDERSEHEN IN MOSKAU 46

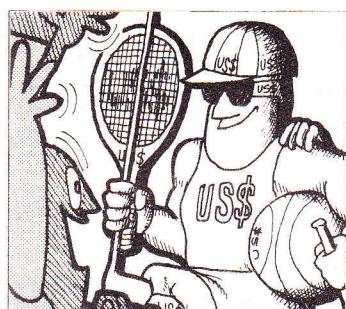
P. Karp **DER STAAT UND DAS VIOLONCELLO** 47

T. Firssowa **EIN WYSSOZKI-HAUS AN DER TAGANKA** 46

JUNGE WELT S. Solowejschik **SCHULE OHNE TRÄNEN** 48



Afghanistan:
Kriegsreportage
S.21



„World Paper“:
Sport und Politik
S.38

Titelbild: Wladimir Ptschjolkina

Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.

☎: 229-88-72, 209-07-67

Telex 411164a NEWTSU, 411164b NEWTSU, 411164c NEWTSU Telefax: 200-42-23; 200-41-92

Erscheint in Russisch, Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch, Portugiesisch,
Italienisch, Polnisch, Tschechisch und Griechisch ● Druck: „Moskowskaja Prawda“

Chefredakteur
Vitali IGNATENKO
Redaktionskollegium:
Leonid ABRAMOW,
Lew BESYMENSKI,
Alexej BUKALOW
(verantwortl. Sekretär),
Alexander DIDUSSENKO,
Vitali GANJUSCHKIN
(stellv.
Chefredakteur),
Sergej GOLJAKOW,
Wladimir
KULISTIKOW
(stellv. Chefredakteur),
Leonid MLETSCHIN,
Dmitri POGORSHELSKI,
Alexander PUMPJANSKI
(1. stellv.
Chefredakteur),
Galina SIDOROWA,
Viktor STARSCHINOW
Gestaltung:
Igor SCHEJIN
Verantw. Redakteur
der deutschen Ausgabe:
Gennadi MJASNIKOW

NZ-Korrespondenten:
Algier
Michail CHROBOSTOW;
Belgrad
Gennadi SYSSOJEW;
Berlin
Anatoli KOWRIGIN;
Bonn
Nikita SHOLKWER;
Bukarest
Sergej SWIRIN;
Delhi
Sergej IRODOW;
Havanna
Vitali SOBOLEW;
Lusaka
Nikolai RESCHETNJAK;
Managua
Juri KUDIMOW;
New York
Jewgeni ANDRIANOW;
Rom
Pawel NEGOIZA;
Stockholm
Alexander POLJUCHOW;
Tokio
Wladimir
OWSJANNIKOW.

Auslandsredaktionen:
Warschau, „Nowe Czesy“
Jan LYSEK;
Prag, „Nova doba“
Vladimir TRAVNICEK;
Athen, „Nei Keri“
Kostas MICHAELIDES

LESERBRIEFE

„Beruf: Soldat“ (Nr. 46/89)

■ Ich verfolge schon lange in der Presse die Diskussionen über eine Berufsarmee. Ich persönlich bin für Profis. Ich bin der Ansicht, daß der Übergang zu einer Berufsarmee etappenweise ablaufen sollte, zusammen mit der Reduzierung der Streitkräfte. Zuerst sollte das Freiwilligkeitsprinzip für die Komplettierung der Soldaten und Sergeanten, die in der Luftabwehr und den funktionsfähigen Truppen dienen, später für die in den Raketen-truppen Dienenden eingeführt werden. Somit festigen wir in erster Linie qualitativ unser strategisches „Schild und Schwert“. Die nächste Etappe ist der Übergang der Matrosen der Kriegsflotte zu den Profis, und dabei vor allem derjenigen, die auf U-Booten ihren Dienst leisten. Dann sollten auf freiwilliger Basis die Sergeanten und Spezialisten der Landstreitkräfte aufgefüllt werden und ganz zuletzt der Mann-schaftsbestand.

Bei einem auf Freiwilligkeit beru-henden System der Komplettierung der Landstreitkräfte wird die Not-wendigkeit entfallen, Einberufene z. B. in den Fernöstlichen oder Transbaikalischen Militärbezirk aus anderen Gebieten des Landes her-

anzuschaffen. Hat denn irgend-wann mal jemand ausgerechnet, was solche Transporte der Einberu-fenen zweimal im Jahr kosten?

Um die Quantität zu Qualität we-rden zu lassen, ist es notwendig, das Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht gründlich zu überar-beiten. Menschen, die ihr Leben der Armee widmen wollen, werden sich finden.

Hauptmann N. Platonow
Usbek. SSR

* * *

■ Womit kann eine Berufsarmee einen jungen Mann anziehen? Mit dem Dienst in exotischen Ländern und einem regelmäßigen, etwa aller 6-10 Monate erfolgenden Wechsel des Dienstortes wie in den Armeen der USA und Großbritan-niens? Solche romantischen Per-spektiven gibt es für unsere Streit-kräfte aus verständlichen Gründen nicht. Bleibt nur ein hohes Gehalt und die Garantie einer guten Ver-sorgung mit Lebensmitteln und Konsumgütern sowie mit einer Wohnung. Eine solche Einstellung verändert logischerweise den Inhalt des Militärdienstes. Wenn heute gemäß der Verfassung der UdSSR der Militärdienst ehrenvolle Pflicht eines jeden sowjetischen Bürgers ist, was für einen Status

soll ihm denn der Austausch dieser Moralkategorien gegen „Kauf-Ver-kauf-Beziehungen“ verleihen, wo das wichtigste Kriterium des Ver-hältnisses zu den dienstlichen Ver-pflichtungen und den Kameraden die Höhe des Gehalts ist? Ob wir damit nicht anstatt des Terrors der Altgedienten neue Übel hervor-bringen, nun aber schon auf dem soliden Nährboden der Ware-Geld-Beziehungen.

Die Einberufung zur Armee muß vor dem Studium eines jun-gen Menschen an einer Hoch-schule erfolgen, damit die spätere Leuchte der Wissen-schaft physisch erstarkt und eine gute politische Schulung durch-läuft. Wenn es bei uns wirklich eine allgemeine Wehrpflicht geben wird, und keine Arbeiter-und-Bauern-Wehrpflicht, wird sich die Qualität des Kontingents der Einberufenen erheblich ver-bessern, die moralische Atmo-sphäre in den Kasernen gesünder werden und der Professionalis-mus zunehmen.

Jewgeni Samoilenko
Dozent am Lehrstuhl
für wissenschaftlichen
Kommunismus
Swerdlowsk, RSFSR

„Heimkehr am Amnestietag“ (Nr. 50/89)

■ Die Erfolge unseres Staates bei der Befreiung der sowjetischen Kriegsgefangenen, insbesondere die Erfolge des Koordinationskomitees der sowjeti-schen Öffentlichkeit, sind bisweilen sehr beschei-den. In den letzten beiden Jahren wurden nur zwei sowjetische Soldaten befreit: A. Lopuch und W. Prokopschuk. Die Ursache liegt vor allem im Infor-mationsmangel. Wir kennen eigentlich nur die Zahl der während der Kampfhandlungen Vermißten. Wir wissen nicht mit Bestimmtheit, wieviel davon gefal-len sind und wer genau, wer mit Gewalt in Gefan-genschaft gehalten wird, wer freigelassen wurde und sich freiwillig auf dem Territorium von Afghani-stan aufhält...

Man muß unbedingt neue Kanäle suchen, neue Informationsquellen, umfangreicher die Möglichkeit von Vermittlern nutzen, darunter auch von ausländi-schen. So z. B. die Hilfe von Lord Bethell, des stell-vertretenden Vorsitzenden des Unterausschusses des Europäischen Parlaments für Menschenrechte. Man kennt ihn gut in Islamabad und Peschawar. Das Koordinationskomitee hat sich an Lord Bethell mit der Bitte um Unterstützung bei der Durchfüh-rung von Verhandlungen mit den Führern der Oppo-sition gewandt, und bitte das Ergebnis: die Befrei-ung von zwei Kriegsgefangenen. Außerdem haben wir uns mit einigen in Pakistan bekannten Wissen-schaftlern, Kulturschaffenden und Künstlern in Ver-

bindung gesetzt, die mit der afghanischen Opposi-tion Kontakte pflegen. Wir hoffen, daß ihre Mission ebenfalls von Erfolg gekrönt ist. Wir möchten gern nochmals über Ihre Zeitschrift, die Mitglied unseres Komitees ist, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf das Problem der Gefangenen lenken. Vielleicht finden sich unter den Lesern der NZ, auch unter den ausländischen, Menschen, die helfen könnten oder möchten.

Die Sowjetunion hatte nie und hat auch jetzt keine Gefangenen, die zu den Anhängern der bewaffne-ten Opposition zählen. Deshalb wenden wir uns, wenn es um den Austausch von Gefangenen geht, um Unterstützung an die afghanische Regierung, die uns bisher immer entgegenkam. Jetzt haben wir in Afghanistan eine Organisation ähnlich unserem Koordinationskomitee aufgebaut. Sie soll sich um die baldmöglichste Befreiung sowohl unserer Landsleute als auch der ehemaligen Soldaten der Streitkräfte der Republik Afghanistan kümmern. Unlängst weilte in Moskau eine Delegation des Volksrates Afghanistans. Unsere Gäste führten Gespräche mit dem Vorsitzenden des Koordina-tionskomitees, hatten eine Begegnung im Volksko-mitee „Nadeshda“ mit den Müttern und Angehörigen der Vermißten, mit dem in Moskau weilenden Lord Bethell.

Boris Djukow
Verantwortlicher Sekretär
des Koordinationskomitees

Ware-Geld- Beziehungen in der Armee?

**Ohne Havarien,
auf Vertragsbasis**

**Kurilen:
hergeben....
nicht hergeben...
verkaufen?**

NZ-Diskussionsclub „Die nördlichen Territorien“ (Nr. 49/89)

■ Inzwischen sind 44 Jahre nach der Beendigung des Großen Vaterländischen Krieges vergangen, ein Friedensvertrag mit Japan ist jedoch immer noch nicht abgeschlossen. Es werden schon lange Verhandlungen geführt, jedoch ohne Ergebnis. Und daran wird sich nichts ändern, wenn wir Japan die vier südlichen Inseln der Kurilen nicht zurückgeben. Wenn es im menschlichen Bereich darum geht, einen Streit zu klären, heißt es: „Der Klügere gibt nach.“ Hochnäsigkeit führt nicht immer zu positiven Ergebnissen.

Manche sagen: Und wenn nun Japan diese Inseln als Militärstützpunkt benutzt? Man kann doch im Vertrag festlegen, daß die Japaner diese Inseln nicht für militärische Zwecke nutzen dürfen...

I. Iwanow
Rybinsk, Gebiet Jaroslawl, RSFSR

* * *

■ Sollten wir nicht Japan diese Inseln verkaufen? Damit könnten wir zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Erstens würden sich die Beziehungen zu Japan weiter normalisieren. Zweitens könnte man das Geld für den Erwerb von Konsumgütern in Japan einsetzen. Letztendlich würde die Sowjetunion nicht ihr nationales Prestige beschmutzen, weil das ja kein Zugeständnis, sondern ein ganz normaler Handel ist. Wir haben doch im vorigen Jahrhundert Alaska an die USA verkauft, und niemand hielt das für eine nationale Schande.

Wladimir Below
Dr. phil.
Moskau

■ Ich will hier nicht meine Argumente dafür und dagegen darlegen, umso mehr, als daß es Menschen gibt, die diese Frage besser durchschauen, wovon ich mich bei der Lektüre dieser Rubrik überzeugen konnte. Ich bin jedoch der Meinung, daß davon, diese Inseln Japan zu übergeben, überhaupt nicht die Rede sein kann. Es wäre meiner Meinung nach allerdings möglich, auf diesen Inseln Konzessionen zu vergeben und Gemeinschaftsunternehmen zu gründen.

W. Jagowsin
Arbeiter
Sarapul, Udmurt. ASSR

* * *

„Streik!“ (Nr. 31/89)

■ Im Artikel steht, daß in den letzten neun Jahren in den Gruben Ihres Landes 10 000 Menschen ums Leben gekommen sind... Das ist furchtbar. Ich habe mein ganzes Leben lang im Hafen gearbeitet und weiß, daß, wenn eine Arbeit gefährlich ist, sie eingestellt werden muß, und da kann es keine Kompromisse geben. Das ist sogar in unserem Kontrakt festgeschrieben. Alle Arbeiter müssen sich in erster Linie um die Sicherheit an ihrem Arbeitsplatz kümmern.

Fred Broch
Melbourne, Australien

„Enttäuschte Hoffnungen“ (Nr. 28/89)

■ In der progressiven Presse der USA lese ich Veröffentlichungen, die Savimbi und die UNITA verurteilen. Ich war deshalb sehr erstaunt, als ich in Ihrer Zeitschrift einen Artikel las, der ziemlich zurückhaltend über Savimbi und wohlwollend über die UNITA berichtete. Besonders schockiert war ich, als ich erfuhr, daß „die Nationalunion für die völlige Unabhängigkeit Angolas nicht geringe Verdienste im Kampf für die Unabhängigkeit des Landes“ habe und daß der Führer dieser Organisation Jonas Savimbi als „einer der anerkannten angolanischen Führer ungerechtfertigt und unlogischerweise zu einem Bösewicht abgestempelt wurde“. Unlängst las ich im „Washington Newsletter“ über die öffentliche Hinrichtung derjenigen, die Savimbi für gefährlich hält, darunter ganze Familien mit kleinen Kindern. Einige ranghohe Offizielle aus der UNITA, die gegen Savimbi auftreten, vergleichen ihn mit Pol Pot. Die Meldungen über die UNITA und Savimbi in der fortschrittlichen Presse der USA unterscheiden sich also von dem, was in Ihrer Zeitschrift veröffentlicht wurde...

Carl Griffier
Virginia, USA

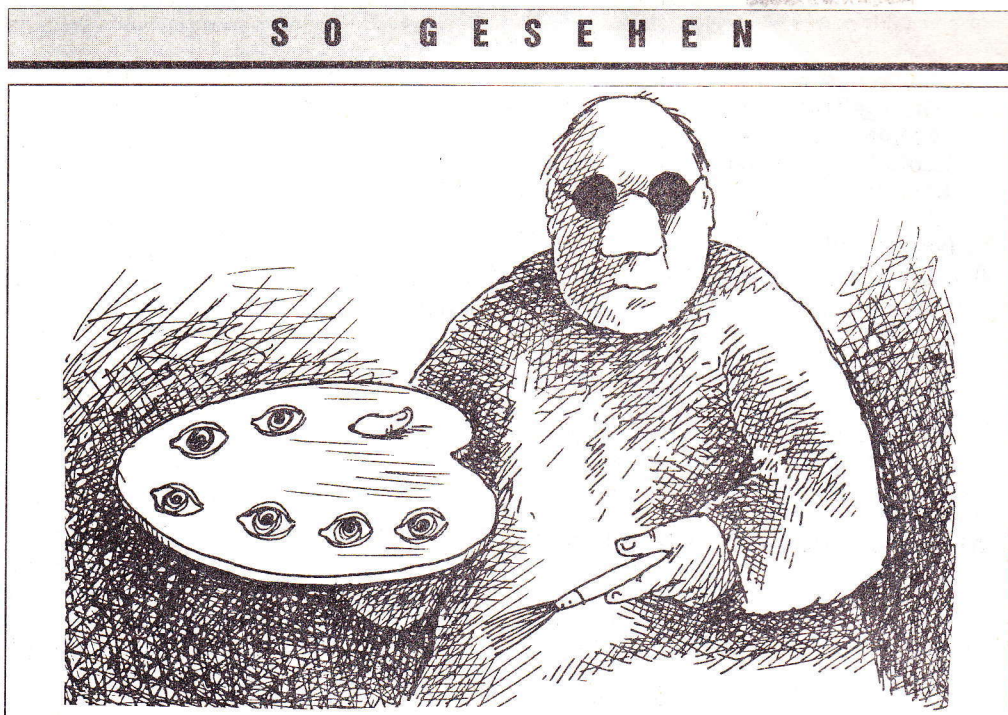
„Weiß der Schatten, wo er hingehört?“ (Nr. 42/89)

■ Erstaunt erfuhr ich, daß der Markt die Schattenwirtschaft in unserem Land beseitigen kann. In vielen Ländern gibt es schon lange einen wirklichen Markt, doch die Schattenwirtschaft hat sich durchaus nicht assimiliert. Einige Produktions- und Geschäftsoperationen werden in diesen Ländern verdeckt, weil die Unternehmer wissen, daß man so einen größeren Profit erzielen kann bei geringerer Besteuerung bzw. ohne überhaupt Steuern für die Realisierung der Waren oder Leistungen auf dem Markt zu zahlen.

Die Schattenwirtschaft ist eine logische Folge der Unzulänglichkeiten der existierenden Ware-Geld-Beziehungen in der ganzen Welt. Die Verwirklichung des Prinzips „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung“ bedeutet meiner Meinung nach nicht nur verbal, sondern in der Praxis die Notwendigkeit eines Verzehrs auf die Ware-Geld-Beziehungen. Auf der Grundlage von bargeldloser Verrechnung wird es dann auch zur praktischen Beseitigung der Schattenwirtschaft kommen.

Wassili Naidjenow
Ismail, Ukr. SSR

**Zusammengestellt von
M. Tschernowzewa**



Zeichnung: Wladimir Semerenko



**BORIS
FJODOROW**
Dr. rer. oec.

In Paris erörtern die Delegationen aus 34 Ländern Probleme einer Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung in Osteuropa. Diese Initiative westlicher Geschäftskreise hat den Zweck, unsere Wirtschaftsreformen zu unterstützen, ja ihnen vielleicht sogar einen zusätzlichen Impuls zu geben. Endlich werden wir die Möglichkeit haben, direkte Kontakte mit der internationalen Finanzwelt anzuknüpfen, d. h. die notwendigen Erfahrungen bei der Kooperation mit westlichen Staaten in einem so spezifischen Bereich wie den Währungs- und Kreditbeziehungen zu sammeln. Das ist ein bedeutender Schritt zur Lösung der brennenden Frage unseres Beitritts zum Internationalen Währungsfonds und zur Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung.

Die grundsätzlichsste Frage in diesem Zusammenhang: Kann man hoffen, daß die neue Bank Mittel in konkrete Projekte investieren und sich nicht ausschließlich auf Regierungsstrukturen beschränken wird? Gewöhnlich ist es doch so, daß ein Valutakredit erst einmal vom Staat vereinnahmt und dann nicht immer durchdacht und begründet ausgegeben wird. Die neue Bank aber muß unbedingt auf die Effektivität dieser oder jener Investitionen sehen.

Es ist zu hoffen, daß wir über diese Bank die Möglichkeit erhalten, qualifizierte Kader auszubilden und uns professionell im Bankwesen zu schulen. Auch sonst wird die Gründung einer solchen Institution unser Banksystem beeinflussen und von ihm nolens volens eine Anpassung an die Weltstandards erfordern, von denen es noch sehr weit entfernt ist.



**IGOR
ABAKUMOW**
Mitglied
des Organisationskomitees
der Vereinigung
der Bauernwirtschaften
und -genossenschaften
Rußlands

Die Delegierten des ersten, konstituierenden Kongresses der Vereinigung der Bauernwirtschaften und -genossenschaften Rußlands haben den Aufbau und die Tätigkeitsprinzipien ihrer Organisation erörtert sowie die Formen der Finanzierung und Versorgung der Bauern, des Rechtsschutzes ihrer Interessen und ihrer Sachversicherung umrissen. Zum Kongreß wurde ein Probeheft der Zeitschrift „Der Farmer“ herausgebracht und wurden die Grundlagen einer genossenschaftlichen Bauernbank gelegt. Heute wirken in Rayons, Gebieten und autonomen Republiken bereits 33 örtliche Vereinigungen von Bauern und Pächtern.

Ihren letzten Kongreß hielten die selbständigen Bauern Rußlands 1918 ab. Dann wurden ihre Exekutivkomitees aufgelöst. Das beseitigte faktisch die gesamtrussische Organisation der Landwirte und erleichterte den Übergang zum Kriegskommunismus und später zur Massenkollektivierung mit all ihren furchtbaren Folgen. 1990 nun bekunden die Bauern, die sich den unabhängigen Geist und den Drang nach freier Arbeit bewahrt haben, ihre Entschlossenheit, mit dem Aufbau eines parallelen und – hoffentlich! – gleichberechtigten Sektors der Agrarwirtschaft zu beginnen.

Mstislaw Rostropowitsch und Galina Wischnewskaja waren für alle aufrechten Bürger unseres Landes wohl nicht wegzudenken. Das ist meine Überzeugung. Diese hervorragenden Musiker ihrerseits hörten nie auf, sich als Repräsentanten der russischen Kunst im Ausland zu empfinden, obwohl sie – eine ungeheuerliche Ungerechtigkeit! – in den Jahren der Stagnation ausgebürgert worden waren. Alles, was in unserer Gesellschaft Gewissen hatte, glaubte und hoffte: Die Gerechtigkeit würde siegen.

Dieser Tag ist gekommen. Mstislaw Rostropowitsch und Galina Wischnewskaja sind wieder Bürger der Sowjetunion, man hat ihnen auch die Regierungsauszeichnungen zurückgegeben. Erst vor kurzem wäre das völlig unvorstellbar gewesen, heute empfinden wir das wenn nicht gerade als Norm, so doch als Rückkehr zur Norm. Man darf vielleicht daran erinnern, daß auch Juri Ljubimow, dem seinerzeit ebenfalls das Recht auf die sowjetische Staatsbürgerschaft abgesprochen wurde, heute wieder Sowjetbürger ist. Hoffentlich bleiben die Fehler, die gegenüber Rostropowitsch, Ljubimow und unseren anderen namhaften und weniger namhaften Mitbürgern begangen wurden, deren einzige Schuld darin bestand, eine von der offiziellen Politik abweichende Meinung zu haben, ein abschreckendes Beispiel dafür, wie Menschen nicht behandelt werden dürfen. Die bedauerliche Respektlosigkeit gegenüber der Menschenwürde darf sich nicht wiederholen. Ich hoffe, daß im weiteren die sowjetische Staatsbürgerschaft allen zurückgegeben wird, denen sie abgesprochen wurde. Wir sind verpflichtet, die Gerechtigkeit gegenüber diesen Menschen wiederherzustellen.



**NIKOLAI
GUBENKO**
Kulturminister
der UdSSR

Der 6. Kongreß des Komponistenverbands der RSFSR begann weder mit einem Rechenschaftsbericht noch mit einem überdimensionalen Präsidiumstisch, sondern mit einer Aufführung von Schostakowitschs „Rajok“ (Guckkasten), einem politisch zugespitzten Pamphlet, das der große Komponist in den traurig berühmten Jahren der Stalinschen und Sjdanowschen Beschlüsse über die Kunst schrieb. Schostakowitsch war der Begründer und erste Vorsitzende des Komponistenverbands Rußlands, der bemüht ist, seine Traditionen zu pflegen.

Der Kongreß hat das in der Geschichte unserer Organisation erste Statut des Komponistenverbands der RSFSR angenommen und auf alternativer Grundlage den Vorsitzenden und das Sekretariat unseres Verbands gewählt. Rodion Stschedrin gab schon zu Beginn des Kongresses bekannt, er wolle seinen Posten als Vorsitzender des Komponistenverbands Rußlands nach 15 Jahren aufgeben. An seine Stelle trat der Moskauer Komponist Wladislaw Kasenin. Die Beschlüsse des Kongresses weisen konkrete Wege zur Wiedergeburt der in vieler Hinsicht eingebüßten geistigen Werte von Rußlands vielstimmiger Musik.



**JEWGENI
BARANKIN**
Sekretär
des Komponisten-
verbands
der RSFSR

Tragödie im Transkaukasus

Viele Menschen mit vom Leid gezeichneten Gesichtern und schwarzbetuchten Köpfen schreiten schweigend hinter den Särgen her.

Angst und Mißtrauen haben sich wie Nebel auf die Stadt herabgesenkt. Man ist mißtrauisch gegenüber den Nachbarn, den Passanten, den Soldaten und den Behörden.

Spuren von Geschossen an den Hauswänden, ausgebrannte Autowracks, schwarze Fensterhöhlen, hinter denen nicht selten der Tod lauert... Das ist Baku im Ausnahmezustand.

Dutzende Tote, Hunderte Verwundete, Tausende Betroffene...

Armenier wurden Opfer von Pogromen, Aserbaidshaner fielen bei Schußwechseln mit Armeniern und Soldaten, Militärangehörige wurden bei Versuchen, rasend gewordene Pogromanstifter zu bändigen, umgebracht, Soldatenfrauen wurden bei der Evakuierung von Scharfschützen beschossen...

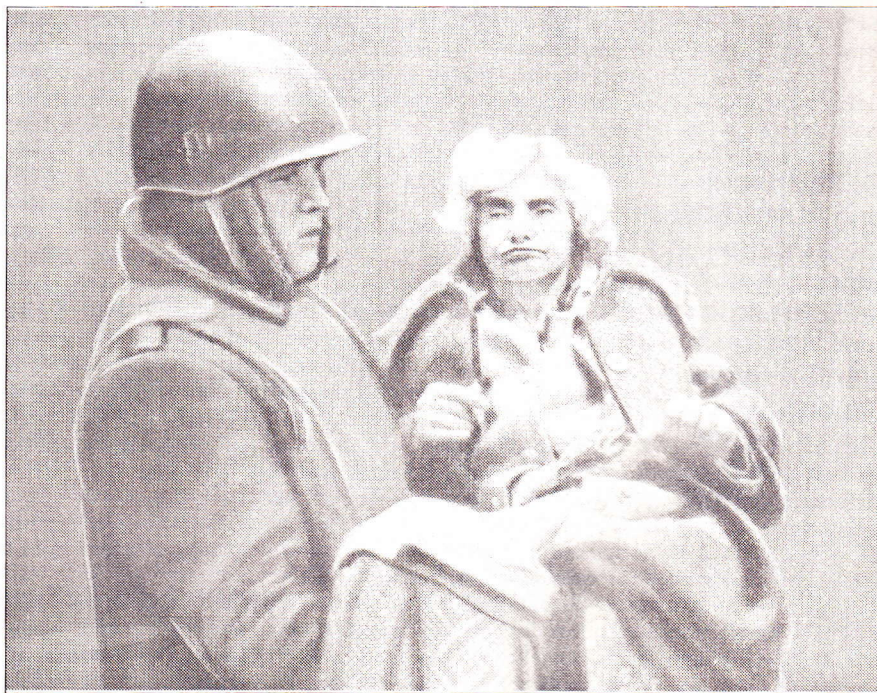
Zufallsoffer, aber keine Zufallsschüsse.

Baku ist in eine Starre verfallen, nachdem sich die bislang aufgestauten Emotionen, der Haß und die hingegenommenen Kränkungen eine Bahn gebrochen hatten. Nun ist die Zeit der Sühne angebrochen, und die Zeit blieb stehen.

Michail Gorbatschow wandte sich mit deutlich sichtbarer Erregung in einer Fernsehansprache an seine Landsleute. „Wir sind von der Überzeugung ausgegangen, daß Gewalt, Feindseligkeit und Fortsetzung des Konfliktes nichts Gutes bringen, sondern lediglich die Situation noch mehr vergiften, mehr Opfer und noch mehr Gewalt hervorbringen.“ Aus diesem Grund kam es in Moskau zu mehreren Begegnungen mit Führern von Armenien und Aserbaidshan. Volksdeputierte der UdSSR waren vor Ort. Das Problem wurde im Obersten Sowjet und im Zentralkomitee der Partei behandelt. Aber die „Aufrufe zu Dialog, Einvernehmen und Toleranz blieben ohne Resonanz“. Durch einen Erlass des Obersten Sowjets der UdSSR wurde über Baku der Ausnahmezustand verhängt. Truppen des Innenministeriums und der Sowjetarmee zogen in die Stadt ein.

Das Schicksal der Völker, Familien und jedes einzelnen, die in den Strudel der Ereignisse hineingerissen wurden, ist tragisch.

Auf den leeren Gesichtern der Einwohner von Baku ist die stumme Frage zu lesen: Wie konnte das geschehen? Die quälende Suche nach einer Antwort auf diese Frage steht uns noch bevor.



Unheil und Unglück ist in die Häuser von Armeniern und Aserbaidshanern eingezogen, in unser gemeinsames Haus

Menschen und Macht

Pjotr Gontscharow, Xenia Mjalo

Die Zivilbevölkerung in Armenien, Aserbaidshan und Nagorny Karabach muß sich entscheiden: Man kann nicht Schutz verlangen und zugleich einen Krieg der Steine gegen die Beschützer führen

Das Prinzip des multinationalen Einvernehmens, das sich auf die frühere Ideologie stützte, ist, wie sich erweist, nicht fester als diese Ideologie selbst. Ein neues Niveau der supranationalen Beziehungen und Werte, das an die Stelle des eingebüßten Einvernehmens oder seines Scheins treten würde, ist aber noch nicht erzielt.

Wie weltweite Erfahrungen zeigen, wird die Eintracht zwischen beliebigen benachbarten national-territorialen Strukturen durch bestimmte Garantien gewährleistet. Entweder ist das eine ethnische Gruppe, die die Konsolidierungsfunktion ausübt, oder ein internationales Abkommen, das meist durch die Autorität von Großmächten bekräftigt ist; schließlich sowohl das eine als auch das andere zugleich.

In der UdSSR war das russische Volk aus historischen Gründen der Vermittler zwischen den ethnischen Gruppen. Aber unter den veränderten Bedingungen nimmt dieses Volk, das unter den sozialpolitischen Experimenten, die das Land erschütterten, nicht weniger als die anderen gelitten hat, nicht den Platz eines Garantien, sondern eines Beschuldigten ein. Ihm wird die ganze Schuld für die Verbrechen und Schlappen der Jahrzehnte vor der Perestroika zugeschoben, was objektiv und subjektiv die Ausübung seiner früheren Funktion unmöglich macht. Da es selbstverständlich auch keinen anderen Garantien des Bürgerfriedens zwi-

schen den Völkern unseres Landes (keine durch die entsprechende Autorität gewährleisteten internationalen Abkommen) gibt, werden scharfe ethnische Zusammenstöße praktisch unvermeidlich. Angesichts dieses Umstands muß die oberste Macht auf jede Äußerung der Gewaltanwendung gegenüber jeder ethnischen Gruppe besonders hellhörig, rasch und adäquat reagieren. Die Wahrung des Einvernehmens zwischen den Völkern ist eine Pflicht, die sich aus der Natur eines multinationalen Staates ergibt. Ohne die Erfüllung dieser Pflicht verliert er im wesentlichen seinen Sinn und löst sich im Grunde auf.

Die ethnokratische Idee hat sich, ohne an ihrem Ursprung die nötige politische Bewertung erhalten zu haben, schon vom Baltikum bis Mittelasien entfaltet. Sie spaltet die Menschen, sät Feindschaft und führt zu blutigen Dramen.

Seinen tragischen Höhepunkt erreicht diese destruktive Entwicklung gegenwärtig im Kaukasus, vor allem in Nagorny Karabach, Armenien und Aserbaidshan. Allabendlich warten wir auf die Frontberichte aus diesen Gebieten. Was mußten erst die Mütter fühlen, die ihre Söhne nach dem abgeleisteten Armeedienst gerade erst empfangen hatten und nun wieder gehen lassen mußten, weil Reservisten wieder eingezogen wurden? Diese Einberufung wurde freilich bald widerrufen, sie hinterließ jedoch Fragen danach, ob die Handlungen unserer Armeeführung wirklich immer durchdacht seien.



Ausnahmezustand in Baku, Aserbaidshan

„Hat der Krieg bei uns also schon begonnen?“ Die Frage ist heute in aller Munde, deshalb erfordern die einzelnen Stadien des transkaukasischen Konflikts eine absolut ehrliche und nüchterne Analyse. Ebenso analysiert werden müssen alle versäumten Chancen zur Erzielung eines Einvernehmens. Fehler, die begangen wurden, müssen als solche qualifiziert werden, der politische Prozeß, der im Gange ist, muß kalt und objektiv, ohne überflüssige Gefühle (wenn auch mit Schmerz im Herzen) „seziert“ werden.

Die ethnischen Widersprüche in Nagorny Karabach und den anstoßenden Gebieten wie auch die sporadischen Gewaltausbrüche dort haben ihre Geschichte. Uns kommt es jedoch darauf an, den Augenblick des Ausbruchs einer politisierten massierten Gewalt, die als Instrument zur Lösung des Problems hingestellt wird, zu fixieren und zu analysieren.

Ein solcher Gewaltausbruch als „Schöpfung der Massen“ waren die Ereignisse in Sumgait. Sie wurden bei uns weder genügend beleuchtet, noch erhielten sie eine adäquate politische und sogar kriminologische Bewertung. Deshalb verblaßten die staatlichen Institutionen im Bewußtsein der Völker beider Republiken bald als Garanten des Bürgerfriedens und der persönlichen Sicherheit des Bürgers.

Im November und Dezember 1988 beschleunigte sich dieser Prozeß noch, weil die Aserbaidshaner massenhaft vom armenischen Boden vertrieben wurden und weil parallel dazu Armenier wegen eines angebotenen neuen Sumgait aus Aserbaidshan abwanderten. Da die Massengewalt in Sumgait keine gebührende Wertung erhalten hatte, wurde auch der Auszug der Flüchtlinge im Einklang mit der Taktik der Regierung verschwiegen. Das Problem der Flüchtlinge (ihre Zahl hat in kürzester Zeit fast 300 000 erreicht) wurde auch nicht vom Standpunkt seines destabilisierenden, explosiven Potentials eingeschätzt.

Gerade das Problem der Flüchtlinge stand im Mittelpunkt des späteren Konflikts, bedingte seine krasse Ideologisierung und beschleunigte das Ausreifen der ethno-kratischen Idee sowohl in Armenien als auch in Aserbaidshan. Denn die Idee „hat ihr Objekt gewonnen“: die Hunderttausenden Flüchtlinge, die ethnische Gewalt erfahren haben.

Neue politische Kräfte

Die ethno-kratischen Ideen einerseits und fast eine halbe Million Menschen andererseits, die aus ihrem normalen sozialen Leben geschleudert sind, mußten notwendigerweise neue handelnde Personen und neue Kräfte, die sich als solche verstehen, in den realen politischen Prozeß einbeziehen.

Diese Kräfte sind heute die Armenische Gesamtnationale Bewegung und die Volksfront Aserbaidshans. Da sie jedoch auf

gesamtstaatlicher Ebene keine politische Anerkennung fanden, sind sie weder ein staatlich-verantwortliches Subjekt der Politik noch auch nur Objekt einer halbwegs zielgerichteten Einwirkung seitens der Regierung.

Es war schon klar, daß der Dialog unter ihrer Teilnahme die einzig mögliche Form der politischen Beilegung des Konflikts wäre, aber nach wie vor gaben die örtlichen Regierungen ihre Weisungen nur den offiziellen Machtstrukturen. Sie taten, als bemerkten sie nicht den wachsenden Einfluß der neuen politischen Kräfte, betrachteten sie nicht als konstruktives und konsensfähiges Element des Prozesses, schalteten sie jedoch auch nicht als eventuell destruktives Element aus diesem Prozeß aus.

In der Ideologie dieser beiden radikalen Strukturen formte sich neben dem schon gewohnten „Feindbild“, dem benachbarten Ethnos, bald ein weiteres, in Form des Staates selbst. So wurde der Staat Zielscheibe der von ihnen ausgeübten Gewalt. Die Ziele dieser Strategie und Taktik traten ebenso rasch wie deutlich zutage: Diskreditierung der **verfassungsmäßigen** Machtstrukturen (Armee, Innenministerium) zu dem Zweck, nicht nur ihre Handlungsfähigkeit zu lähmen, sondern auch ihnen die Verantwortung für das immer ausgiebiger fließende Blut zuzuschreiben. Die Ereignisse vom 9. April in Tbilissi bilden einen Markstein auf diesem Weg.

Das Tbilissi-Syndrom

Die halbherzige Offenheit, was die Beleuchtung dieser Ereignisse betrifft, die wenig objektive, in vieler Hinsicht einseitige Information und der Wunsch, um jeden Preis einen für alle passenden „politischen Verantwortlichen“ zu finden, führten dazu, daß im gesellschaftlichen Bewußtsein der Staat selbst, vor allem seine Armee, zum **einzigen** Schuldigen an der Tragödie stilisiert wurde.

Die Folgen ließen nicht auf sich warten, Armee und Innenministerium, früher Garanten der öffentlichen Sicherheit, verwandelten sich in um ihre Rüstung und Mobilität gebrachte Beobachter der Geschehnisse, was sich während der Ereignisse in Fergana besonders kraß zeigte. Schon das Auftauchen solcher wehrlosen Zeugen, die folglich der Gewalt ausgesetzt waren, vernichtete im Bewußtsein der Bewohner der Konfliktzonen die noch blaß schimmernde Hoffnung auf den Staat als den Garanten der Sicherheit und der verfassungsmäßigen Grundrechte des Individuums. Mehr noch: Das Vakuum wurde prompt durch die „National-Radikalen“ gefüllt, und die Bevölkerung dieser Gebiete folgte ihnen in allem, was die schmachliche Behandlung der Armee anging.

So hatten die Soldaten in Stepanakert, die eine „lebendige Mauer“ zwischen den Konfliktparteien bildeten, in ihren provisorischen Unterkünften kein Wasser, ihre

Räume wurden nicht beheizt. Aus irgendeinem Grund tangierte das niemanden, auch nicht die Volksdeputierten, die sich zu den Prinzipien des Schutzes der Menschenrechte bekennen. Dabei sind die Soldaten ebenfalls unsere Kinder und übrigens auch Bürger unseres Landes. Deshalb müssen sie ihre Pflicht, wenn der Staat sie dazu auffordert, in einer entsprechenden moralischen Atmosphäre erfüllen, und ihr Leben muß ebenfalls geschützt sein, zumindest durch das Recht auf Notwehr.

Sie mußten jedoch ihre Pflicht ohne Waffen und unter einem Hagel von Hohn erfüllen, während die „umgestülpte Glasnost“ sie in einem hysterischen Taumel weiter entehrte. Hier nur einige Beispiele.

Kurz vor dem Ausbruch in Baku geriet eine Kolonne von Bussen, die Aserbaidshaner in Begleitung von Offiziersschülern aus der Milizschule Krasnojarsk beförderte, in einen Hinterhalt am Rande von Stepanakert. Das Kraftfahrzeug der Offiziersschüler wurde von einem Molotow-Cocktail in Brand gesetzt, auf die anderen Busse und die Soldaten wurde geschossen. Ein Offiziersschüler antwortete darauf zuerst mit einem Warnschuß, dann mit scharfer Feuer. Ein Angreifer wurde getötet, drei weitere wurden verwundet. Die Offiziersschüler erfüllten einen realen, ihnen erteilten Auftrag: Busse mit Zivilbevölkerung zu bewachen.

Aber die öffentliche Reaktion war verblüffend. In Moskau schwenkte man bei einer Demonstration die Losung: „Erschießung friedlicher Einwohner von Stepanakert = Bluttaten in Timisoara“.

Während der Herbsttagung des Obersten Sowjets der UdSSR wurde ein ähnlicher Vorfall in Stepanakert bei einer Pressekonferenz für ausländische Journalisten in der Ständigen Vertretung der Armenischen SSR in Moskau aufgegriffen. Die Rede war von Bestialitäten der Militärs gegenüber Zivilisten in Stepanakert.

Die Folgen einer solchen einseitigen Glasnost sind katastrophal, denn das Fehlen einer emotionsfreien, objektiven und präzisen Information über das Handeln aller am Konflikt Beteiligten, das Ausklammern der Armee aus dem Dialog als einer Seite, die der notorische Schuldträger sei, führen unausweichlich zur unterbewußten „Ethisierung“ einer der Konfliktparteien. Das gesellschaftliche Bewußtsein arbeitet dann beharrlich an der Frage, welche von ihnen im Zusammenstoß mehr „recht hat“. Hierbei wird gleichsam als selbstverständlich angenommen, daß beide Parteien in der Kollision mit Armee und Rechtsschutzkräften sowieso „recht haben“.

Unbeachtet bleibt das Wichtigste: daß Gewalt ein zum Himmel schreiender Verstoß gegen die Bürgerrechte des Individuums ist. Das aber wird nicht vom politischen und rechtlichen Standpunkt qualifiziert.

In hohem Maße sind wir, da wir der so geformten öffentlichen Meinung folgten, einer rechtzeitigen und unmißverständlichen Bewertung der Entwicklung ausgewichen. Im Ergebnis begann sie, sich der Kontrolle zu entziehen.

Im November und Dezember 1988 spitzte sich der Konflikt in Nagorny Karabach, Armenien und Aserbaidshan besonders zu, und rund 300 000 Menschen wurden in wenigen Tagen zu Flüchtlingen. Eine außerordentliche Situation war nicht zu bestreiten. Die sich intensivierende Labilität, die durch das entsetzliche Erdbeben und den trotz dieses Umstands andauernden Konflikt ausgelöst wurde, erlaubte und erforderte sogar schon im Januar und Februar 1989 die Einführung des Ausnahmezustands. In der Regel wird er über Gebiete großer Naturkatastrophen verhängt, um die Bevölkerung vor Raubüberfällen zu schützen. Das wurde nicht getan.

Fast gleichzeitig setzte man das Komitee für Sonderverwaltung von Nagorny Karabach ein, aber auch dieses Komitee erhielt nicht die notwendigen außerordentlichen Rechte. Infolgedessen wurde das Herz des Konflikts, Nagorny Karabach, nicht etwa aktiv behandelt, sondern lediglich einer Psychotherapie ausgesetzt. Um den Preis großer Anstrengungen konnte das Komitee ein labiles politisches Gleichgewicht erreichen, dadurch lieferte es sich jedoch den Radikalen auf beiden Seiten aus.

Mehr noch, die Tatsache, daß das Komitee keine außerordentlichen Befugnisse hatte, führte zum „Straßen- und Eisenbahnterror“ und zur Blockade Nagorny Karabachs durch Aserbaidshan und Nachitschevan durch Armenien.

Der Schutz der wichtigsten Kommunikationen war immer und überall Pflicht und Prerogative der obersten Macht im Staat. Bei einer Tagung des Obersten Sowjets wurde nur der Entwurf eines Gesetzes über die Einführung des Ausnahmezustands im Transportwesen vorgelegt. Selbst seine Annahme wurde verhindert. Man tendierte dazu, jede normale Selbstschutzreaktion von Gesellschaft und Staat als eindeutiges Zeichen der Rückkehr des Stalinismus auszulegen. Das Recht der Gesellschaft auf Selbstschutz wurde nicht bekräftigt, die Gewalt seitens der neuen politischen Kräfte blieb wiederum unbeachtet und ohne Bewertung.

Die Auflösung des Sonderkomitees komplizierte die Situation noch mehr, denn der Staat als Ganzes, als selbständiges Subjekt in Gestalt des Komitees verließ die Konfliktzone gänzlich.

Unruhen, ein Konflikt oder ein Blutbad?

Erfahrungen der ganzen Weltgeschichte führen an den Schluß heran, daß in unserem Land seit Monaten **ethnische Kriegshandlungen** im Gange und nur noch nicht gerade regulär sind. Eingesetzt sind Hubschrauber, Kampftechnik und der größte Katalog von Handfeuerwaffen.

Es handelt sich jedoch nicht nur um einen Krieg zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen, sondern auch um einen Krieg gegen den Staat als Ganzes. Die Schleifung eines Teils der Staatsgrenze, der Waffen-



Die Sperren an der Grenze zu Nagorny Karabach bleiben bestehen, allerdings werden erste Verhandlungen gemeldet

raub, die Geiselnahme, die Demolierung der Räumlichkeiten von Rayonabteilungen des Innenministeriums in Armenien und Aserbaidshan, die Kampfhandlungen gegen Einheiten der Armee, des Innenministeriums und des KGB berechtigen zu diesem Schluß.

Der Hintergrund all dieser Ereignisse bildet eine unerklärliche Kluft zwischen den Ausmaßen der Gewalt und dem Maß der Verantwortung dafür.

„Erwachsene Männer können ihre Angst nicht verbergen, wenn sie erzählen, wie vor wenigen Tagen vor dem Bahnhofsgebäude vier Menschen lebendigen Leibes verbrannt wurden.“ („Iswestija“).

„Das rechtmäßige Vorgehen der Truppen des Innenministeriums und der Miliz zur Unterbindung der Ausschreitungen wird von den örtlichen Partei- und Staatsorganen nicht immer unterstützt.“ („Rabotschaja Tribuna“)

Oder: „Vier Panzer wurden von einer Eisenbahnrampe weg gestohlen, und noch immer ist keine Untersuchung eingeleitet worden.“

Es ist völlig klar: Gegenwärtig müßte es nicht mehr der Ausnahmezustand sein, sondern der Kriegszustand auf dem Territorium beider Republiken und in Nagorny Karabach. Das Kriegsrecht sieht die Verantwortung für jeden Akt der Gewalt vor und bedeutet die Beseitigung von Herden, in denen Tausende gut bewaffnete Terroristen konzentriert sind.

Diese Maßnahme ist notwendig, jetzt aber unmöglich. Denn sie verlangt sowohl ein paralleles politisches Vorgehen (vor allem einen Dialog unter Teilnahme aller am Prozeß beteiligten politischen Kräfte) als auch, sogar ganz besonders ein entsprechendes psychologisches Klima. Dieses nun fehlt vollends, und die rührseligen Beschreibungen dessen, wie Militärs unter Gefahr für die eigene Familie Armenier verstecken, können das schwer angeschlagene Ansehen der Armee nicht mehr reparieren.

Da sich unsere Gesellschaft jetzt mit dem

Afghanistan-Problem auseinandersetzt, fragen sich die Väter und die Söhne gleichermaßen: Welche Aufgabe erfüllen also die Soldaten, wessen Fehlkalküle, wessen Verantwortungslosigkeit werden sie erneut mit ihrem Blut bezahlen müssen?

Die Situation entwickelt sich indes stürmisch, jede Verzögerung ist äußerst gefährlich. Deshalb muß sich die Zivilbevölkerung von Armenien, Aserbaidshan und Nagorny Karabach entscheiden: Man kann nicht Schutz fordern und zugleich die Beschützer mit (verbalen und durchaus realen) Steinen bewerfen.

Die Soldaten, die sich auf den Weg machen, um, wie ihnen gesagt wird, ihre Pflicht zu erfüllen, haben das Recht auf das Gefühl, daß sie auch wirklich erwartet werden, haben das Recht zu wissen, daß ihre Kampfhandlungen durch politisches Vorgehen der Leitung der Republik und des ganzen Staates abgesichert werden.

Wie dem auch sei, aber der Einsatz der Streitkräfte würde in der heutigen Situation unseres Erachtens den Konflikt nicht löschen, sondern die Katastrophe noch mehr eskalieren. Die Entwicklung zeigt, daß die Armee aus dem Gebiet des zivilen Konflikts abziehen muß. Sie könnte höchstens, wenn man sich auf die Erfahrungen der UNO besinnt, als auseinanderführende, entflechtende Kraft agieren.

Es bedarf extraordinärer politischer Schritte. Einer davon könnte ein außerordentlicher Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR sein. Das wäre um so angebrachter, als die beiden früheren trotz der mit ihnen einhergehenden dramatischen Ereignisse in Fergana und trotz der Transportblockade im Kaukasus der Lösung der Fragen, die jetzt vor jedem Bürger unseres Landes stehen, im Grunde aus dem Weg gegangen sind.

Fotos: TASS und P. Kassir

Wie soll sich eine Demokratie verteidigen?

Nationalitätenkonflikte und internationale Politik

„N achitschewan, wo liegt das genau?“ fragte mich vor ein paar Wochen ein amerikanischer Journalist im Pressezentrum. Heute sind sie alle schon Fachleute auf dem Gebiet der Geographie. Das liegt aber nicht nur daran, daß die Erschütterungen in unserem Land, das ein Sechstel der Erdoberfläche einnimmt, auch die anderen Teile unseres Erdballs bewegen. Es ist eine andere Aufmerksamkeit, nicht die, die wir bislang gewohnt waren. Man ist uns freundlicher gesinnt, sogar mit einer gewissen Besorgnis.

Den Grund für die freundlichere Haltung sehe ich vor allem in jenem Demokratisierungsprozeß, mit dem wir uns der Welt und die Welt für uns erschlossen haben. Die Demokratisierung hat die Beziehung zwischen Demokratie und Gewalt in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gerückt. Seit Beginn der Perestroika widerspiegelt diese Beziehung den Kampf der beiden Hauptrichtungen im politischen Leben der Sowjetunion, zwischen denen, die alles so belassen und in den Sumpf der Stagnation zurück wollen, und jenen, die das Land verändern und es der zivilisierten Welt zuführen wollen. Hier liegt auch die Ursache für die Besorgnis. Der Welt, ebenso wie uns, ist es nicht gleichgültig, wer die Oberhand gewinnt.

Der Kampf dieser beiden Richtungen verschärft sich noch unter den Bedingungen, da die demokratische Rechtsordnung erst im Werden begriffen ist.

Wie soll die Demokratie die Bürger und sich selbst in Baku, in Nagorny Karabach, in den Städten und Gemeinden von Armenien und Aserbaidshans verteidigen? Mit Gewalt der Gewalt ein Ende setzen?

War es notwendig, in Baku den Ausnahmezustand zu verhängen?

Erste Variante. Die Lösung des Problems wird den Behörden der Unionsrepubliken überlassen, die folglich auch die Verantwortung für das vergossene Blut tragen müssen.

Zweite Variante. Stationierung einer „neutralen Kraft“ in Baku. Truppen des Zentrums sollen weitere Pogrome verhindern, also durch Blutvergießen größeres Blutvergießen vermeiden. So begibt man sich aber mit guten Vorsätzen in den Teufelskreis der Gewalt und setzt außerdem das Leben von Soldaten aufs Spiel.

Das Zentrum wird man in jedem Fall beschuldigen, entweder der Tatenlosigkeit oder aber der Einmischung. Erinnern wir uns an ausländische Erfahrungen. Großbritannien, eine der ältesten Demokratien, versucht in Nordirland schon jahrelang, durch Truppen die miteinander verfeindeten Katholiken und Protestanten auseinanderzuhalten. Dabei kommen immer wieder Menschen um, wobei die Schuld dafür meist den Soldaten angelastet wird.

Wird die Souveränität der Unionsrepubliken weiter ausgebaut, erscheint die erste Variante vorteilhafter. Wie aber soll sich Moskau angesichts der Unvernunft und nationalistischen Blindheit verhalten, mit der selbst die lokalen Behörden geschlagen sind? Selbst wenn es vor Ort genügend Leute gibt, denen daran gelegen ist, die Verantwortung auf Moskau zu schieben und somit die Unzufriedenheit der Bevölkerung auf die Unionshauptstadt zu lenken.

Der Entschluß, über Baku den Ausnahmezustand zu verhängen, ist der Unionsführung nicht leicht gefallen. Aber die Perestroika hat Probleme offengelegt, die sich in Jahrzehnten angehäuft haben. Sie stellt keine leichten Aufgaben und bietet auch keine leichten Auswege. Nicht alle Entscheidungen lassen sich eindeutig werten. Das spüren wir an den Reaktionen auf die Ereignisse im Kaukasus sowohl bei uns als auch im Westen, darunter bei westlichen Politologen.

Einmütigkeit stellen eigenartigerweise ausschließlich die Politiker fest.

Die gegenwärtige Tragödie hat urplötzlich deutlich gemacht, daß wir hinter den vielen Problemen und Widersprüchen, die das Land erschüttern, nicht den realen Effekt einiger Errungenschaften unserer eigenen Außenpolitik der vergangenen Jahre sehen.

Ich erinnere mich, wie skeptisch einige meiner Kollegen die Fortschritte bei der Entwicklung der sowjetisch-iranischen Beziehungen betrachteten. Zu unterschiedlich erscheinen die Ansichten der iranischen und der sowjetischen Führung. Nun haben sich Zwischenfälle an der sowjetisch-iranischen Grenze ereignet. Grenzanlagen wurden kilometerweit beschädigt, die politische und nationale Situation in Nachitschewan spitzte sich zu. Die iranische Regierung, die, was durchaus möglich wäre, dieses „Geschenk“ bestimmt genutzt hätte, würde sie die UdSSR weiterhin als Feind betrachten, nahm eine sehr zurückhaltende Position ein. (Sicher spielen hier die innenpolitischen Interessen des Iran selbst eine nicht zu unterschätzende Rolle.) Sowjetisch-iranische Verhandlungen über die Erleichterung des Grenzverkehrs wurden bereits aufgenommen. Die Verwandten zu beiden Seiten des Grenzflusses Aras werden sich sicher bald schon gegenseitig besuchen können.

Der geistige Führer der schiitischen Muslime Westeuropas, Ajatollah Mahdi Ruhani, rief seine aserbaidshanschen Glaubensbrüder auf: „Wenn ihr heute nicht die Möglichkeiten nutzt, die euch Gorbatschows Politik bietet, dann könnt ihr sicher sein, daß ihr morgen unter die Macht einer Diktatur geratet.“

„Die Türkei wird sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Sowjetunion einmischen“, erklärte Präsident Turgut Özal.

Und das ungeachtet dessen, daß die Zusammenstöße in vielen Regionen Aserbaidshans eindeutig politisch gefärbt sind. Einige Führer der Volksfront verfolgen das Ziel, die Macht zu übernehmen und eigenmächtig über das Schicksal ihres Volkes und der Unionsrepublik zu entscheiden, nämlich aus der Union auszutreten. Hierzu stacheln sie voller Niedertracht den Haß gegen das benachbarte Volk der Armenier an. Im Ergebnis wurden viele Einwohner Aserbaidshans, die gegen eine Loslösung auftreten, aber durch eine gemeinsame Haltung zu Nagorny Karabach gebunden sind, in den politischen Kampf hineingezogen.

Wir sehen vollauf die Notwendigkeit einer Wiederherstellung von Recht und Ordnung ein, erklärte ein Vertreter des britischen Außenministeriums anlässlich des Einmarsches von Truppen in Baku. Verständnis für das Vorgehen Moskaus äußerten ebenfalls offizielle Vertreter Washingtons sowie die Außenminister der EG-Staaten. Erstmals seit vielen Jahrzehnten legen unsere nahen und fernen Nachbarn diplomatisches Taktgefühl an den Tag. Sie üben sich in Geduld, Mitgefühl und Wohlwollen gegenüber den komplizierten Problemen, die die Führung der UdSSR zu bewältigen hat.

Warum? Vor allem deswegen, denke ich, weil man dort daran glaubt, daß die sowjetische Führung entgegen überkommener Traditionen, eines verknöcherten gesellschaftlichen Bewußtseins und eines niedrigen Niveaus der politischen Kultur versucht, in der UdSSR eine demokratische Gesellschaft aufzubauen. Das aber bedeutet, daß unser Land für die übrige Welt verständlicher, berechenbarer wird, sowohl bei unseren Proben, als auch bei unseren Fehlern. Man hat keine Angst mehr vor uns. Man glaubt uns. Wir leben, was die Bedrohung von außen angeht, sicherer. Und wir können endlich die Lösung interner Probleme in Angriff nehmen. Wir dürfen aber niemals vergessen, daß all das ein Ergebnis der vernünftigen Außenpolitik in Kombination mit der inneren Demokratisierung darstellt. Daran sollte man sich stets daran erinnern, selbst unter den kompliziertesten Umständen.

Galina Sidorowa

Politische Beobachterin der „Neuen Zeit“

Ein vielstimmiger Chor

„Die Freiheit kommt nackt...“ ● Hat es den Sozialismus überhaupt gegeben? ● Als die „ewigen Zeiten“ abgelaufen waren

In den Zeitungen steht jetzt das, worüber früher nur geflüstert wurde. Aus dem Radio röhrt es hard und heavy. Im Kino laufen Filme, die 20 Jahre lang verfilmt, aber noch nie gezeigt wurden. In Ministerien, der Armee, in Bierkneipen und auf der Straße hat die Anrede „Pan“ den „Genossen“ völlig verdrängt. Die Frauen hingegen waren mit Ausnahme einiger strenger Parteifunktionärinnen „Pani“ geblieben. Und es ist gerade die Frau, die heute als Hauptfigur in ehemals verbotenen Vorstellungen wie „Erotikon“, „Nackter Sex“ und „Spiele der Nacht“ agiert. Die entsprechenden Aushänge und Plakate verleihen dem sonst ehrwürdigen Prag dieses gewisse Etwas, das jeder Weltstadt eigen ist.

Freie Wahlen wurden für den 8. Juni anberaumt, freie Moralvorstellungen haben sich dagegen sofort durchgesetzt. Dennoch haben lediglich zwei Schöne die Lizenz für „Voll-Striptease“ von den städtischen Behörden bekommen. Dafür ist es wesentlich einfacher, sich politisch in aller Öffentlichkeit zu entblättern. Im Bürgerforum des Prager Stadtbezirkes 1 konnte ich anhand der Aushänge und Flugblätter an den Wänden mehr als 30 politische Klubs und Parteien zählen. Es gibt gleich drei sozialdemokratische Parteien, die alle die Rückgabe des Eigentums fordern, das dieser Partei bis 1939 gehörte, u. a. des Gebäudes, in dem sich heute das Lenin-Museum befindet.

Im Mittelpunkt der Diskussionen steht die Frage, ob die Republik sozialistisch sein soll oder anders. Befaßt man sich eingehender mit dieser Frage, muß man feststellen, daß keiner so recht formulieren kann, worin der Sozialismus und worin seine Alternative besteht. Die Meinungsvielfalt ist auch viel zu groß, und der Mann von der Straße steht unschlüssig den vielen Positionen und Meinungen gegenüber. Gut bekannt sind zwei Kräfte, nämlich die dahinschmelzende Kommunistische Partei, die die schwere Bürde eines vierzigjährigen Machtmonopols zu tragen hat, und das Bürgerforum, das diese Macht gebrochen hat. Die Sozialistische Partei ist ebenfalls im Wachsen begriffen und meldet ernstzunehmende Ansprüche an. Ihre Zeitung „Svobodne slovo“, die samstags eine Auflagenhöhe von einer halben Million überschreitet, gehört zu den beliebtesten Presseerzeugnissen. Dann gibt es noch die Bauern und Liberalen, die Christdemokraten und die Volksparteiler...

Damit dem Parlament Vertreter der führenden politischen Organisationen angehören, wurde kürzlich bei einer Sitzung des

„Runden Tisches“ beschlossen, daß jede Partei, die sich an den Wahlen beteiligen will, mindestens 10 000 Unterschriften vorweisen muß. Um Vertreter in das Parlament zu entsenden, muß eine Partei mindestens fünf Prozent der Stimmen auf sich vereinigen. Die erste Hürde ist nicht schwer zu nehmen, die zweite dagegen wird eine natürliche Auslese treffen. Das Parteiensystem wird sich wohl erst nach den Wahlen konstituieren. Vorerst müssen sich die Wähler den vielstimmigen Chor aus Linken, Rechten und Zentristen anhören, die da so urplötzlich aus der Gesellschaft aufgetaucht sind, die vorher eher einem gleichförmigen Brei glich.

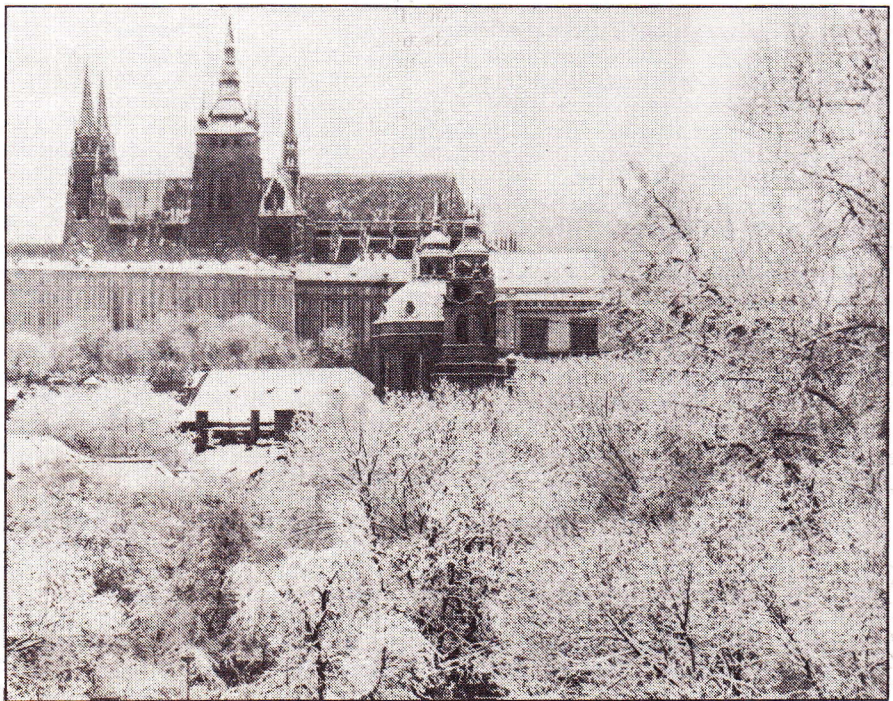
Ein Solist ist aus diesem Chor schon herauszuhören, nämlich Präsident Vaclav Havel. In Schaufenstern und an Autoscheiben sieht man Plakate mit seinem Porträt und den Worten „Wahrheit und Liebe besiegen Haß und Lüge“. Vielen schien es, der Präsident habe bei der Umsetzung dieser Losung in die Wirklichkeit bereits zwei Fehler begangen: Er entschuldigte sich bei den Sudetendeutschen, die nach Kriegsende ausgesiedelt wurden, und amnestierte 26 000 Häftlinge, wodurch es in Prag und anderen Städten zu Spannungen kam. Vaclav Havel ging aber hin zu dem Mann, der aus Protest gegen die Entschuldigung

auf dem Altstädter Platz hungerte, und bat den Innenminister, die Anstrengungen bei der Aufrechterhaltung der Ordnung zu erhöhen. Damit stieg sein Ansehen in den Augen der Mehrheit, denn er bewies damit, daß christliche Barmherzigkeit für ihn nicht nur Worte sind. „Sein“ Pullover verdrängt bei den Männern die bisher üblichen Jackets, „seine“ Farbe leuchtet rötlich in den Frisuren der Damen...

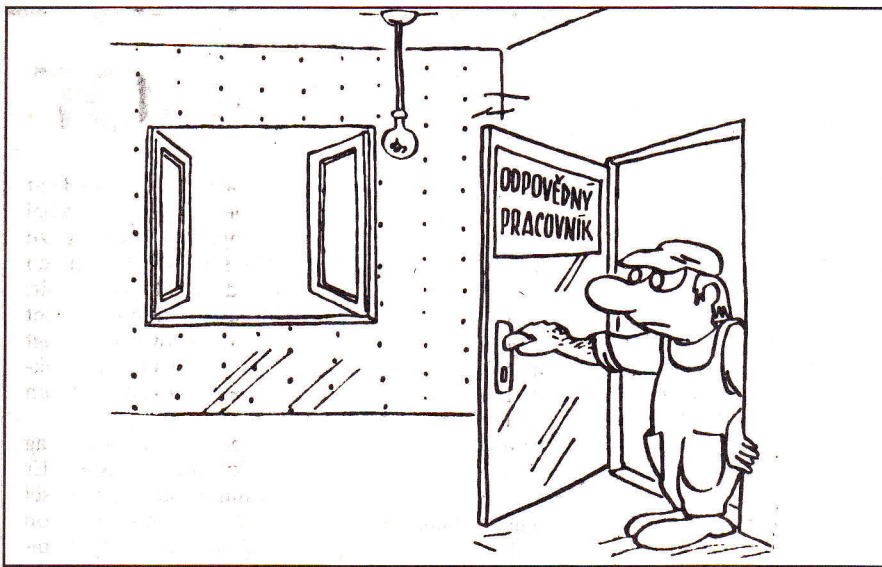
Vaclav Havel hat bereits seinen Beitrag zur Sozialismus-Diskussion geleistet. Er erklärte, die Bedeutung dieses Begriffes sei ihm nicht bekannt. Seinen Opponenten von links anscheinend bekannt, allerdings kommen sie nicht, oder gerade deswegen, ohne Zusätze wie „demokratischer“, „volkstümlicher“, „echter“ und „europäischer“ aus. Jeder versucht zu beweisen, daß die Gesellschaft vor dem 17. November 1989, zumindest in den vergangenen 20 Jahren, keine sozialistische war. Unter den Kommunisten und Sozialisten gibt es Bestrebungen, die Parteibezeichnungen zu ändern. Darin kommt die Stimmung der Bürger zum Ausdruck. Cestmir Cisar, ein Führer des „Prager Frühlings“, sagte dazu:

„1968 riefen die Leute auf den Straßen und Plätzen: ‚Es lebe der Sozialismus! Es lebe die KPTsch!‘ Würde das heute jemandem einfallen, würde man ihn für einen Außerirdischen halten.“

Der Charme dieses 70jährigen Veteranen des „Prager Frühlings“ ist so groß, daß sich bei ihm sogar die „Schutzengel“ vom Sicherheitsdienst, die ihn unter Husak und



Prag im Winter



So sieht der Karikaturist der tschechoslowakischen Wochenzeitschrift „Halo Sobota“ die von der Führung verlassenen Arbeitszimmer

Jakes „umsorgten“, über die Mißstände in den obersten Machttagen, die pompösen Villen, Schmiergelder, die Feiern mit leichten Mädchen, den Schmuck aus der Staatskasse und Vetternwirtschaft beklagten. Cisar war zum Schweigen verpflichtet worden, schwieg aber nicht. Er schrieb ans ZK und an den Präsidenten, warnte vor der nahenden Katastrophe. Dort aber gefiel es niemandem, daß sich ein Ausgeschlossener mehr um das Wohl der Partei sorgt als deren Führer. Die Antwort bestand aus Vorladungen zu den „Organen“, Verwarnungen und Drohungen.

„In der KPTsch hat es immer schon zwei Flügel gegeben, einen kreativ-intellektuellen und einen sektiererisch-bürokratischen“, sagte Cisar. „1968 gewann die letztgenannte mit Hilfe fremder Bajonette endgültig die Oberhand. In der Partei begann eine Hetzjagd gegen die Intellektuellen. Als meine Frau ausgeschlossen wurde, schrieb sie eine Vertreterin des ZK an: ‚Wir werden das intellektuelle Unkraut aus unseren Reihen mit der Wurzel ausrotten!‘ Also wuchsen wir an einem anderen Ort weiter.“

Heute wollen die Kommunisten dieses „Unkraut“ gern wiedergewinnen, aber das geht nur schleppend. Es ist dagegen eher anzunehmen, daß jene aus der Gruppe der 68er, die in die Politik zurückgekehrt sind, eine eigene Partei des Demokratischen Sozialismus gründen werden. Dieses Projekt wird gegenwärtig im Klub „Obroda“ („Wiedergeburt“) diskutiert.

Im pompösen Gebäude der Zeitung „Rude Pravo“ liegen Papierfetzen herum, Leute hasten umher... Hierher ist der Apparat des ZK umgezogen, nachdem die Zahl seiner Mitarbeiter auf ein Drittel reduziert wurde. Der Pressesprecher des ZK, der energische Josef Hora, berichtete mir von den Bewegungen innerhalb der Partei, von den Veränderungen in der Leitungsstruktur, von den Versuchen, die

Abwanderung aufzuhalten. Er ist offen, scharfsinnig und voller Ideen wie viele der jungen Leute im neuen Zentralkomitee. Aber es ist sehr, sehr schwer. Die Bürde der Macht wiegt dann am schwersten, wenn man sie verloren hat. Mein Gesprächspartner ließ verlauten:

„Viele Kommunisten sind der Meinung, die Hauptaufgabe der Partei bestehe darin, die Wahlen ehrlich zu verlieren.“

Funktionslose Funktionäre müssen das Los von Dissidenten auskosten. Sie bekommen nirgends eine Anstellung. Ein Direktor, der „Ehemalige“ einstellt, läuft Gefahr, seine politische Reputation zu verlieren. Der Redakteur einer neuen Zeitung klagte, er könne keine Journalisten finden, weil die meisten in dieser Berufsgruppe Mitglieder der KPTsch sind. Aus der Partei treten sogar ehemalige Führer, darunter der Ex-Regierungschef, aus. Der „Alltags-Antikommunismus“ macht viele besorgt, aber keiner schlägt Alarm, weil er fürchtet, nicht richtig verstanden zu werden.

Auf den Seiten von „Svobodne slovo“ werden die Kommunisten nicht nur für 1968, sondern auch für 1948 verantwortlich gemacht. Die besten Federn der Sozialistischen Partei, die früher den Februar als ihr Geburtsdatum ansah, weisen nach, daß die KPTsch im Ergebnis einer Verschwörung an die Macht gelangte, der die betrogenen Partner, nämlich die Sozialisten, als erste zum Opfer fielen. In der „Rude Pravo“ wurde im Gegenzug die Frage gestellt, wieso denn die Sozialistische Partei danach 40 Jahre lang dennoch der treue „kleine Partner“ der KPTsch geblieben ist. Der Vorsitzende der Sozialistischen Partei Jan Skoda sagte mir, über diese Frage müsse ernsthaft nachgedacht werden, um sie in nächster Zeit ehrlich, ausgewogen und öffentlich zu beantworten.

Der neue Führer der Sozialisten kann auf eine große politische Zukunft blicken. Die Partei hat starken Zulauf, und die

Zahl ihrer Wähler kann noch größer werden. Es wird angenommen, daß diese Partei die meisten Stimmen der linksgerichteten Wähler auf sich vereinigen und in einer möglichen parlamentarischen Linkskoalition die Führung übernehmen wird. Bruder (so lautet die traditionelle Anrede unter den Sozialisten) Skoda verurteilte die extremistischen Angriffe gegen die Kommunisten und berichtete mir von seinen Begegnungen mit dem 1. Sekretär des ZK der KPTsch Vasil Mohorita, erinnerte aber sogleich an die Kerzen auf dem Wenzelsplatz, mit denen der Opfer des alten Regimes gedacht wird. Auf den blumengeschmückten Tafeln steht auch der Name der Volkssozialistin Milada Gorakova, die 1950 hingerichtet wurde. „Zuvor gab es keinen Fall, daß in der Tschechoslowakei eine Frau wegen politischer Betätigung hingerichtet worden wäre.“

Von den Opfern berichtete mir auch Jaroslav Sedivy, früher Minister. Der Journalist und Historiker mußte sich als Heizer und die vergangenen 17 Jahre als Fensterputzer durchschlagen. Heute ist er Chefberater von Außenminister Jiri Dienstbier. Er sprach davon, daß 1968 beim Einmarsch der Truppen des Warschauer Vertrages etwa 160 Tschechen und Slowaken umgekommen sind. Das 70 000 Mann starke sowjetische Truppenkontingent, meint die tschechoslowakische Seite, müsse noch vor Jahresende abgezogen werden.

„Dabei ist nicht zu vergessen“, sagte der Chefberater, „daß jede Verzögerung die Beziehungen nicht nur zwischen unseren Regierungen, sondern auch zwischen unseren Völkern belastet.“

Er sagte auch, ich solle mir keine Mühe geben, einen geheimen Sinn darin zu suchen, daß Präsident Havel vor seiner Reise nach Moskau Anfang Februar die beiden deutschen Staaten und Polen besucht hat und vorher noch nach Ungarn und Rumänien fahren wird. So sieht eben der Zeitplan aus. Die Tschechoslowakei will ihren Bündnispflichten nachkommen, aber sowohl im Warschauer Vertrag als auch im RGW eine aktivere und eigenständige Rolle spielen.

Nun können die Journalisten in der Tschechoslowakei und in der UdSSR die Äußerungen hochgestellter Persönlichkeiten kommentieren. Ich kann mich deshalb nicht ganz mit Jaroslav Sedivy einverstanden erklären. Der Zeiger der tschechoslowakischen Außenpolitik schlägt in Richtung einer engeren Zusammenarbeit mit den Nachbarn in Mitteleuropa, der Entideologisierung und des Pragmatismus aus. Unsere bilateralen Beziehungen müssen weiterhin gut bleiben, aber sie werden niemals so sein wie früher.

Wladimir Kulistikow

NZ-Sonderkorrespondent

PRAG – MOSKAU

Wer zieht in den Palast der Republik ein?

Der Wahlkampf entbrennt • Beispielloser Schritt • Vertrauen für die Regierung

6. Mai – dieses Datum wird immer häufiger von den Zeitungen der DDR und vom Fernsehen erwähnt. An diesem ersten Maisonntag sollen die Wahlen zur Volkskammer stattfinden. Zwar ist es noch weit bis dahin und vorläufig kein neues Wahlgesetz verabschiedet, aber der Kampf um das Parlament hat faktisch schon begonnen. Es ist kompliziert, jetzt vorauszusagen, welche politischen Kräfte um das Recht, ihre Vertreter in den Palast der Republik zu entsenden, miteinander rivalisieren werden. Immer neue Parteien, Vereinigungen und Gruppierungen entstehen. Viele von ihnen haben noch keine erkennbaren politischen Plattformen und Organisationsstrukturen.

Das Präsidium des SED/PDS-Vorstands sprach sich vor kurzem dafür aus, das Nominierungsrecht nur ausgesprochen politischen Parteien zuzuerkennen, was die Rechtsfähigkeit sowohl der Volkskammer als auch der neuen Regierung garantieren soll. Die Annahme dieses Vorschlags würde die Möglichkeit ausschließen, daß eine Partei zusätzliche Mandate über andere gesellschaftliche Organisationen erhält, wie das in der Vergangenheit üblich war. Beschränkungen für die Bildung neuer Parteien gibt es so gut wie keine. Jede politische Vereinigung hat dieses Recht. Es wird ferner vorgeschlagen, die Bildung von Wahlbündnissen zu erlauben, um kleineren Parteien eine Chance zu geben.

Die SED-PDS sprach sich dafür aus, in diesem Wahlkampf ausnahmsweise materielle und finanzielle Auslandshilfe zuzulassen, was vor allem neugegründeten Parteien den Rücken stärken würde. Ein beispielloser Fall in der internationalen Praxis. Man kann sich unschwer vorstellen, daß sich finanzielle und technische Hilfe vor allem aus der Bundesrepublik ergießen wird. Wie frei können die Wahlen in der DDR eigentlich sein, wenn die CDU/CSU, die FDP und die SPD weiterhin massierte Versuche unternehmen, die politische Entwicklung zu beeinflussen? Die Frage ist bei weitem nicht müßig.

Der vierstöckige Altbau in der Friedrichstraße, bis vor kurzem Sitz der SED-Bezirksleitung Stadtmitte, wurde auf Vorschlag des Runden Tisches, der Vertreter verschiedener politischer Kräfte der DDR vereinigt, vor kurzem den neuen Parteien und Organisationen zur Verfügung gestellt. An der Eingangstür hängt ein weißes Blatt Papier, darauf mit schwarzem Filzstift geschrieben: „Haus der Demokratie. Berlin“.

So wird das Haus neu bezogen. Vorläufig

stehen viele Räume noch leer, obwohl handgeschriebene Zettel schon über die künftigen Besitzer Aufschluß geben. In einem Raum mit einem weitgeöffneten Safe lerne ich Andreas Weigelt und Armin Rudloff von der Vereinigten Linken kennen. Sie sagen mir, daß weitere Organisationen im Hause Unterkunft finden werden: Demokratie Jetzt, Neues Forum, Demokratischer Aufbruch und viele andere.

Meine Gesprächspartner kommen von der Humboldt-Universität, der eine ist Student, der andere ein Mitarbeiter. Die Vereinigte Linke sei jetzt in Entstehung begriffen, erzählen sie mir, bilde ihre Gruppen in Dresden, Leipzig, Schwerin, Rostock und anderen Städten. Ein Statut sei da, das Programm noch nicht fertig. Die Organisation setze sich dafür ein, daß in der DDR die Produktionsmittel in den Händen des Volkes bleiben und daß weiterhin zwei unabhängige deutsche Staaten im Rahmen einer Vertragsgemeinschaft bestehen. Ob sie sich als Partei konstituieren wollten? Ja, wenn das für die Wahlbeteiligung nötig sei. Möglich sei auch eine gemeinsame Wahlplattform, allerdings nicht mit dem Wahlbündnis 90, dem beispielsweise die SPD und das Neue Forum angehören, sondern mit der „Kommunistischen Partei“ und den „Nelken“.

Die SED-PDS-Führung und die Koalitionsregierung Modrow haben es jetzt nicht leicht. Sie bekommt die Last der Probleme zu spüren, die Honeckers administratives

Kommandosystem hinterlassen hat: eine aus dem Gleichgewicht gebrachte Wirtschaft, hohe Valutaschulden an den Westen, die Entrüstung der Werktätigen über bekannt gewordene Fälle von Korruption und persönlicher Bereicherung einiger ehemaliger SED-Funktionäre. Die SED-PDS reinigt ihre Reihen. Vor wenigen Tagen wurden Egon Krenz, Honeckers Nachfolger als SED-Generalsekretär, und mehrere ehemalige Mitglieder des Politbüros aus der Partei ausgeschlossen. Dennoch gibt es immer weitere Austritte. So hat auch der stellvertretende Vorsitzende der SED-PDS Berghofer der Partei den Rücken gekehrt. Die politischen Kräfte polarisieren sich, die Neonazis und Extremisten fühlen sich sicherer. Die Losungen, die „Deutschland einig Vaterland“ oder die Ausbootung der SED-PDS fordern, sieht man bei den zahlreichen Kundgebungen in verschiedenen Städten immer öfter. Anonyme Drohbriebe gehen bei Zeitungen und gesellschaftlichen Organisationen ein.

Dennoch billigte die Volkskammer der DDR bei ihrer jüngsten Sitzung mit einer Stimmenmehrheit (bei 7 Gegenstimmen und 24 Stimmenthaltungen) Hans Modrows Regierungserklärung. Das war ein Vertrauensvotum für die Regierungskoalition. Davon, wie erfolgreich die Regierung in den nächsten Monaten zu handeln vermag, wird der Ausgang der Mai-Wahlen in vieler Hinsicht abhängen.

Michail Podwigin
NZ-Sonderkorrespondent
BERLIN

DIE PERSÖNLICHE MEINUNG



OSKAR FISCHER,
Außenminister
der DDR

Mein Moskau-Besuch fand im Rahmen politischer Konsultationen zwischen den Regierungen unserer beiden Staaten statt. Die Perestroika in der UdSSR und die revolutionären Umgestaltungen in der DDR schaffen günstige Bedingungen für den Ausbau der stabilen und vielfältigen Beziehungen zwischen unseren beiden Völkern. Ich möchte, daß die Sowjetbürger wissen: Die Neonazis sind für die DDR nicht typisch. Ich schäme mich und möchte mich vor den sowjetischen Freunden wegen der barbarischen Schändung der sowjetischen Gedenkstätte im Berliner Treptow-Park und von sowjetischen Soldatengräbern in einigen anderen Städten entschuldigen. Machtvolle antifaschistische Manifestationen sind eine unmißverständliche Antwort auf diese schändlichen Ausfälle.

Was die Wiedervereinigung Deutschlands angeht, so möchte ich betonen: Ein viertes Reich ist unmöglich, eine Wiedervereinigung in den Grenzen von 1937 kann es nicht geben. Angesichts der geschichtlichen Erfahrungen müssen wir Lösungen finden, die unseren Freunden und Nachbarn keinen Grund zur Befürchtung geben. Man darf nichts übereilen, man muß vielmehr ruhig und ausgewogen vorgehen. Ich für mein Teil gehe nach wie vor von der Existenz zweier Staaten aus. Ihre Wiedervereinigung kann, das ist meine feste Überzeugung, nur im Zuge der Überwindung der europäischen Spaltung, im Zuge des Aufbaus eines gesamt-europäischen Hauses erfolgen.

Enten über das Land der Adler,

oder: Was im geheimnisvollsten Land Europas geschieht

In den Zeitungen der letzten Wochen tauchte erneut Albanien auf – Meldungen über Protestdemonstrationen, über Zusammenstöße in verschiedenen Städten, über Tote und Verletzte, über die Verhängung des Ausnahmezustandes. Journalisten prophezeiten, die Dinge in Albanien seien in Bewegung geraten und Veränderungen würden nicht lange auf sich warten lassen. Tirana aber erklärte kategorisch, nichts Derartiges ereigne sich im Land.

Es ist nicht leicht, sich im Strom der Informationen über Albanien zurechtzufinden und klare Schlüsse zu ziehen. Erstens widersprechen sich die Meldungen oft. Zweitens stieß ich (und wohl nicht nur ich) noch auf keine Meldung eines ausländischen Journalisten direkt aus Albanien. Alle Meldungen beruhen in der Regel auf Informationen aus zweiter Hand, oder aber es wird auf die Presse von Albaniens Nachbarländern verwiesen.

Natürlich kann man, ohne das Land besucht zu haben, nur schwer ein wahrheitsgetreues Bild zeichnen, zu groß ist die Gefahr, sich von Wunschdenken leiten zu lassen. Doch was soll man tun, wenn es in Albanien keine ausländischen Korrespondenten gibt, weil die albanischen Behörden sie nicht ins Land lassen?! Den Journalisten, die sich an der jugoslawisch-albanischen Grenze einfänden, bleibt nur, sich mit dem Anblick albanischer Grenzer zufriedenzugeben, auf den lieben Gott und auf Veränderungen in Tirana zu hoffen.

Nur zu verständlich ist der Wunsch meiner journalistischen Kollegen, etwas über demokratische Umgestaltungen in Albanien zu hören – ein Land, das jetzt nicht selten mit recht abwertenden Attributen bedacht wird. Verständlich ist der Glaube daran, die Welle der Umgestaltungen, die Osteuropa erfaßt hat, werde keinen Bogen um Tirana machen. Doch ich meine, es wäre falsch, diese Veränderungen durch ungenaue Informationen beschleunigen zu wollen, die stets als Aufstachelung interpretiert werden und genau die entge-

gensetzte Wirkung haben können. Ein „Export der Revolution“ ist unannehmbar und wenig effektiv – heute ist das ein Axiom. Das gleiche muß, wie ich meine, für den „Export der Demokratie“ gelten. In diesen Wochen hat es ja in Albanien weder große Demonstrationen noch deren Unterdrückung gegeben.

Und doch: Was geschieht heute in Albanien? Die Veränderungen in Osteuropa mußten sich auch hier auswirken. Wenn schon nicht die ganze Bevölkerung, so hat doch die Führung des Landes sicherlich eine recht umfassende Vorstellung von diesen Veränderungen. Und die Führung versteht zweifellos, daß die jetzige Situation nicht unverändert bleiben kann. Korrektive sind erforderlich – nicht nur außenpolitischer Art, sondern auch ausgehend von den inneren Erfordernissen, vor allem wirtschaftlicher Natur.

Gewisse Veränderungen vollziehen sich im Land. Albanische Betriebe erhielten 1989 mehr Eigenständigkeit bei der Planung und Produktion ihrer Erzeugnisse. Initiative und produktive Arbeit werden jetzt stärker gefördert. Kritische Publikationen tauchen jetzt häufiger in albanischen Zeitungen auf. Die Führung des Landes spricht davon, daß Partei- und

Staatsorgane unterschiedliche Aufgabenbereiche haben müssen, daß mehrere Kandidaten für ein Mandat bei den Wahlen zu nominieren sind.

Die Vorschläge für Neuerungen sind in der Regel von Hinweisen auf die Ideen von Enver Hoxha begleitet – obwohl man sich schwer vorstellen kann, daß der ehemalige starke Mann in Albanien all das hätte vorhersehen können. Doch so kategorisch möchte ich das nicht sagen: Enver Hoxhas Werke habe ich wenig gelesen.

Gewisse Veränderungen vollziehen sich, wie gesagt. Doch, um es dialektisch auszudrücken, hier haben wir es mit dem Fall zu tun, da Quantität nicht in Qualität umschlägt. Politisch kann man diesen Gedanken konkreter formulieren: Von realen Veränderungen im wirtschaftlichen und erst recht politischen System Albaniens kann man heute wohl kaum sprechen.

Doch Voraussetzungen für mögliche Änderungen gibt es. Sie erklären sich durch verschiedene Faktoren im politischen Leben Albaniens. Kenner der albanischen Wirklichkeit verweisen vor allem auf die junge Bevölkerung des Landes (das Durchschnittsalter der Albaner beträgt 27 Jahre), die verwurzelten Dogmen weniger verbunden ist, obwohl auch sie von den im Lande bestehenden Verhältnissen geprägt ist. Andere erinnern an den Faktor der nationalen Minderheiten. Möglich seien, erklären wieder andere, auch „Reformen von oben“. Doch all das sind Mutmaßungen.

Wie gewöhnlich in derartigen Situationen melden sich ungerufene Ratgeber und Propheten zu Wort. Einer von ihnen ist der

„albanische König“ Leka I., der in der RSA lebt. „Ich bin davon überzeugt“, erklärte er unlängst, „daß sich die Albaner für die Monarchie aussprechen werden.“ Bei diesen Worten schienen ihn nicht die geringsten Zweifel zu plagen. Und doch, wie ich glaube, werden die Albaner kaum die Hoffnungen dieses „Königs ohne Königreich“ Wirklichkeit werden lassen.

Um wieder zum Ernst des politischen Alltags zurückzukehren – ich meine, man kann sagen, daß Albanien an der Schwelle von Veränderungen steht. Wie werden sie aussehen, wann wird das geschehen? Mit der Antwort auf diese Fragen werde ich wohl noch etwas warten müssen – noch.

Gennadi Syssojew,
NZ-Korrespondent
BELGRAD



Zeichnung aus: „New Albania“

Der Untergang des Stalinismus

Mit den Ereignissen in Rumänien tritt die Zerstörung des stalinistischen Modells in ihre Endphase ein. Mit dem Kasernen-Sozialismus wurde auch ein internationales System von staatsbürokratischen Beziehungen obsolet, die für eine Gruppe von Ländern galten

Dr. phil. habil.

Anatoli Butenko

Als sich vor den Völkern Mittel- und Südosteuropas infolge des Sieges über den Faschismus die Perspektive eröffnete, ihre Unabhängigkeit und Nationalstaatlichkeit wiederherzustellen, war damit natürlich auch die Frage aufgeworfen, in welcher Form, bürgerlich, nicht bürgerlich oder antibürgerlich, Unabhängigkeit und Staatlichkeit wiederherzustellen seien.

Der entscheidende Beitrag der UdSSR und der Roten Armee zur Befreiung dieser Länder, der Aufschwung des revolutionär-demokratischen und des nationalen Befreiungskampfes der Völker, die ihr eigenes neues Leben aufbauen wollten, die im antifaschistischen Widerstand errungene Autorität der Kommunisten und Sozialisten, waren alles Faktoren, die zu einer wesentlichen Verschiebung im sozialpolitischen Kräfteverhältnis führten. Die Positionen des werktätigen Volkes und von antifaschistischen, aus mehreren Parteien bestehenden, demokratischen Koalitionen und Vereinigungen wurden gestärkt. Dabei nahm das konkrete Kräfteverhältnis in jedem einzelnen Land seine besondere Form an. Es wäre unsinnig gewesen, die Positionen der Kommunisten und Sozialisten etwa in der Tschechoslowakei, wo sie von Anfang an ein entscheidendes Gewicht hatten, mit denen in Ungarn gleichzusetzen, wo die längere Herrschaft des profaschistischen Horthy-Regimes und die Existenz von ernstzunehmenden feudalistischen Überresten die Positionen der Sozialisten und Kommunisten recht bescheiden ausfallen ließen, während die Partei der kleinen Grundbesitzer recht fest im Sattel saß. Entscheidend ist jedoch, daß es überall eine gemeinsame antifaschistische demokratische Zielrichtung in der Entwicklung gegeben hat.

Andererseits muß man berücksichtigen, daß der Befreiungskampf, die Wiederherstellung von Unabhängigkeit und Souveränität und der soziale Fortschritt sich nicht im luftleeren Raum vollzogen, sondern vor dem Hintergrund einer harten Konfrontation zwischen den „beiden Lagern“. Die despotische Macht Stalins in der UdSSR fand ihren verhängnisvollen Ausdruck nicht nur in zunehmenden Repressionen

gegen das unter Kasernen-Bedingungen lebende sowjetische Volk, sondern drückte auch allen revolutionären Bewegungen und den internationalen Beziehungen ihr Siegel auf. Deshalb stimmten zu verschiedenen Abschnitten der Nachkriegsgeschichte die Ergebnisse der sozialen Umgestaltungen in den Ländern Mittel- und Südosteuropas längst nicht immer mit ihren anfänglichen Plänen und Absichten überein.

Zwischen 1945 und 1947, als die neue Ordnung in diesen Ländern sich eben erst behauptete, verlief die relativ selbständige Entwicklung gemäß den Verträgen von Jalta und Potsdam. Doch schon in diesem Abschnitt war die Präsenz der Sowjetarmee und der sowjetischen Militärverwaltung, die Stalins Pläne und Anweisungen strikt erfüllten, zu spüren. Auch die Rückkehr der „Moskauer Emigranten“ spielte eine Rolle. Diese waren im Geist der Hingabe an den „Vater und Lehrer aller Völker“ erzogen und durchdrungen von dem ehrlichen Glauben daran, daß die Gesellschaftsordnung der Sowjetunion, des ersten Landes, in dem der Sozialismus gesiegt hatte, ein nachahmenswertes Beispiel darstellte.

Darauf wollen wir etwas ausführlicher eingehen.

Streit um die Diktatur des Proletariats

Sicherlich hat in jedem Land die revolutionäre Initiative der Massen, die sich am Befreiungskampf beteiligt und eine neue Ordnung eingeführt hatten, ihre eigenen Formen der Volksmacht und gemischte ökonomische Strukturen hervorgebracht. Allerdings gab es auch einige gemeinsame Linien und Tendenzen in der Entwicklung, die durch die inzwischen entstandene internationale Lage und ein vergleichbares Verhältnis der Klassenkräfte bedingt waren.

Besonders wichtig scheint folgende Tatsache zu sein: Zwischen 1945 und 1947 setzte sich unter dem Einfluß der objektiven Bedingungen in mehreren Ländern Mittel- und Südosteuropas allmählich die Überzeugung durch, daß die Zerschlagung des Faschismus und die Diskreditierung des Kapitalismus, die zunehmende Autorität der Sowjetunion, der wachsende Einfluß der Kommunisten, Sozialisten und Demo-

kraten, die von ihnen gebrachten Opfer und ihr enges Zusammenwirken im blutigen antifaschistischen Kampf dem historischen Fortschritt einen neuen Weg eröffnet hatten. Es wurde die Ansicht geäußert, daß die Völker Mittel- und Südosteuropas ohne die Diktatur des Proletariats zum Sozialismus übergehen könnten, allerdings bei einer Hegemonie desselben, über die „Volksdemokratie“, die die politische Macht eines breiten Klassenbündnisses und eines Blocks aus verschiedenen politischen Parteien verkörpert. Dieser Weg schloß den Klassenkampf nicht aus, erlaubte aber, seine brutalen Formen zu vermeiden, die den sowjetischen Weg zum Sozialismus gekennzeichnet haben.

Lenin hatte eine solche Möglichkeit theoretisch vorgesehen. Er wies verschiedentlich darauf hin, daß bei einer garantierten Unterstützung der Arbeiterklasse durch nichtproletarische Schichten der Werktätigen „man auch ohne Diktatur sehr gut auskommen wäre“, daß also der Übergang zum Sozialismus auch ohne die Diktatur des Proletariats möglich gewesen wäre. Die führenden Funktionäre der kommunistischen und Arbeiterparteien verschiedener „volksdemokratischer“ Länder entwickelten diesen Gedanken weiter und stützten sich auf ihre inzwischen gesammelten Erfahrungen, als sie die geschlossene Konzeption für einen neuen, „volksdemokratischen“ Weg des historischen Fortschritts ausarbeiteten, der sich nach der Zerschlagung des Faschismus und nach dem Sieg der Kräfte der Demokratie und des Sozialismus in dieser historischen Umbruchphase auftrat.

Am 30. November 1946 sagte Wladyslaw Gomułka, als er bei einer Funktionärsversammlung der Polnischen Arbeiterpartei und der Polnischen Sozialistischen Partei die Grundzüge des polnischen Weges zum Sozialismus darlegte, daß „die Diktatur der Arbeiterklasse oder gar die Diktatur einer einzigen Partei weder notwendig noch sinnvoll sei“.

Wenig später, im August 1947, sagte Georgi Dimitroff in einem Interview für einen amerikanischen Korrespondenten unter Hinweis auf die Unterschiede, die es zwischen dem bulgarischen Weg zum Sozialismus und dem Weg der Sowjetunion gebe, die Gesellschaftsstruktur seines Landes sowie seine innere und internationale Lage erlaubten die Schlußfolgerung, daß „Bulgarien auf eigenem Weg, also ohne die Diktatur des Proletariats, zum Sozialismus übergehen kann“.

Diesen Plänen war es jedoch nicht beschieden, verwirklicht zu werden. Zwei reale Kräfte haben sich dem widersetzt: Imperialismus und Stalinismus, zwei Feinde und Verbündete bei der Unterdrück-

„~~kung des Befreiungskampfes~~ der Völker. Churchills Rede in Fulton, in der er zu einem neuen Kreuzzug gegen den Kommunismus aufrief, und der amerikanische Marshall-Plan, der darauf abzielte, allen denjenigen zu helfen, die bereit waren, sich von jeder Unterstützung für Kommunisten und Sozialisten loszusagen, dienten einer Verstärkung des Stalinismus in der kommunistischen Bewegung und in den „volksdemokratischen“ Ländern als hinreichender Vorwand.

Stalin, der befürchtete, daß die Ideen von Demokratie und Freiheit unter den Bedingungen der Nachkriegszeit in die sowjetische Gesellschaft eindringen könnten, und der begriff, daß ein neuer „volksdemokratischer“ Weg zum Sozialismus, mit einem Mehrparteiensystem und einer Opposition, für die sowjetischen Menschen zu einem ansteckenden Beispiel werden könnte, vollzog in den Jahren 1947 – 1948 eine reaktionäre Wende. Die Konzeption eines neuen Weges für den historischen Fortschritt wird verworfen, und ihre Anhänger, allen voran die „Tito-Bande“, werden als 5. Kolonne diffamiert und aus der kommunistischen Bewegung verjagt. In den „volksdemokratischen“ Ländern setzt ein neues „1937“ ein: Repressionen und Hinrichtungen zeichnen den blutigen Weg, auf dem der Stalinismus im „sozialistischen Lager“ siegt.

In diesen Ländern behauptete sich der Stalinismus unter der Losung der Verstärkung des Klassenkampfes und der Hauptstraße zum Sozialismus über die Diktatur des Proletariats mit kaum merklicher Spezifik ihrer Verwirklichung und Funktionsweise. Flankiert wurde das durch lautstarke Erklärungen über die Allgemeingültigkeit der sowjetischen Erfahrungen (Erfahrungen bei der Verwirklichung nicht des Sozialismus, sondern des Stalinismus).

Nur ein „fremdes Modell“?

Es wäre allerdings nicht richtig, alle Fehler in der Vergangenheit der regierenden Parteien der sozialistischen Staatengemeinschaft nur auf negative Einwirkungen von außen zu reduzieren. Man sollte nicht vergessen, daß das sowjetische Volk diese Länder nicht nur befreit hat, sondern auch, indem es sein Letztes mit ihnen teilte, half, die durch den Krieg zerstörte Wirtschaft wieder aufzubauen und die nationalen Grundlagen des gesellschaftlichen Lebens neu zu errichten. Der Stalinismus, der sich hier verhärtet hatte, war nicht nur importiert. Sowohl zurückgekehrte nationale Komintern-Kader als auch bestimmte soziale Kräfte und Schichten im Innern waren an einer solchen Entwicklung interessiert. Sie wurden die innere soziale Basis des Stalinismus. Aus ihrer

Mitte rekrutierte sich die Partei- und Staatsbürokratie, die in jedem Land und nach eigenem „nationalen“ Dafürhalten Stalins, später auch Breschnews Modell vom Kasernensozialismus realisierte.

Die freiheitsliebenden Völker in den Ländern Mittel- und Südosteuropas haben sich nie mit ihrer stalinistischen Versklavung abgefunden. Angefangen mit den Berliner Ereignissen von 1953 wurden in diesen Ländern mehr als zehn großangelegte Versuche unternommen, die ihnen aufgezwungene Ordnung zu zerstören. Erst mit Beginn des revolutionären Umbaus in der Sowjetunion wurde ein erfolgreicher Ausgang dieser Kämpfe möglich. Darüber hinaus wurde die Perestroika in der Sowjetunion praktisch zu einem Katalysator für die in letzter Zeit in den Ländern der „sozialistischen Staatengemeinschaft“ stattfindenden Veränderungen und den Untergang des Stalinismus in Europa.

Das läßt sich für meine Begriffe durch mindestens zwei Umstände erklären.

Erstens hat der revolutionäre Umbau in der sowjetischen Gesellschaft das Modell des administrativen Sozialismus in der Sowjetunion zerstört. Die UdSSR hörte auf, ein internationales Bollwerk des Stalinismus und, wir wollen ehrlich sein, der Gendarm zu sein, der über die Unerschütterlichkeit der

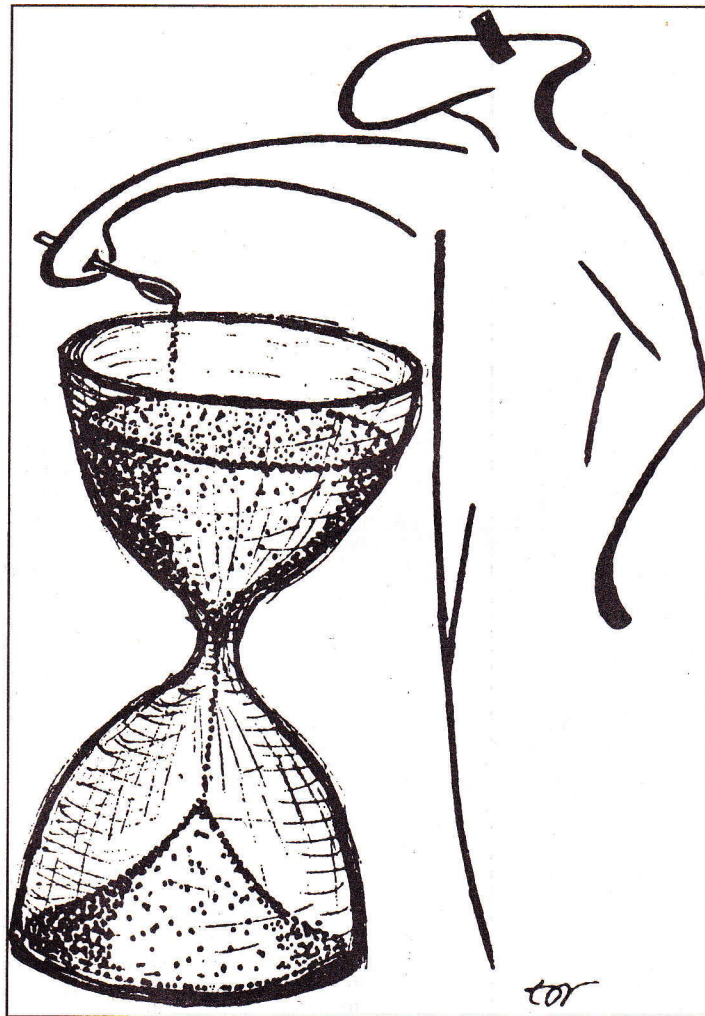
stalinistischen Ordnung in anderen Ländern wachte. Zweitens mußten die theoretischen Konzeptionen und praktischen Erfahrungen der beiden Großmächte Sowjetunion und Volksrepublik China sich auf alle anderen Länder auswirken, die mit dem Kapitalismus gebrochen hatten. Die Veränderungen in der UdSSR und in der VR China mußten natürlicherweise Erschütterungen in anderen Ländern nach sich ziehen.

Die 80er Jahre des 20. Jahrhunderts werden als Jahre der stalinistischen Agonie in Europa in die Geschichte eingehen. Zu Beginn dieses Jahrzehnts Polen, in der zweiten Hälfte Ungarn, dann die DDR, die Tschechoslowakei und Bulgarien: Jedes dieser Länder schlug auf seine Weise und auf seinem eigenen Weg eine gemeinsame Richtung ein, indem es verknöcherte Strukturen zerstörte und sich von Regimes und Herrschern befreite, die diese Länder in eine sozialwirtschaftliche Sackgasse geführt hatten. Gekrönt wurden die 80er Jahre durch den Volksaufstand in Rumänien.

Die tragischen Erfahrungen Rumäniens mögen all jenen eine bittere Lehre sein, die die Gefährlichkeit des Stalinismus, die Entschlossenheit der Anhänger der Diktatur, jedes Verbrechen zu begehen, um ihre vom Volk usurpierte Macht zu retten, unter-

schätzen. Gestützt auf ihre Partei- und Staatsbürokratie und getarnt hinter marxistischen und sozialistischen Losungen sind sie bereit, den Freiheitsdrang des Volkes zu unterdrücken und damit gleichzeitig die Hoffnungen der Menschheit auf eine bessere Zukunft und die Möglichkeit einer gerechten sozialen Umgestaltung sowie den Glauben der Massen an das sozialistische Ideal zu zerstören.

Diese Erfahrungen zeigen noch einmal, daß die Geschichte in ihrem Lauf nicht aufzuhalten ist. Niemand und nichts kann den Massen Einhalt gebieten, wenn sie sich zum Kampf um ihre Freiheit erhoben haben! Der Stalinismus ist zum Scheitern verurteilt. Sein blutiger Todeskampf kann nicht mehr lange dauern! Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Völker aller Länder Europas, die sich vom Stalinismus befreit und um gesamt menschlicher Interessen willen das „klassenmäßige Herangehen“ abgeschafft haben, ihren eigenen Weg finden werden, um aus der historischen Sackgasse heraus und nach vorn zu finden, zu einem erneuerten Sozialismus, zum Anschluß an die europäische und Weltzivilisation, zu einer neuen menschlichen Gemeinsamkeit!



Vielleicht können wir die Zeit noch ein bißchen rauszögern

Zeichnung: „Tribuna Ludu“ (Polen)

Keine blinde Liebe

Anmerkungen zu Worten und Taten unserer alten Freunde

Vitali Ignatenko, Vitali Sobolew
NZ-Sonderkorrespondenten

**Offenheit zwischen
sozialistischen
Ländern macht sich
politisch bezahlt**

Die Versuchung, in eigenen Schlußfolgerungen und im eigenen Weg das einzig Wahre zu sehen, ist eine von vielen Versuchungen, die auf den Menschen einströmen. Die hier gemeinte Versuchung ist, wie die Geschichte zeigt, für sozialistische Berufspolitiker besonders bezeichnet. Sie bieten ein günstiges Milieu für besonders starke Tendenzen zur Monopolisierung der Wahrheit, zum Nachbeten von Dogmen und unkritischen Beurteilungen. Gelingt es einem Politiker, diese Tendenz zu durchbrechen, läuft er Gefahr, selbst von seinen Kampfgefährten zunächst einmal nicht verstanden zu werden, obwohl gerade er die Geschichte kühn vorantreibt und die Gesellschaft um ihrer selbst willen einem Umbauprozess unterzieht. Zur Erinnerung: Der Marxismus hat ein einziges unerschütterliches Dogma. Er ist eine „ewig lebendige Lehre“. Das heißt, er verändert sich, entwickelt sich und wird nicht in Bronze gegossen.

Wozu diese Bemerkungen?

Unsere Reise durch Kuba, Gespräche mit alten und neuen Freunden sowie gewisse Veröffentlichungen in Zeitungen aus Havanna bringen uns auf den Gedanken, daß die Kubaner unseren Angelegenheiten und den Prozessen, die sich heute in der sozialistischen Welt ereignen, mit einer gewissen Besorgnis gegenüberstehen. Vor fast einem Jahr haben Michail Gorbatschow und Fidel Castro auf Kuba die sowjetische Perestroika im Zusammenhang mit umfassenden und fundamentalen Fragestellungen der internationalen Beziehungen erörtert. Die Diskussion war, wie wir wissen, offen und freundschaftlich. Seitdem ist die Perestroika ein gutes Stück weitergekommen. Ihre Prinzipien sind deutlicher hervorgetreten. Somit hat auch die kubanische Führung Anlaß und Möglichkeit erhalten, einige Phänomene des Umbaus öffentlich zu werten. Ihre Wertung ist kein Lob.

„Verwirrung in den Köpfen“: So beschrieb man uns im ZK der KP Kubas die Reaktion der Kubaner auf die Ereignisse in der UdSSR und in Osteuropa. Diese Ereig-

nisse schaffen nach Auffassung des verantwortlichen Genossen, der uns empfangen hat, ernsthafte zusätzliche Schwierigkeiten für Kuba bei der weiteren Verfolgung des in der Vergangenheit gewählten Weges, an den sich das Land zu halten gedenke, komme was da wolle. Unser Gesprächspartner gab uns zu verstehen, daß er auch in Hinsicht auf die Perestroika nicht die allerbesten Vorahnungen habe, und das bedeute, daß die erwähnten Schwierigkeiten noch zunehmen können.

Veränderung, Umgestaltung

Auf Wertungen und Prognosen wollen wir hier verzichten. Alles was wir haben, sind unsere journalistischen Beobachtungen. Sie haben sich im Lauf der Tage in unseren Notizblöcken angehäuft, sind auf Band gesprochen und zu Erinnerungen geronnen. Manchmal neigten wir dazu, was wir zu hören bekamen, für später aufzuheben und unseren Lesern vorzuenthalten. Die Zeit vergeht, und vieles wird zu einer Tatsache, die sich dem Jähzorn, der polemischen Überspitzung und mangelndem Verständnis zuschreiben ließe. Klar ist, daß man auf sich selbst angewiesen ist, will man über kubanische Angelegenheiten schreiben. Bei der jüngsten beratenden Begegnung mit Journalisten aus sozialistischen Ländern erinnerte der kubanische Delegierte Julio Garcia daran, daß es „unzulässig ist, bei der Beschreibung der Wirklichkeit in Bruderländern ausschließlich oder übermäßig von westlichen Quellen Gebrauch zu machen“. Diese ethische Norm hält unsere Zeitschrift bei Artikeln über Kuba unverändert ein, obwohl wir in der kubanischen Presse nicht immer alle Informationen finden, die wir suchen. In dieser Hinsicht können sich die Dinge übrigens zum Besseren wenden. Julio Garcia kündete umfassendere und entschlossener Umgestaltungen in der Arbeit seiner Kollegen sowie Veränderungen in der Gesellschaft an, von deren Tiefe die „Vervollkommnung der kubanischen Presse und die Steigerung von Kritik und Selbstkritik“ abhängen werden.

Es waren übrigens vor allem die Veränderungen und Umgestaltungen, auf die wir geachtet haben. Das sozialistische Kuba geht seinen Weg. Und immer ist das Interesse an ihm von gutem Willen und Aufrichtigkeit bestimmt. Wir freuen uns über das, was die Kubaner schaffen. Wir sind betrübt, wenn Engpässe und Mängel auftreten. Lange genug brachten wir kein Wort hervor, wenn bei den Freunden etwas nicht stimmte. Wohl deshalb, weil wir in den letzten Jahren alle diese Worte für uns selbst gebraucht haben.

Wir schonen uns wirklich nicht.

Einverstanden, die Kubaner haben allen Anlaß, den Werdegang unserer Perestroika mit gespannter Aufmerksamkeit zu verfolgen. Durch Außenhandel, technologische Fäden und ideologische Verknüpfungen sind sie schließlich nicht nur mit unserem Land, sondern auch mit anderen sozialistischen Staaten verbunden. Von dort erhalten sie widersprüchliche Informationen. Viele sind für sie kein Grund zur Freude. Dabei muß man sicherlich berücksichtigen, daß in der kubanischen Wirtschaft längst nicht alles in bester Ordnung ist. Die Staatseinnahmen gehen zurück, besonders spürbar ist der Mangel an harter Währung. Damit



Havanna. Der Tag beginnt mit der Zeitung

werden unwillkürlich auch die Ausgaben eingeschränkt.

Wenn wir auf kubanische Schwierigkeiten eingehen, möchten wir vorausschicken, daß wir keine einschlägigen Informationen eingeholt haben. Es war aber auch nicht möglich, vor dem Offensichtlichen Augen und Ohren zu verschließen. Wenn wir beispielsweise notieren, daß Zwiebeln, Möhren, Rüben und ähnliches im staatlichen Handel, einen privaten Handel gibt es hier nicht, schon seit einem halben Jahr nicht mehr zu finden sind, dann nur, um die Schlußfolgerung zu stützen, daß die Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung bereits die Grenze erreicht haben, hinter der soziale Spannungen einsetzen können. Wir bemerken allerdings noch etwas anderes, wie etwa jene überheblichen sowjetischen Genossen, die sich ab und zu in den Läden von Havanna und Umgebung umsehen, um sich danach zu erkundigen, wie denn die Leute hier so leben. Es gibt nämlich nichts. Konserven, gleichgültig, was sie enthalten, sind sofort ausverkauft. Wir wundern uns nicht über den Mangel an Waren, sondern über die Reaktion unserer Landsleute auf ihr Fehlen. Schließlich ist die Versorgungslage in Moskau sowie in den näheren und weiteren Regionen alles andere als beispielgebend für Kuba. Dennoch bleibt bei verschiedenen sowjetischen Dienstreisenden die belehrende Attitüde erhalten.

Dabei nagen die Kubaner keineswegs am Hungertuch. Es gibt zwar keine mannigfaltigen Delikatessen, aber niemand bleibt ohne Frühstück, Mittag- und Abendessen. Auf den Straßen springen, wo man auch hinkommt, bezaubernde adrett gekleidete Schulkinder herum. Schmuckes junges Volk flaniert, und junge Burschen lassen durch ihre Blicke Damen, deren Jugend weit, in vorrevolutionärer Zeit, zurückliegt, jünger werden. Es scheint, daß die Fröhlichkeit und Eleganz der Menschen hier nicht im geringsten von Lebensmittelkarten und dem abhängt, was man für sie bekommt. Auf Kuba gehören Lebensmittelkarten zum Alltag, aber sie regeln nur einen Teil des Alltags und bestimmen ihn nicht ganz.

Keiner protestiert gegen die schlechte Lebensmittelversorgung, und es kommt niemandem in den Kopf zu demonstrieren, weil bestimmte Waren fehlen.

Die Kubaner regen sich über Warteschlangen auf. Aber niemand regt sich in der Warteschlange auf.

Dieser Tage meldete das Exekutivkomitee des kubanischen Ministerrats Preiserhöhungen für Brot und Eier. Es handele sich um eine Notmaßnahme, weil aufgrund eines gestörten Arbeitsablaufs bei Lieferungen aus dem Ausland, vor allem aus der UdSSR, nicht genug Mehl und Geflügelfutter vorhanden seien. Daneben wurde beschlossen, in den meisten Provinzen die bereits vorhandenen Normen für die Ausgabe von Brot auf Lebensmittelkarten zu senken. Das Exekutivkomitee verweist ebenso auf Schwierigkeiten beim Export von Zitrusfrüchten. Erklärt wird das damit, daß die Schiffe aus Polen, der DDR und der Sowjetunion, die längst in kubanischen Häfen hätten anlegen müssen, nicht da sind.



Nach der Unterzeichnung der Vereinbarungen zwischen Angola, Kuba und der RSA begann im letzten Jahr unter Vermittlung der USA und Unterstützung durch die UdSSR der Abzug kubanischer Militäreinheiten aus der Volksrepublik Angola. Die kubanischen Internationalisten, die auf dem Boden der VRA 2016 Soldaten verloren, haben ihre Pflicht ehrenhaft erfüllt

Goldener Sand

Es ist ein Axiom, daß in unserer Zeit Sonne, Sand und Meer nicht nur den Urlauber, sondern auch den Geschäftsmann interessieren. Weil es den Kubanern heute darauf ankommt, ihre Wirtschaft gewinnbringend zu führen, haben sich in allen Erholungsorten Geschäftsleute mit kommerziellem Zugriff etabliert. Die Regierung von Kuba hat beschlossen, die Tourismusindustrie in einem solchen Tempo zu entwickeln, daß der Zustrom von ausländischen Gästen bis zum Jahr 2000 um das Zehnfache vergrößert werden kann. Damit haben Erholungsorte und Tourismus den wichtigsten Platz unter allen kubanischen Wirtschaftsbranchen.

Was wir in dem weltbekannten Seebad Varadero gesehen haben, spricht tatsächlich für die ernstesten Absichten unserer Freunde. Man kann sich durchaus für Reichtümer begeistern, welche die Natur Kuba gegeben hat, auch wenn sie nur unzureichend genutzt werden. Heutzutage, da Millionen von Menschen jedes Jahr ins Ausland fahren, sind der Sand und das Meer, die Kuba zu bieten hat, reines Gold. Die alchemistische Operation, bei der die beiden ersten in das zweite verwandelt werden, verläuft allerdings nicht von allein.

„Es gibt noch Beschwerden“, gestand Josefina de La Rosa, Repräsentantin der kubanischen Tourismusorganisation Cubanacan. „Wir müssen unseren Service unbedingt noch steigern.“ Als sie über den Bau von Hotels mit eigenem und gemischtem Kapital berichtete, kam sie auch auf die Schwierigkeiten zu sprechen, die mit den Engpässen der kubanischen Wirtschaft zusammenhängen. Die vielfältigen Ungereimtheiten des Alltags, mit denen Gäste aus dem Westen konfrontiert werden, würde ein sowjetischer Tourist wahrscheinlich nicht einmal bemerken. Urlauber aus der UdSSR und anderen sozialistischen Ländern machen zusammen ein Zehntel aller ausländischen Touristen aus. Wenn es aber schon zum Problem wird, das Intourist-Hotel anzurufen, weil die Telefonistin in der Zentrale den Hörer nicht abnimmt, dann kann das, wie Sie verstehen werden, die Entwicklung des Tourismus

nur beeinträchtigen. Für den Ausländer ist es auch nicht ganz leicht, Vorgänge in der Außenwelt zu verfolgen. Die sowjetische Presse, deren Auflage auf Kuba in diesem Jahr übrigens um die Hälfte gesenkt wurde, wird ihm kaum weiterhelfen. Zeitungen und Zeitschriften aus anderen Ländern kommen überhaupt nicht hierher. Es wird also nicht ganz einfach sein, einem westlichen Touristen den für ihn üblichen Lebensstil zu bieten. Selbst der prosaische Mangel an Zwiebeln und roter Bete kann bei dem erwarteten Andrang von zwei Millionen nörgeligen Travellern zu einem Problem werden. Wir konnten allerdings auch die ersten Fortschritte entdecken. Pedro Rodriguez, der Leiter von Cubanacan in Varadero, der das Hotel- und Gaststättenhandwerk in Westeuropa gelernt hat, berichtete, daß das vor wenig mehr als zwei Jahren gebaute Hotel „Cactus“ bereits dreieinhalb Millionen Dollar abgeworfen hätte.

Opfer

Von der Gangway einer TU 154 der kubanischen Fluggesellschaft kann ein von Januar-Winden zerzauster Ferntourist aus Paris oder München fast mühelos in die zärtlichen Gewässer von Varadero umsteigen. Es klingt unwahrscheinlich, aber der internationale Flughafen ist innerhalb von einem Jahr gebaut worden. Inzwischen ist der zweite Sektor im Bau. Hier ist ein Contingente genanntes Kollektiv bei der Arbeit. Dieser besondere Organisationstyp soll in Zukunft auf Kuba dominieren.

Er kam erst vor zwei Jahren auf, als Erzeugnis der „Rectificacion“, eines Prozesses, bei dem Fehler korrigiert und negative Tendenzen überwunden werden sollen. Inzwischen gibt es etwa 60 solcher Contingentes. In ihnen arbeiten 35 000 Menschen. Es ist geplant, daß sie in Zukunft die gesamte Baubranche in die Hand nehmen. Außerdem lautet die weitverbreitete Parole der Rectificacion: „Im Geiste der Contingentes arbeiten“. Brigaden der kommunistischen Arbeit setzen diese Losung in die industrielle und landwirtschaftliche Praxis um. Von dem Ausmaß dieser Bewegung kann man sich

ein Bild machen, wenn man weiß, daß auch die Professoren und Dozenten der Universität von Havanna ihr eigenes Contingente gebildet haben. Sie wollen ein 16 Stockwerke hohes Wohnheim bauen und das Universitätsgebäude restaurieren.

Worin besteht der „Geist der Contingentes“?

Man erklärte uns, daß er der Schlamperei und dem Bummelantentum entgegenwirken soll. Die „paternalistische“ Gesetzgebung hat nach Meinung der Kubaner die Disziplin in der Produktion unterhöhlt, Faulenzer und Bummelanten ermutigt, hat die Ausgaben steigen und die Arbeitseffektivität sinken lassen. Hier zur Veranschaulichung ein Zitat aus einer Rede von Fidel Castro vor Bauarbeitern des Flughafens in Varadero: „Wenn die Kaderarbeiter im Bauministerium höchste Meisterschaft erreicht haben, dann in der Kunst der Bittstellerei. Es gibt zwei Künste: die Kunst zu bitten und die Kunst zu geben. Die Bauleute sind zu Fachleuten in der Kunst zu bitten geworden, und ich als Verwalter der zentralisierten Ausrüstungsreserven war gezwungen, mich ein wenig in der Kunst des Gebens zu üben. Jedes Mal, wenn ich einen Bestellschein sehe, weiß ich schon vorher, was sie wirklich brauchen, weil ich mich auf diesem Gebiet etwas spezialisiert habe, in Übereinstimmung mit dem Charakter der Arbeit: für einen Staudamm, für eine Autobahn und viele andere Baubjekte.“

Ich hatte gerade heute erst wieder so eine Liste, von der Brigade Jose Antonio Echeverria aus Matanzas.

Sie hat um zusätzliche Ausrüstungen gebeten. Sie haben 20 KAMAS 5511-Lastwagen und wollen noch fünf weitere. Ich weiß jetzt schon, daß sie die nicht brauchen. Sie haben fünf Schrapper bekommen. Die können sie wirklich gebrauchen.“

Wir haben die Arbeit der Contingentes in Varadero beobachtet. Wir wußten, daß sie folgendes Prinzip hatten: Ihre Objekte wurden nie zu Langzeitbauten, wie sie bei Kubanern und uns zu einer betrüblichen Angewohnheit geworden sind. Dafür arbeiten die Bauarbeiter auch nicht von acht bis 17 Uhr mit Mittagspause, sondern so viel wie erforderlich ist. Wenn es nötig ist, arbeiten sie 24 Stunden hintereinander, oder auch eine Woche hintereinander weg, ohne Wochenende. Yalepsi Ruiz zum Beispiel erzählte uns, daß sie um vier Uhr morgens aufsteht und gegen Mitternacht in ihr Wohnheim zurückkehrt. Sie mußte auch schon einmal auf der Baustelle im Auto übernachten. Mit ihren 24 Jahren möchte sie an nichts anderes als an ihre Arbeit denken. Ihr Brigadier Candido Palmero will überhaupt bis zur Rente im Contingente bleiben.

Führende kubanische Politiker meinen, daß eine solche Arbeitsorganisation für Kuba bis zum Jahr 2000 notwendig sein wird.

Yalepsi sagte, daß der kubanische Arbeiter die beste von allen Premien erhält, nämlich die systematische Erfahrung, daß Fidel Castro sich um die Contingentes kümmert und auf sie Acht hat.

Die Bestarbeiter der Contingentes werden mit Auslandsreisen und PKWs belohnt. Gute Wohnheime und Verpflegung sind die unverzichtbaren Voraussetzungen, ohne die eine Organisation nicht das Banner eines Contingente erhält. Mit Stolz verweisen die Kubaner darauf, daß sie in den Contingentes sechsmal am Tag verpflegt werden. Dennoch meint man hier, daß die wichtigsten Stimulanzmittel moralischer

Natur sein sollen. Die eigene Befriedigung und die Anerkennung der Gesellschaft. Darin besteht eine der Grundideen der Rectificacion.

Im ZK der KP Kubas erklärte man uns, daß es der Verlauf der historischen Entwicklung war, der sie dazu veranlaßte, Kuba einer Rectificacion zu unterziehen. Nachdem die Fehler der anfänglichen „idealistischen“ Periode korrigiert waren, verfiel man in „noch schlimmere Irrtümer“. Es setzte eine „technokratische“ Periode ein, eine Zeit, in der materielle Anreize übertrieben hoch bewertet wurden. Damals kam man auch zu der Einsicht: „Läßt man den Kapitalismus in die kleinste Lücke eindringen, wuchert er wie Unkraut weiter.“

Deshalb seien die Kubaner, wie man uns im ZK der KP Kubas sagte, auch verunsichert über die Vorgänge in der Sowjetunion. Sie bezweifeln, daß Marktwirtschaft, freie Konkurrenz, Privatinitiative und ausländische Kapitalanlagen die Probleme des Sozialismus lösen können. Sie sind nicht davon überzeugt, daß bäuerliche Güterhöfe dazu beitragen können, das Lebensmittelprogramm zu erfüllen. „Solche Experimente sehen vielleicht auf dem Papier ganz gut aus, wenn man sie aber landesweit durchführt, wird es schwer sein, bei Bedarf Korrekturen vorzunehmen.“ Man erklärte uns, daß die Kubaner sich mehr auf die ideologische Arbeit, die Mobilisierung der Massen und ihren Arbeitsenthusiasmus verlassen.

Als wir in den Contingentes waren, wunderten wir uns über den superintensiven Arbeitsrhythmus, in dessen Namen buchstäblich alles geopfert werden muß. „Und wenn schon“, wurde uns entgegnet, „unsere internationalistischen Soldaten haben für das hohe Ziel auch alles geopfert. Das ist die Grundlage einer wirklich sozialistischen Moral.“

Richtig, auf den Baustellen, wo Tourismus-Objekte entstehen, trafen wir auch ehemalige Internationalisten.

Bekanntlich sind die kubanischen Truppen aus Äthiopien vollständig abgezogen, ihr Abzug aus Angola wird fortgesetzt. Viele Internationalisten brachten den Wunsch zum Ausdruck, in die Contingentes einzutreten. Für sie sei das eine neue Front.

Sie stellen keine geringe Ergänzung dar. Insgesamt nämlich haben über 400 000 Mann an der internationalistischen Mission in Afrika teilgenommen. Sie sind froh, daß sie wieder in ihre Heimat zurückkehren durften und felsenfest davon überzeugt, ihre Pflicht getan zu haben. Die Souveränität von Angola ist verteidigt worden, Namibia erhält seine Unabhängigkeit. Die Internationalisten haben auf ferner afrikanischer Erde Massenheroismus an den Tag gelegt. Man darf annehmen, daß die Kampfhandlungen der Kubaner ein eindeutiger Triumph waren. Natürlich, denn Krieg ist Krieg. Die Tatsache aber, daß die Soldaten als Sieger aus Afrika zurückkommen, soll der Konsolidierung der kubanischen Gesellschaft dienen. Ihr Eintritt in die Contingentes hat den ökonomischen Projekten noch mehr Dynamik verliehen.

Strategische Aufforstung

Wenn man sich in einem Land aufhält, in dem alte Freunde leben, vergleicht man es unwillkürlich mit den eigenen Angelegenheiten zu Hause. Sicherlich trennen uns auf politischem und geistigem Gebiet fast fünf Jahre Perestroika. Das soll

kein Eigenlob und keine Herabwürdigung der Errungenschaften unserer Freunde sein. Wir sehen die besonderen Umstände durchaus, die Kuba in eine, wenn man sie mit der unseren vergleicht, weniger vorteilhafte Lage versetzen.

Nehmen wir zum Beispiel den inzwischen zum Anliegen aller gewordenen Umweltschutz. Auch um die Kubaner hat dieses Problem keinen Bogen gemacht. Die Bucht von Havanna ist stark verschmutzt, auch die immer wieder zusammengepflockten und überfüllten Autobusse lassen der Luft nicht gerade Ozon zuströmen. Andere Buchten werden ebenfalls in Mitleidenschaft gezogen, und die Busse sind nicht die einzigen Luftverpester. Wenn man nach Varadero kommt, begrüßen einen nicht nur malerische Lagunen und schneeweiße Hotels unter grünen Palmen, sondern auch die Stahlkonstruktionen von Bohrtürmen und Förderanlagen.

Bezeichnend: Wenn die Mittel knapp sind, wird mit gesunder Umwelt bezahlt. Eigenes Öl gibt es hier wenig, also darf man auch das nicht verschmähen, das kubanische und sowjetische Fachleute nach langem Suchen direkt unter dem Strand des Seebades gefunden haben. Um den Ruhm von Varadero nicht allzu sehr auf Spiel zu setzen, wird jetzt schräg gebohrt und peinlich genau darauf geachtet, daß kein Tropfen Öl daneben geht.

Man kann sagen, daß die Umweltsituation auf Kuba noch ziemlich günstig ist. Trotzdem gibt es das Problem, und es wird auf eigene, kubanische Weise gelöst. Bekanntlich hat sich die kubanische Revolution das Ziel gesetzt, die in den Brennöfen der Zuckerfabriken verheizten Wälder aufzuforsten. Die Fläche steht auch schon fest: ein Fünftel des gesamten Territoriums. Jede Belegschaft, jedes Komitee zur Verteidigung der Revolution hat in dieser Hinsicht einen festen Plan. Die Verpflichtung ist gar nicht so groß. Ein Bekannter von uns, Ausbilder eines Parteikomitees in der Provinz, sagte, daß er 15 Bäume pflanzen und großziehen muß, wo er arbeitet, und noch einige mehr an seinem Wohnort. Die Aufforstung erfolgt im großen Stil. Es wurden spezialisierte staatliche Organisationen dafür ins Leben gerufen. Gonzalez Rodriguez, Direktor eines Forstbetriebs, berichtete für die „Neue Zeit“ über die Arbeit seines Betriebs und machte auf zwei wesentliche Ziele aufmerksam. Erstens soll das Grundwasser in erforderlicher Höhe und Qualität gehalten werden. Zweitens sollen die Wälder bei der Verteidigung helfen.

Den Wäldern ist in der Strategie des volksweiten Kampfes gegen einen potentiellen Angreifer eine wichtige Funktion vorbehalten. Sie ist so wichtig, daß an den Tagen der Verteidigung massenhafte Pflanzeinsätze stattfinden. Keine Behörde oder territoriale Einheit erhält den Titel „Bereit für die Verteidigung der ersten Stufe“, wenn sie ihren Pflanzplan nicht erfüllt.

Wie seltsam das auf den ersten Blick auch scheinen mag, die Ereignisse in der Welt im Allgemeinen und in den sozialistischen Ländern im Besonderen bestätigen die Kubaner nur in ihrer Absicht, das Pulver trocken zu halten. Am 7. Dezember hat Fidel Castro diese Position in seiner Rede dargelegt: „Man erzählt uns etwas vom Frieden. Welcher Frieden wird hier eigentlich gemeint? Der Frieden zwischen den Großmächten, bei dem sich der Imperialismus das Recht vorbehält, offene Aggressionen gegen Länder der dritten Welt zu begehen? Beispiele dafür gibt es genug.“

In den Kommentaren der kubanischen Presse zur Invasion amerikanischer Truppen in Panama ist dieser Gedanke vielseitig variiert worden. Die Kubaner versetzten sich in die Lage der Bewohner von Panama, analysierten den Verlauf der Kämpfe, das Verhalten der Soldaten und ihrer Kommandeure. Es wurde festgestellt, daß die Kubaner einem Angreifer 200 bis 300mal größere Feuerkapazität entgegensetzen könnten. Daneben fragte man sich auch nach der Kampfbereitschaft der Truppen, ihrem Kampfegeist und den Erfahrungen der Heerführer. Für die Kubaner ist eine solche praktische Einstellung zu möglichen Verteidigungsaktionen nichts Neues. Die Aggression gegen Panama war dafür nur ein neuer Anlaß.

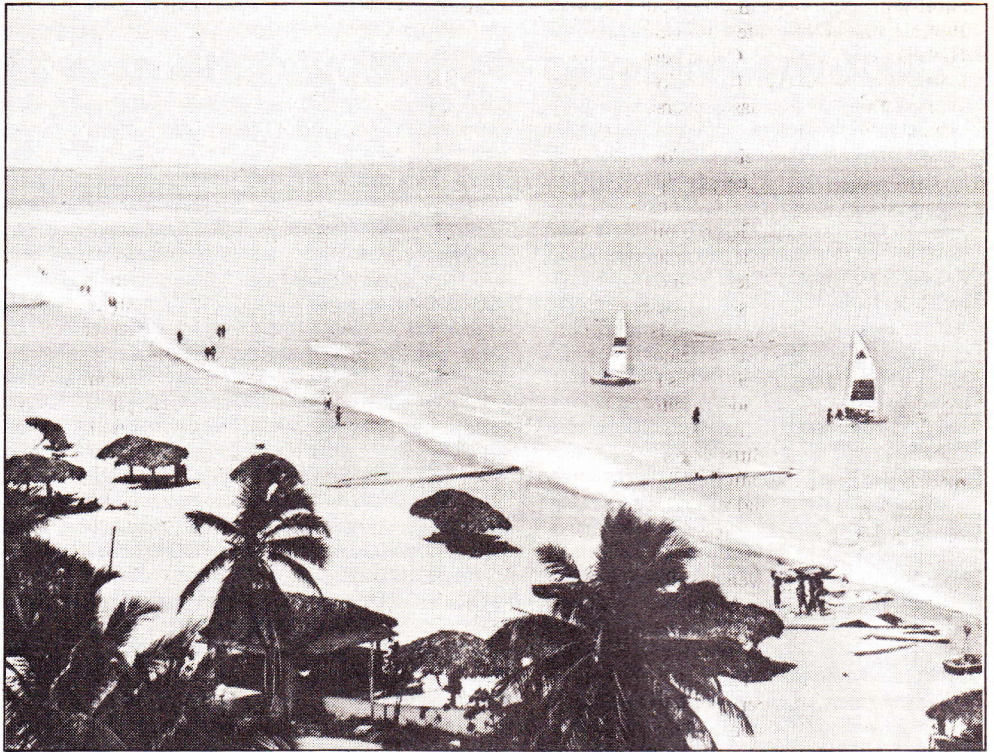
Eine Analyse der internationalen Entwicklung kann die Kubaner nach ihrer eigenen Auffassung nur noch in neue Sorgen stürzen. Die Kommentare laufen darauf hinaus, daß die Veränderungen in den sozialistischen Ländern, die Annäherung einiger von ihnen an Länder des Westens die Tendenz hervorbringen, eine monopolare Welt entstehen zu lassen. In diesem Sinne erlangen nach Auffassung des kubanischen Außenministeriums die USA Vorrechte eines obersten Richters sowohl in internationalen Angelegenheiten als auch in den internen Problemen kleiner Staaten. Eine „Verwirrung in den Köpfen“ verspüren die Kubaner auch deshalb, weil bei einer Abstimmung in der UNO über eine Resolution, in der die amerikanische Intervention in Panama verurteilt wird, Polen sich der Stimme enthalten hat. Ein kompetenter Gesprächspartner im kubanischen Außenministerium sagte, daß „die internationalistischen Motive in der Außenpolitik der sozialistischen Länder gewegewischt sind und die Entwicklungsländer dem Imperialismus nun allein gegenüberstehen“. Man kann die Kubaner auch dahingehend verstehen, daß sie der Bau am gemeinsamen europäischen Haus beunruhigt. „Angesichts der hilfsbedürftigen dritten Welt konzentrieren die Europäer sich jetzt auf ihre eigenen Probleme.“ In Kuba glaubt man, daß die zerstörte Berliner Mauer der Anfang eines neuen Pan-Germanismus ist.

„Die kapitalistischen Mächte“, bemerkte Fidel Castro, „sind nicht ohne Grund davon überzeugt, daß das sozialistische Lager inzwischen eigentlich gar nicht mehr existiert... Sie sind nicht ohne Grund davon überzeugt, daß es inzwischen auch keinen Warschauer Pakt mehr gibt, er ist schon jetzt nicht mehr als eine Fiktion, und daß unterhöhlte und von innen unterminierte Gesellschaften nicht mehr imstande sind, Widerstand zu leisten.“

„Mit der Schlamperei ist jetzt Schluß!“

Während wir versuchten, die allgemeine Tonlage des kubanischen Lebens herauszuhören, spürten wir die Orientierung auf aufopferungsvolle Arbeit, „eiserne Disziplin, ohne die es keinen Sozialismus gibt“, und die Bereitschaft, Opfer zu bringen.

„Mit der Schlamperei ist jetzt Schluß!“ erklärte Raul Castro. Dabei ist die Steigerung



Das Seebad Varadero zieht Tausende von Besuchern an

der Anforderungen an den einzelnen und die Gesellschaft insgesamt nur ein Aspekt der Rectificación. Die einfachen Bürger, das findet in zahlreichen öffentlichen Meinungsäußerungen seine Bestätigung, fühlen sich selbst für die Zukunft ihres Landes und des Sozialismus verantwortlich und übernehmen ungewöhnliche Belastungen, um die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu meistern. Veröffentlichungen der kubanischen Presse ist jedoch zu entnehmen, daß sie der Volksmacht immer häufiger Vorwürfe machen. Das uns bekannte Phänomen der Uniformität ruft überall in den Sitzungssälen die Abneigung der Kubaner hervor. Darüber schreibt auch die Jugendzeitung „Juventud Rebelde“, indem sie ihren Artikeln Leserbrief zugrunde legt. Veröffentlichungen wie diese sind ein Anlaß, sich die öffentliche Stimmung in diesem Land noch einmal genauer anzusehen.

Demokratie und Ökonomie in Kuba haben, wenn man Arbeiten von Che Guevara liest, auf Beschluß der Führung einen scharfen Richtungswechsel vollzogen. „Die ersten Schritte des revolutionären Staates“, schrieb Guevara, „hatten einen starken Beigeschmack von Partisanentaktik als Regierungsform... Die Methoden, mit denen konkrete Probleme gelöst wurden, hingen davon ab, wie frei der führende Funktionär in seiner Machtausübung war.“ Als dann Maßnahmen zur Zentralisation der Macht unternommen wurden, begannen Fehler eines anderen Typs und, schreibt Che Guevara weiter, „der politische Apparat versackte immer mehr in der Ruhe und Selbstgefälligkeit der Bürokratie. Damit wurde er so etwas wie ein Trampolin für Karrieristen im bürokratischen Apparat von größerer oder geringerer Bedeutung und riß sich vollends von den Massen los.“

Die Folgen eines solchen bürokratischen Zentralismus machten sich „Juventud Rebelde“ zufolge auch im Bereich der Wirtschaft bemerkbar. „Wir haben bis zum Umfallen wiederholt“,

bemerkte die Zeitung, „daß es notwendig ist, die lenkende und kontrollierende Rolle der Massen in der Produktion zu verstärken, aber die Bürokratie und die technokratischen Konzeptionen, die in unserem wirtschaftlichen Leitungssystem vorherrschen, haben die praktische Anwendung dieser Worte in der Realität jahrelang ausgiebig behindert.“

Wenn man nach den Veröffentlichungen geht, sind die Leser nicht zufrieden mit dem Formalismus, der die Arbeit der Organe der Volksmacht bestimmt, damit, daß die Unterschiede in der öffentlichen Meinung keine adäquate Wiedergabe in der Presse finden und daß offene Kritik in den Behörden nicht gut ankommt.

Der Journalist, der diese Briefe kommentiert, bedauert, daß „diejenigen, die die Massen repräsentieren, zwar de facto die Macht haben, aber sich aus falsch verstandenem Respekt vor der Führung denjenigen unterordnen, die sich eigentlich ihnen unterordnen müssen. Damit machen sie sich nicht selten zu ihrem Sprachrohr... Unglücklicherweise geht der Formalismus von unserem Parlament aus, wo eine gründliche Diskussion durch ungenügende Zeit unmöglich gemacht und die gesetzgeberische Tätigkeit nicht konsequent durchgeführt wird“. Dort gebe es viel Eintracht und wenig Diskussionen.

Was die Presse anbelangt, so müsse sie nach Meinung ihrer Mitarbeiter „die verhängnisvollen Pflanzen der Apologetik mit der Wurzel ausreißen“ und die Erörterung von ernsthaften Themen von „Feierabendgesprächen und Begegnungen auf den Fluren in die offene Arena der Revolution“ tragen. Wie solle man aber, fragt die Zeitung, „die Polemik führen, wenn die meisten Spezialisten ihre Auffassung den Lesern nicht mitteilen wollen und in ihren Behörden getadelt werden, wenn sie es tun“. Im Verlauf eines ganzen Jahres hätten sich 90 Prozent der Mitglieder des Ministerrats in der Presse kein einziges Mal zu Wort gemeldet und über den

Stand der Dinge in ihren Bereichen berichtet, obwohl Premierminister Fidel das ständig vorexerziert“.

Die hier zitierten Artikel haben eindeutig den Charakter einer Weisung. In ihnen sind nicht die Urteile eines bestimmten Journalisten dargelegt. Indem sie zur Polemik auffordern, betonen sie gleichzeitig immer wieder ganz entschieden, daß die Seiten ihrer Zeitung „niemals der Propaganda von Ideen zur Verfügung gestellt werden, die zur Restauration des Kapitalismus in welcher Form auch immer aufrufen, die die Sache der Revolution leugnen, ebensowenig für den geringsten Versuch, unsere Symbole und ruhmreiche Vergangenheit in den Dreck zu ziehen“. Dabei werden nicht eben wenige bissige Bemerkungen an „Reformisten“, „Scharlatane“, „Freidenker“, „pseudointellektuelle Pedanten“ und ähnliche ausgeteilt. Der erste Sekretär des ZK des Verbands der Jungkommunisten Roberto Robaina erwähnte bei einer feierlichen Versammlung Ende letzten Jahres „einige Grüppchen und überkritische Zeitgenossen, die sich vor fremden Modellen verbeugen und wie Papageien fremde Gedanken nachplappern in der Hoffnung, daß die Revolution und ihre Führer einer voreingenommenen Untersuchung unterzogen werden“.

Die von kubanischen „Papageien“ wiederholten Gedanken sind offensichtlich in fernen sozialistischen Ländern entstanden, so daß auch die Urheber dieser Gedanken ihr Teil gepfeffelter Kritik abkriegen.

Stabilität sichern

So wurde uns etwas klarer, daß die Kubaner nicht nur um der Reinheit der Theorie willen und nicht nur weil es um den Kampf der Ideen ging, in eine offene Polemik mit Sympathisanten der Perestroika und den Veränderungen in Osteuropa eingestiegen sind. Die Methoden bei der Vervollkommen des Sozialismus in den Bruderländern wurden auch noch deshalb kritisch bewertet, weil sie auf Kuba „Verwirrung in den Köpfen“ auslösen. „Die Kubaner befürchten, daß das neue politische Denken, das von der Führung der USA ihrer Meinung nach nicht geteilt wird, im Endeffekt nur die militärische Bedrohung für die Republik bestärkt. Neue Strömungen in der Wirtschaft und in den außenwirtschaftlichen Beziehungen könnten Verluste für ihre eigene Wirtschaft mit sich bringen.

Alle diese drei Momente berührte Fidel Castro in seiner Rede vom 7. Dezember letzten Jahres. Zum erstenmal sprach er nicht frei, sondern las seinen Text ab. Das heißt, er hat eine von der ganzen Führung des Landes formulierte gemeinsame Position zum Ausdruck gebracht. Die Fragen wurden eindeutig gestellt: Was ist das für eine

Vervollkommen des Sozialismus, die seine elementaren Prinzipien leugnet, und was ist das für ein Frieden, der da verheißen wird?

„Wir haben nicht gezögert, als wir die Verbreitung einiger sowjetischer Presseerzeugnisse unterbanden, die mit Gift gegen die UdSSR selbst und gegen den Sozialismus getränkt waren. Man merkt, daß sich hinter ihnen der Arm des Imperialismus, der Reaktion und der Konterrevolution versteckt. Einige von diesen Presseerzeugnissen haben bereits gefordert, diesem Typ von gleichberechtigten und gerechten wirtschaftlichen Beziehungen, wie er sich im Verlauf des revolutionären Prozesses zwischen Kuba und der UdSSR herausgebildet hat, ein Ende zu bereiten. Mit einem Wort, daß die UdSSR zu einem ungleichberechtigten Handelsaustausch mit Kuba übergeht, Kuba alles teurer verkauft und unsere landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Rohstoffe immer billiger kauft, also genau das macht, was die USA mit Ländern der „dritten Welt“ anstellen, oder daß die UdSSR sich schließlich der amerikanischen Blockade Kubas anschließt.“

Offensichtlich können diese Worte bei einigen Lesern unserer Zeitschrift nicht weniger Verwirrung in den Köpfen verursachen als die Ereignisse in Osteuropa bei den Kubanern.

In Veröffentlichungen über sozialistische Länder haben wir uns noch immer nicht angewöhnt, uns offen ins Gesicht zu sagen, was wir voneinander halten. Indem wir es unausgesprochen lassen, hoffen wir, die für uns alle so wertvolle Freundschaft zu wahren und den Gegnern dieser Freundschaft keinen Anlaß zur Freude zu bieten. Daß der führende kubanische Politiker sich als erster zu völliger Offenheit ohne falsche Rücksichtnahme entschlossen hat, gereicht ihm zweifelsohne zur Ehre.



Kuba. Das Gesicht einer Generation

Ob man auf Kuba recht hat oder nicht, indem man den von uns gewählten Weg der Erneuerung und Humanisierung des Sozialismus und besonders unsere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten kritisiert, wird die Zeit zeigen. Wir müssen es aber als positive Tatsache vermerken, daß man hier auf der Insel der Freiheit von seinem Recht auf eine solche Offenheit Gebrauch gemacht hat. Unter anderem ist die Geradheit des kubanischen Spitzenpolitikers ein Beleg dafür, wie selbstsicher und wie sicher er sich der Unterstützung seiner Position durch die Öffentlichkeit der Republik ist.

Es ist doch wunderbar, daß endlich zwischen Freunden das Recht zur Geltung kommt, alles zu bewerten, unter anderem auch Ereignisse, die nur eine Randerscheinung waren und die von der Geschichte einen festen Platz zugewiesen bekommen haben.

Wir können uns alle noch gut an die Zeit erinnern, die sich auch hin und wieder noch bemerkbar macht, als die für alle verbindliche sozialistische Wahrheit an ein und demselben Ausgangspunkt formuliert und durchgedrückt wurde. Mit dieser Zeit und dieser widernatürlichen Ordnung ist jetzt endgültig Schluß. Wir hoffen, für immer. Sowohl innerhalb der sozialistischen Gesellschaften wie auch in den Wechselbeziehungen zwischen ihnen setzen sich Prinzipien neuen Denkens durch. Einer ihrer fundamentalen Wesenszüge besteht in dem unanfechtbaren Recht jedes Landes und jedes Volkes auf seine eigene Entscheidung. Dieses Recht wiederum ist ohne Pluralismus der Meinungen, Ansichten und Positionen nicht denkbar. Uns allen steht noch bevor, sie am jeweils anderen als das Recht eines jeden von uns auf eine andere Meinung zu respektieren.

Es kommt nur darauf an, daß dieses Recht von ausnahmslos allen am Prozeß der sozialistischen Umgestaltungen Beteiligten akzeptiert und beachtet wird, damit keiner von ihnen auf den Gedanken kommt, das Privileg zu usurpieren, die Wahrheit in letzter Instanz auszusprechen.

Seit 31 Jahren geschieht nichts Wesentliches in der Welt mehr ohne Kuba. Die Insel ist klein, aber von überall zu sehen. Die Stimme dieser Republik ist nicht schüchtern und verhalten, sondern immer noch selbstsicher und inspirierend. In all den Jahren ist sie nicht zu einem Echo aus der Moncada geworden. Vielmehr haben wir hier den historisch einmaligen Fall, daß die Moncada, daß die Revolution selbst jeden Tag und jede Stunde etwas zu sagen hat.

Die Kubaner haben die gebührende Einstellung zu der von ihnen aufgebauten Gesellschaft. Deshalb sollte man auch, wenn man die Stabilität der Lage auf Kuba einschätzt, die Worte von Fidel Castro berücksichtigen, daß nämlich Kuba nicht „zu den Ländern gehört, in denen der Sozialismus nach den siegreichen Divisionen der Roten Armee Einmarsch hielt“. Niemand stellt dieses neue kubanische Idiom in Frage. Die Tücke der Simplifizierung besteht aber darin, daß sie nicht immer verständlich und präzise ist.

Wie wertvoll ist der eigene Weg zur Revolution! Wie bedauerlich sind die gemeinsamen Irrtümer der Revolutionäre!

Wahrscheinlich wird uns verziehen, daß wir über unsere Eindrücke als Journalisten berichtet und dabei versucht haben, die Worte und Taten der Republik objektiv, ohne blinde Liebe zu werten.

HAVANNA

Januar

Deutliche Erfolge der von der Regierung der Republik Afghanistan verfolgten Politik der nationalen Versöhnung. Das Entscheidende aber, der Durchbruch zum Frieden, steht noch aus. Wo liegen die Störfaktoren?

Stellungskrieg

Gennadi Arijewitsch

Präsident Mohammad Najibullah erkundigt sich gleich zu Beginn unseres Gesprächs nach meinem Aufenthalt in Khost. Ich berichte, wie wir unter schweren Raketenbeschuß genommen wurden und wie sich in dieser Situation die Wahrnehmung der Außenwelt verändert. „Der Krieg“, bedauert der Präsident und hebt, wie um sich zu entschuldigen, die Schultern

Q uälend lange Stunden des Wartens auf dem internationalen Flughafen von Taschkent. Kabul erteilt keine Landeerlaubnis. Doch auch als wir schon in der Luft waren und Kurs auf die afghanische Hauptstadt genommen hatten, waren wir keineswegs sicher, daß wir landen würden. Kein Flugkapitän, ob er nun Lasten oder Passagiere befördert, weiß, wenn er Kabul anfliegt (außer Aeroflot und der afghanischen Ariana fliegt sonst niemand nach Kabul), ob er eine Landeerlaubnis erhält oder ob er aufgrund von Raketenbeschuß nach Taschkent oder Delhi zurückfliegen muß. Wenn sie sich aber erst in dem engen Luftraum über dem Landefeld herunterschrauben (die umliegenden Berge, von denen jeden Augenblick eine Rakete herüberpfeifen kann, erlauben keine geradlinigen Starts oder Landungen), sind sie bemüht, unverzüglich zu entladen und sofort wieder abzufliegen. Länger stehenbleiben wäre zu gefährlich.

Fast alle afghanischen Städte sind in derselben Lage wie Kabul. In der letzten Reportage habe ich über die belagerte Stadt Khost* berichtet. Die größten und wichtigsten Städte sind fest in der Hand der Regierung. Die Berge und Täler ringsum werden jedoch von den Dschamanen kontrolliert, die man jetzt offiziell weniger herausfordernd als unversöhnliche Opposition bezeichnet. Auch darin äußert sich die Einladung zum Dialog und die Hoffnung darauf, das Unversöhnliche eines Tages wegfallen lassen zu können. Am Wesen des Krieges hat das bislang noch nichts geändert. Der Krieg hat sich auf für meine Begriffe merkwürdig anmutende, „herdförmige“ Gebiete konzentriert. Eine Frontlinie als solche gibt es nicht. Die von der Regierung kontrollierten Städte führen den Kampf gegen das restliche „Partisanen“-Umland, das in Einflußzonen der verschiedenen

Kräfte aufgeteilt ist. Die Buntheit des Mosaiks wird noch durch weitere komplizierte Farbschattierungen vervollständigt, weil diese Kräfte nicht einfach regierungstreu oder regierungsfeindlich sind, sondern unter bestimmten Voraussetzungen auch Neutralität wahren oder sich untereinander bekämpfen können, wobei sie nur ihr eigenes Gebiet vor Übergriffen schützen. Doch davon später.

Das Leben geht weiter

Kabul wird täglich unter Beschuß genommen, manchmal 2 bis 3 mal am Tag, manchmal auch bis zu 70 mal. In den zehn Monaten nach Abzug der sowjetischen Truppen sind 14 500 Geschosse in der Stadt niedergegangen. Auf Jalalabad werden an manchen Tagen zwischen fünf- und siebentausend Geschosse abgefeuert. Im letzten Jahr sind in unmittelbarer Nähe der sowjetischen Botschaft 7 oder 8 Raketen „gelandet“, von denen zwei über den Zaun geflogen und in zahlreiche scharfe Splitter zerplatzt sind. Einen davon habe ich mir zur Erinnerung aufgehoben.

Dem Beschuß der Städte fallen überwiegend Zivilpersonen zum Opfer. In Kabul sind 950 Menschen ums Leben gekommen und 1700 verwundet worden. Raketen- oder Artillerieangriffe auf Truppenstellungen sind in der Regel wenig effektiv. Verteidigungsanlagen und Deckungen verhindern ernsthafte Verluste. Die Unversöhnlichen wissen das genau, und somit besteht wohl eins der wichtigsten Ziele ihrer permanenten Feuerangriffe darin, die Bevölkerung zu terrorisieren. Sie behaupten allerdings, daß Gegenangriffe aus Kabul unter der Zivilbevölkerung nicht geringeren Schaden anrichten. Ich habe viele Militärs daraufhin befragt, aber sie weisen diese Behauptung empört zurück. General Gulam Faruk, der mir vom Befehlsstand seiner Garnison den Verteidigungsring um die belagerte Stadt Khost gezeigt hat, entgegnete voller Zorn: „Der Gegner weiß genau, daß wir nicht auf dichtbesiedelte Dörfer schießen, und nutzt das aus. Dort drüben haben sie zum Beispiel eine große Anzahl von Panzern zusammengezogen und fühlen sich in Sicherheit, weil dort auch viele friedliche Dorfbewohner leben. Wir könnten die ganze Gegend in Schutt und Asche legen, tun das aber nicht.“

Ich hatte keine Möglichkeit, die Worte des Generals zu überprüfen, aber meiner Meinung nach entsprechen sie ganz und gar dem Wesen der nationalen Versöhnung.

Die Menschen waschen das Blut von den Gehwegen, beweinen ihre Toten, schaffen die Verwundeten ins Krankenhaus, und es sieht so aus, als ginge das Leben wieder seinen gewohnten Gang. Die Straßen sind belebt. Frauen im Schleierüberwurf oder auch ganz modern gekleidet, schreiten an den Ladenfenstern vorbei. Rotznasige Bengel betteln mehr aus Vorwitz denn aus Bedürftigkeit Passanten an. In den Läden wird erbittert gefeilscht. Auf dem Basar riecht es angenehm nach Gewürzen. Heute, nach Abzug der sowjetischen Truppen (vor zwei Jahren war ich das letztmal hier), macht Kabul trotz aller Explosionen, Diversionsakte, trotz Beschuß und Sperrstunde seltsamerweise einen zwar wachsamen, aber ruhigeren und, wenn man so will, auch

*„Im Krieg nach dem Krieg“ s. NZ Nr. 3



weniger kriegerischen Eindruck als vorher. Damals liefen einem auf Schritt und Tritt Patrouillen über den Weg, ratterten sowjetische Panzer an einem vorbei, standen so gut wie an jeder Ecke sowjetische und afghanische Schützenpanzerwagen. Sowjetische Frauen fuhren, alle zusammen in einem Autobus, unter Bewachung zum Einkaufen. Heute sind die Familien der Mitarbeiter von Botschaft und Handelsvertretung evakuiert. Nur noch selten sieht einmal ein Botschaftsangehöriger in der ansonsten verlassenen und trostlos wirkenden sowjetischen Botschaft vorbei. Einerseits gibt es also mehr Krieg, andererseits ist er weniger zu spüren. Eine erstaunliche Tatsache, die nur noch einmal beweist, wessen Krieg das hier noch bis vor kurzem war.

Vor noch etwas anderem sollte man allerdings die Augen ebenso wenig verschließen. Die Tankstellen sind leer. Frauen und Kinder stehen mit Kanistern, Fässern und Eimern in langen Warteschlangen nach Petroleum an. Eine galoppierende Inflation und unwahrscheinliche Preissteigerungen von einem Tag auf den anderen. Gegen Ende des letzten Herbstes kosteten beispielsweise Fleisch und Brennholz gleich viel. Löhne und Gehälter sind dagegen immer noch bescheiden.

Abdul Misak, der Bürgermeister von Kabul, behauptet, daß man sich auf diesen Winter weit aus besser als auf den letzten vorbereitet habe. Man hat Lebensmittel- und Brennstoffvorräte angelegt, Angestellte erhalten staatlich subventionierte Bezugsscheine für Petroleum, Mehl und einige andere Waren. Man ergreift Maßnahmen, um die Preise zu stabilisieren, indem etwa ein staatlich organisierter Straßenverkauf von Brot zu 6 Afghani das Kilo (20 zahlt man auf dem Basar), von Zucker zu 20 Afghani (Basarpreis: 500) stattfindet. Abdul Misak meint, es werde alles getan, damit niemand hungern müsse. Außerdem werde die Bevölkerung damit unabhängiger vom Markt.

Die Versicherungen des Bürgermeisters, Kabul habe sich winterfest gemacht, schienen mir, ehrlich gesagt, von vorschnellem Gottvertrauen getragen. Eins steht jedoch völlig außer Zweifel: Das Versorgungsproblem war für Afghanistan immer schon von erstrangiger Bedeutung. Jetzt ist es besonders akut geworden. Deswegen wird auch ein so dramatischer Kampf um die Zufahrtsstraßen geführt. Die Unversöhnlichen und ihre Paten in ausländischen Geheimdiensten haben sich von der Vergeltbarkeit ihrer Versuche, die wichtigsten Städte im Frontalangriff einzunehmen, überzeugen müssen und konzentrieren ihre Anstrengungen inzwischen darauf, die Versorgungswege, vor allem die in die Hauptstadt führenden Straßen, zu blockieren und die Flughäfen ständig im Fadenkreuz ihrer Raketenwerfer zu halten.

Die Schwierigkeiten sind nicht weniger und der Druck auf die Regierung ist stärker geworden, doch dabei haben die Afghanen, auch wenn es sich paradox anhört, an Würde und Vertrauen auf die eigene Kraft dazugewonnen. Ich hatte viele Begegnungen und Gespräche mit ganz unterschiedlichen Menschen unter variierenden, manchmal auch nicht ganz leichten militärischen Bedingungen: Generäle, Ladenbesitzer, Abwehrmänner, einfache Bauern, Mullahs, Soldaten, Stammesführer, Aktivistinnen der Frauenorganisation. Bei jeder neuen Begegnung konnte ich mich noch einmal davon



Kindheit im Krieg

Foto: S. Podlesnow

überzeugen, daß Orientierungslosigkeit und mangelnde Selbstsicherheit so gut wie spurlos verschwunden sind und durch Sicherheit und feste Überzeugung abgelöst werden. Wie ist das möglich? Woher kommt dieses Selbstvertrauen? Schließlich konnten sie, wie es schien, noch vor nicht allzu langer Zeit keinen Schritt alleine tun.

Sowjetische Berater waren in Ministerien und Ämter geströmt und hatten die Verantwortung für zu treffende Entscheidungen an sich genommen. Selbst Minister blieben in ihrem Schatten und konnten damit gut leben. Heute gibt es keine Berater und Helfer mehr. Alles muß man selbst entscheiden und verantworten. Die Eigenverantwortlichkeit hat hier zu einem schnellen Reifeprozess beigetragen.

Eine früher so hilflose Armee, deren Soldaten noch bei jeder Möglichkeit in ihre Dörfer geflüchtet waren, erfüllt heute erfolgreich und selbstsicher ihre Funktion. Mittlerweile beherrscht sie die neue Technik: Es gibt Luftabwehreinheiten und eigene Fliegerkräfte. Der Kampfgeist ist besser, und die jungen Männer gehen inzwischen gern in die Armee. Innerhalb von zehn Monaten konnte sie um 150 000 Freiwillige ergänzt werden. Die afghanische Armee hat den Großangriffen auf Jalalabad, Khost und Kandahar standgehalten, die Mujaheddin obendrein zurückgeschlagen und damit ihre Hoffnung auf einen schnellen Sieg zerstreut.

Der von den Mujaheddin ausgehende Druck hat etwas nachgelassen. Jetzt hält sie kein Jihad, kein heiliger Krieg gegen die sowjetischen Eindringlinge mehr zusammen. Sie erinnern sich wieder an ihre eigenen Fehden. Aus den Glaubenskriegern sind gewöhnliche Söldner geworden. Auch ihre ausländischen Kommandeure verleihen ihnen in den Augen der Bevölkerung nicht mehr Ansehen.

Der vielleicht wichtigste Faktor: Ob es gut war oder schlecht, bleibt dahingestellt, aber in den letzten zehn Jahren wurde in Afghanistan auf experimentellem Wege mit zeitweise tragischen Fehlern ein neues System entwickelt und gefestigt, das Hunderttausende, ja Millionen von Menschen integriert. Sie haben sich die Bürde der Selbstverantwortung aufgeladen und

verteidigen nicht mehr nur ihre eigene Freiheit, an der sich zu vergreifen keinem einzigen Eindringling von außen gelungen ist, sondern auch ihr eigenes und das Leben ihrer Kinder und Angehörigen. Für sie ist das eine wirkliche staatsbürgerliche und Mannesmut erfordernde Mission, und sie sind entschlossen, sie bis zum Schluß zu erfüllen.

Das trägt dazu bei, die Autorität der Regierung zu festigen, die sich als fähig erwies, den Menschen, wenn auch mit sowjetischer Hilfe, Schutz, Obdach und Nahrung zu sichern.

Noch eine Bemerkung zur sowjetischen Unterstützung. Für die Konsolidierung der Regierungskräfte ist sie von außerordentlicher Bedeutung. Das wird von allen anerkannt. Ist etwas anderes überhaupt denkbar? Steht heute etwa nicht jeder Sowjetbürger in der Verantwortung für alles, was auf afghanischem Boden passiert? Eine verweigerte Hilfestellung würde die Fehler nicht korrigieren, die viel Blut und Opfer gefordert haben, sondern sie nur noch vertiefen, indem sie zu neuen Opfern und Verbrechen führt. Das Gedenken an die sowjetischen Soldaten, die in Afghanistan gefallen sind und ehrlich ihre Pflicht getan haben, läßt das nicht zu. Sie tragen keine Schuld an den Fehlern anderer.

Die afghanische Perestroika

Die im Dezember 1986 von Dr. Najibullahs Regierung formulierte Politik der nationalen Versöhnung geht inzwischen in ihr viertes Jahr. Verstanden wird darunter der friedliche Dialog und die gemeinsame Suche nach einem nationalen Konsens mit anderen politischen Kräften. Das hat anfangs nicht nur unter Regimegegnern, sondern auch in der DVPA Skepsis hervorgerufen. Die Opposition wertete diese Politik als Zeichen der Schwäche Kabuls, und einige kompromißlose Parteimitglieder sahen darin den „Verrat an den Idealen der Revolution“. Heute habe ich weitaus mehr überzeugte Befürworter dieses Kurses angetroffen, der schon spürbare Ergebnisse zeitigt. Eine neue Verfassung der Republik ist verabschiedet worden. In ihr wird ein Mehrparteiensystem festgeschrieben. Eine Koalitionsregierung

wurde gewählt. Ein Gesetz über politische Parteien wurde angenommen, das im Prinzip ein Machtmonopol für die DVPA ausschließt. Noch sind diese Schritte zwar eher symbolischer als praktischer Natur, doch sollte man sie in ihrer Bedeutung nicht unterschätzen.

Es gibt auch verschiedene praktische Maßnahmen, die eine weite politische Resonanz ausgelöst haben. Zehntausende von Flüchtlingen kehren nach Afghanistan zurück. Immer mehr Dörfer und Gehöfte kommen unter die Kontrolle des Staates, und es gibt „Friedenszonen“ in Provinzen, in denen ehemalige Oppositionelle und Kommandeure von Truppen, die ihre Waffen niedergelegt haben, für wichtige Stellen ernannt werden. In den vergangenen zehn Monaten konnte die Volksmacht in sechs Bezirken und 200 Siedlungen wiedererrichtet werden.

Die heikle und vielfältige Anstrengungen erfordernde Anbahnung von Dialogen und Verhandlungen mit Einheiten und Gruppierungen der bewaffneten Opposition, die früher gewaltsam unterdrückt worden wären, wird konsequenter angefaßt und verläuft produktiver. Zwischen der Herstellung von geheimen Kontakten mit einflußreichen Autoritätspersonen (im Orient ist Autorität gleichbedeutend mit Macht) in diesen Gruppierungen, Stämmen und Clans, also mit Heerführern, Mullahs, Grundbesitzern oder Feldkommandeuren, und dem offenen Übertritt bewaffneter Einheiten auf die Seite der Regierung liegt ein weiter Weg. Dieser Weg wird inzwischen immer häufiger und erfolgreicher eingeschlagen. Das gilt besonders für den Norden des Landes. Die „Sieben von Peschawar“ sind weit, und hierher reicht ihr rächender Arm nicht mehr. Im Austausch gegen Nahrungsmittel, Geld, Bekleidung, Saatgut, Technik, Baumaterial, Waffen, andere Waren und „Dienstleistungen“ stellen die oppositionellen Einheiten ihre regierungsfeindliche Tätigkeit ein. Einige beenden den Kampf sofort, andere verpflichten sich, keine schweren Waffen mehr einzusetzen. Diese werden registriert, beziehungsweise von der Regierung aufgekauft. Wieder andere übernehmen in ihrem Gebiet oder auf einem bestimmten Straßenabschnitt Sicherungsfunktionen oder integrieren sich gleich in die Armee oder Zarandoy-Miliz. Die westliche Presse gibt zu, daß etwa 80 Prozent aller Feldkommandeure in ganz Afghanistan ihre aktiven Kampfhandlungen gegen die Regierung eingestellt haben. Vor ganz kurzer Zeit waren das noch Einzelfälle.

Die Erneuerung der afghanischen Gesellschaft weist noch andere charakteristische Züge auf. Im „Mikrorayon“ von Kabul, einem Neubauviertel mit den sowjetischen Mietskasernen der 60er Jahre, befinden sich in einem dieser Häuser, bescheiden in zwei gegenüberliegenden Wohnungen untergebracht, die Redaktionen der Wochenzeitung „Akhbar Khafra“ und der Zeitschrift „Sabaun“, die einmal im Monat erscheint. Ihr gemeinsamer Chefredakteur, Zahir Tanin, 33, ist stellvertretender Vorsitzender des afghanischen Journalistenverbands, dem 2000 Medienarbeiter angehören. Der studierte Mediziner arbeitet seit zehn Jahren als Journalist, ist Mitglied der DVPA und war früher bei der Parteizeitung beschäftigt. Die Zeitschrift leitet er seit zwei Jahren, die Zeitung kommt erst seit einem Jahr heraus. Bemerkenswert an ihnen ist, daß sie die erst seit kurzer Zeit

bestehende freie und unabhängige Presse repräsentieren. Beide Organe finanzieren sich selbst, haben nichts Offiziöses an sich und versuchen, verschiedene Standpunkte zu den in ihnen angesprochenen Problemen vorzustellen. Sie können beispielsweise westliche Sender zitieren oder auch Mujaheddin zu Wort kommen lassen. Damit sind sie eine neue Erscheinung, auf die man auch sofort aufmerksam geworden ist. Ungeachtet ihrer nicht besonders hohen Druckqualität finden die Nummern reißenden Absatz. An einer erhöhten Auflage herrscht dringender Bedarf. 30 000 Exemplare reichen längst nicht aus, also werden Raubdrucke hergestellt. Noch fehlt es jedoch an den technischen Möglichkeiten.

„Vor der Revolution“, berichtet Zahir Tanin, „hat es noch mehr unabhängige Zeitungen gegeben. Nach der Revolution haben wir euch alles nachgemacht, und damit war der Meinungspluralismus gestorben. Heute versuchen wir ihn wieder zu beleben. Es wäre allerdings zu früh, von einer idealen Demokratie zu sprechen, auch von eurer Glasnost sind wir noch weit entfernt. Aber man merkt eben, daß in unserem Land inzwischen der Wille zur Demokratisierung vorhanden ist. Die offizielle Presse ist ein Monolog. Die Leute wollen aber selber denken, obwohl der Krieg natürlich toxische Bedingungen für die Denktätigkeit schafft. Wir wollen die Leute zum Dialog und zum gemeinsamen Nachdenken einladen.“

Front ohne Frontlinie

Viele wissen es längst: Für Afghanistan kann es keine militärische Lösung geben. Eine „Libanisierung“ des Afghanistan-Problems bringt keinen Erfolg und keinen Sieg, für niemanden. Die Mujaheddin können die Städte nicht einnehmen, und die Regierung kann keinen Krieg gegen die Partisanen führen. Das eine ist so aussichtslos wie das andere. Also führt man einen Stellungskrieg. Der äußert sich nicht nur im Beschuß von Städten, auf den dann der entsprechende wütende Gegenschlag erfolgt. Er wird noch komplizierter durch den Konflikt der Positionen, der Ambitionen, denn allzu viele unterschiedliche Kräfte versuchen in diesem sozial vielschichtigen Land mit seiner Stammesstruktur eigene Interessen durchzudrücken.

Besonders unversöhnlich zeigen sich die fundamentalistischen Extremisten, die sich auf pakistanischem Territorium festgesetzt haben. Die Präsenz sowjetischer Truppen, die Härte einiger ihrer Kampfoperationen und die Tatsache, daß sowjetische Vertreter islamische Gesetze und Bräuche oft willentlich, oder weil sie sie nicht kannten, mißachtet haben, hatte den Führern der „Allianz der Sieben“ geholfen, alle regierungsfeindlichen Kräfte unter dem Banner des Jihad zusammenzuführen.

Inzwischen, da ihnen dieses Banner aus der Hand geschlagen ist, klammern sie sich weiter an die Losung des „Kampfes gegen das kommunistische Regime“ in Kabul und wollen nichts von Kompromissen oder Aufrufen zum Dialog hören. Auch die Fehden innerhalb der unversöhnlichen Opposition führen nicht selten zu Blutvergießen. Die Militanz der führenden Gestalten in den extremistischen Gruppierungen wird freilich auch vom Ausland ständig wachgehalten. Nach dem Abzug der sowjetischen Truppen verfügten

die Mujaheddin plötzlich über 18 neue Waffenarten.

Ihr Hauptziel sehen die „Sieben von Peschawar“, zumindest nach eigenen Angaben, im Sturz der Regierung Najibullah. Mir scheint diese Forderung vorgeschoben zu sein, um vorwiegend die Losung des „Kampfes gegen die Kommunisten“ und den eigenen Extremismus zu rechtfertigen.

Ich habe ganz unterschiedliche Auffassungen über Dr. Najibullah gehört, die meisten meiner Gesprächspartner halten ihn jedoch für eine starke Persönlichkeit, eine echte Leitfigur. Nach Meinung vieler ist er heute der einzige Politiker von nationalem Format. Er ist der einzige, der seinem Volk den lange erwarteten Frieden anbietet und dieses Angebot immer wieder durch neue Handlungen und Kompromisse erhärtet. Auch durch seine Bereitschaft, diese Macht mit anderen zu teilen, selbst mit oppositionellen Kräften. Falls die nationale Eintracht das erforderlich macht, ist er sogar bereit zu gehen. Freilich ist die Situation noch nicht eingetreten, die Aufrichtigkeit dieser Äußerungen unter Beweis zu stellen, aber es besteht kein sonderlicher Anlaß, sie in Zweifel zu ziehen. Denn die Lage ist alles andere als leicht.

Während ich mich in Kabul aufhielt, wurde berichtet, daß das Ministerium für Staatssicherheit ein konspiratives Agentennetz der „Islamischen Partei Afghanistans“ (IPA) des Gulbudin Hekmatyar aufgedeckt habe. Bei diesem handelt es sich um den erbittertesten Gegner der Volksmacht, der selbst Ansprüche auf den Regierungsvorsitz erhebt. 127 Personen, unter ihnen drei Generale, viele Armeeoffiziere und Zivilisten, wurden verhaftet. Viele von ihnen waren, wie sich herausstellte, kurz vor dem Abzug der sowjetischen Soldaten angeworben worden, als sich in verschiedenen Bevölkerungsschichten Unsicherheit und Angst vor einer instabilen Lage breitmachten. Nach Gerüchten und Gesprächen zu urteilen, neigen gewisse Leute dazu, diese Ereignisse mit Flügelkämpfen zwischen Parcham- und Chalk-Anhängern in der DVPA in Zusammenhang zu bringen. Diese Version hat allerdings keine Bestätigung gefunden. Ein indirektes Dementi dafür ist die Schockwirkung in der IPA, ausgelöst durch die Entlarvung ihrer Agentur, mit deren Existenz man in Peschawar gerne prahlte, wie westliche Korrespondenten mir erzählten.

Die Frage nach den weiteren Perspektiven ist nicht leicht zu beantworten. Das einzige, was sich mit Sicherheit sagen läßt: Es kann nur eine politische Lösung geben. Sicherlich wird das keine rein afghanische Lösung sein. Auch die UdSSR und die USA können und sollten auf sie nachhaltigen Einfluß ausüben. Der erste notwendige Schritt könnte darin bestehen, daß beide gleichzeitig ihre Militärhilfe einstellen. Dabei sollte man sich darüber im klaren sein, daß die vorhandenen nicht eben geringen Waffenarsenale erlauben, den Krieg noch längere Zeit fortzusetzen. Dennoch wären auch die Extremisten, wenn sie keine Unterstützung mehr haben, gezwungen, sich auf Kompromisse einzulassen. Das heißt also, man muß den Krieg so schnell wie möglich eingrenzen und zügeln, indem man gleichzeitig eine internationale Atmosphäre schafft, die jeden dazu zwingt, einmal erreichte Vereinbarungen einzuhalten.

KABUL-KHOST-MOSKAU

Die Verschuldung der Entwicklungsländer: Die Suche nach einer Lösung dieses Problems geht weiter

Die vielen Jahre der Schuldenkrise

Alexej Kirejew, Dr. rer. oec.

Baker, Bradley, Brady: drei einflußreiche amerikanische Politiker. Der erste, früher Finanzminister, ist heute Außenminister der USA. Der zweite ist Senator der Demokraten. Der dritte ist der jetzige Finanzminister. Jeder von ihnen hat zu verschiedenen Zeitpunkten seinen Plan für eine Behebung des Schuldenproblems in den Entwicklungsländern vorgelegt

Die Auslandsverschuldung der dritten Welt, die inzwischen eine Höhe von 1,3 Billionen Dollar erreicht hat, ist schon seit vielen Jahren eine Bombe, die imstande ist, die Wirtschaftssysteme sowohl der Schuldner als auch der Kreditgeber zu sprengen. Die Schuldner sind nicht in der Lage, die Kredite zurückzuzahlen, die sie erhalten haben, und die Kreditgeber wollen die Mittel, die sie zur Verfügung gestellt haben, natürlich nicht verlieren. Das gestörte Gleichgewicht auf dem Kapitalmarkt birgt eine schwerwiegende Irritation des internationalen Finanzsystems in sich. Also sind die größten kapitalistischen Kreditgeberländer, die über das Schuldenproblem äußerst besorgt sind, gezwungen zu laviieren.

In den vergangenen 10 Jahren wurde eine große Anzahl verschiedener Pläne für eine Überwindung der Schuldenkrise vorgelegt. Einen besonderen Platz nehmen darin die Initiativen der USA ein, eines Landes, das als Hauptkreditgeber für die Entwicklungsländer mehr als irgend jemand sonst an einer Lösung des Schuldenproblems interessiert ist.

Baker: Kredite für die Schuldentilgung

Die Zeitrechnung für Versuche, neue Systeme einer, wie westliche Ökonomen sagen, „Schuldenregulierung“ einzuführen, beginnt in der jüngsten Vergangenheit, mit einem Plan, den James Baker im Oktober 1985 bei der Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD) in Söul vorgelegt hatte. Der Baker-Plan setzte auf die 15 größten verschuldeten Länder Brasiliens, Mexiko, Argentinien, Venezuela, Chile, Peru, Kolumbien, Ecuador, Bolivien, Uruguay, Nigeria, Marokko, Cote d'Ivoire, die Philippinen und Jugoslawien, die ungeachtet ihrer insgesamt komplizierten Situation bei einer gewissen finanziellen Mithilfe dennoch in der Lage wären zu zahlen. Als Bedingung für eine Gewährung von über drei Jahre laufenden neuen Krediten in einer Gesamthöhe von 47 Milliarden Dollar, darunter 27 Milliarden von den Handelsbanken, wurde ein Strukturwandel in der Wirtschaft der Entwicklungsländer vorgesehen. Dieser Strukturwandel sah die Reduzierung des staatlichen Sektors, die Förderung privaten Unternehmertums und die Öffnung dieser Länder für Kapital und Waren aus dem Ausland vor.

Auf diese Weise rechnete Baker mit einer schnelleren Zunahme des Wirtschaftswachstums in den 15 größten Schuldnerländern mit Hilfe von zusätzlichen Krediten, die an Veränderungen ihrer Wirtschaftsstruktur gekoppelt sind. Entsprechend wurde erwartet, daß die Weltbank, wie die IBRD manchmal genannt wird, und die Interamerikanische Entwicklungsbank jedes Jahr Kredite in einer Höhe bis zu neun Milliarden Dollar, mit dem Ziel einer „wirtschaftlichen Neuordnung“ bereitstellen. Privatbanken sollten über drei Jahre hinweg 20 Milliarden gewähren, wobei sie den Umfang der Kredite jährlich um etwa 2,5 Prozent steigern.

In der Hoffnung auf zusätzliche Finanzmittel erklärten sich einige Schuldnerländer bereit, an ihrer Wirt-

schaftspolitik gewisse Korrekturen vorzunehmen, wobei jedoch kein einziges dieser Länder die amerikanischen Bedingungen auf offizieller Ebene anerkannte. Während die potentiellen Kreditnehmer, die Entwicklungsländer, den Umfang dieser Kredite als für die Finanzierung eines neuen Abschnitts ihres Wirtschaftswachstums eindeutig unzureichend empfanden, kam in den Industrieländern unverzüglich die berechnete Frage auf: Woher will man eigentlich diese Milliarden nehmen?

Trotz seiner Realitätsferne ging der von Baker aufgestellte Plan immerhin von der richtigen Voraussetzung aus, nämlich daß das Schuldenproblem sich nicht auf einen Mangel an kurzfristig verfügbaren Zahlungsmitteln reduzieren läßt, sondern langfristige strukturelle Züge aufweist und seine Lösung unmittelbar mit dem Entwicklungsprozeß zusammenhängt. Ein indirekter Beweis dafür waren die für eine Realisierung des Baker-Plans trostlosen Ergebnisse: Die Auslandsverschuldung der 15 Länder stieg von 348 Milliarden Dollar 1981 auf 505 Milliarden 1988.

Bradley: finanzielle Linderung

Auf die härteste Opposition stieß der Baker-Plan ausgerechnet im amerikanischen Kongreß. Die extrem rechten Abgeordneten sprachen sich scharf gegen zusätzliche Mittel für die Entwicklungsländer aus und motivierten ihre Haltung damit, daß sie die Interessen der amerikanischen Steuerzahler schützen wollten. Die Liberalen appellierten an die Regierung, der dritten Welt gegenüber einige finanzielle Zugeständnisse zu machen, um die längerfristigen Interessen der amerikanischen multinationalen Konzerne zu sichern.

Die goldene Mitte zwischen diesen beiden Lösungsansätzen versuchte der demokratische Senator von New Jersey William Bradley zu finden, ein alter Befürworter von Entwicklungshilfe, der seinerzeit von der Demokratischen Partei für das Amt des US-Präsidenten vorgesehen worden war.

Bradley schlug vor, jedes Jahr drei Prozent von der Grundsuld der Entwicklungsländer zu annullieren und gleichzeitig den Zinssatz für alle früher erhaltenen Kredite um drei Prozent zu senken. Nach seinen Berechnungen hätte das dazu beigetragen, die Ausgaben der Entwicklungsländer für die Schuldentilgung in den Jahren 1986–1988 um 57 Milliarden Dollar zu verringern, unter anderem um 42 Milliarden für Kredite von privaten Handelsbanken. Außerdem sah der Bradley-Plan eine jährliche Gewährung neuer Kredite in Höhe von drei Milliarden Dollar vor, um Investitionsprojekte und Strukturveränderungen finanzieren zu können. Wie schon Baker verknüpfte auch Bradley finanzielle Vorzugsbedingungen für die Entwicklungsländer damit, daß sie alle Einschränkungen für den Import von Waren aus westlichen Ländern fallen lassen und ein günstiges Klima für private Investitionen aus dem Ausland und einen Strukturwandel nach westlichem Vorbild schaffen sollten.

Der Bradley-Plan, zwar nicht als offizielle Position der USA akzeptiert, bewies dennoch, daß man in Washing-

ton begreift: Ohne wesentliche Vorzugsbedingungen für die dritte Welt (bis hin zur Annullierung der Schulden der am wenigsten entwickelten Länder) ist das Problem der Verschuldung nicht zu lösen. Der Bradley-Plan enthielt sogar die durchaus tragfähige Idee, die Anstrengungen aller Länder, sowohl der Schuldner als auch der Kreditgeber, weltweit zu koordinieren.

Brady: Verringerung der Last

Selbstredend durfte auch die neue amerikanische Regierung in ihrem außenpolitischen Programm das Problem der Auslandsverschuldung nicht ignorieren. Im März 1989 legte der neue US-Finanzminister Nicholas Brady seine Variante eines Planes vor, der auf folgendes hinausläuft:

- für die Gläubigerbanken finanzielle Anreize zu schaffen, um einen Teil der Schulden der Entwicklungsländer zu annullieren und die Zinsen bei der Tilgung zu senken;
- mit Hilfe von Subventionen des IWF und der Weltbank Sonderfonds zu gründen, um die Schuldentilgung zu niedrigeren Zinsen als bisher finanzieren zu können;
- den Gläubigerbanken im Austausch gegen eine Abschreibung eines Teils der Schuldverpflichtungen Obligationen der Schuldnerstaaten bereitzustellen.

Im Brady-Plan ist vorgesehen, daß die Schuldnerländer und die Banken, die ihnen Kredite gewährt haben, sich zuerst über eine Schuldenreduzierung einigen sollten, um erst dann mit zusätzlichen Zuwendungen von seiten des IWF und der Weltbank zu rechnen. Diese Mittel könne man für eine sogenannte Schuldenkonversion einsetzen, einen Austausch der Schulden gegen Aktien von ortsansässigen Unternehmen oder gegen Obligationen mit geringerem Nennwert. Nach einer Erklärung von Brady könnten die Handelsbanken die Schuldverpflichtungen, über die sie verfügen, in weniger umfangreiche Kredite oder in Kredite in derselben Höhe, aber zu einem geringeren Zinssatz umwandeln. Als Gegenleistung dafür würden die Banken die Garantie erhalten, daß die Schulden auch wirklich getilgt werden. Auf diese Weise würden sich die Banken darauf einlassen, einen Teil ihres Geldes zu verlieren, damit aber das Risiko zukünftiger Verluste verringern.

Der Sinn der Schuldenkonversion besteht in allen ihren Varianten darin, die Schulden auf eine Summe zusammenzukürzen, welche die Entwicklungsländer in der Lage wären, tatsächlich zu tilgen. Viele von ihnen haben die Tilgungsfristen dermaßen weit überzogen, daß die Kreditgeber den Glauben an ihre Zahlungsfähigkeit verlo-



Zeichnung aus dem Buch „Die heimliche Kolonialmacht“ von R. Falk (BRD)

ren haben. Die Mittel des IWF und der Weltbank könnten von den Schuldnerländern dazu benutzt werden, ihre Schulden zu einem niedrigeren Preis bei den Banken loszukaufen.

Im Prinzip wurde der Brady-Plan bei der Gipfelkonferenz der „Sieben“ im Juli 1989 in Paris gebilligt. Innerhalb von drei Jahren werden zweimal jeweils 12 Milliarden Dollar an 39 Entwicklungsländer mit mittlerem Einkommensniveau vergeben. Dabei ist jedoch nicht daran gedacht, neue Fonds zu gründen, sondern die bestehenden Haushaltspläne umzufrisieren.

Deshalb hat der Plan Anklang gefunden, wenn auch nicht bei allen. Besonders Paris hat bereits 35 afrikanischen Ländern ihre Schulden in Höhe von zwei Milliarden Dollar erlassen und will sich das Urheberrecht bei der Lösung des Schuldenproblems nicht nehmen lassen.

Bis jetzt ist noch nicht deutlich geworden, wie weit die Kreditgeberbanken daran interessiert sind, ihre Schuldverpflichtungen gegen Aktien ortsansässiger Unternehmen einzutauschen, die unter Bedingungen einsturzgefährdeter politischer Regimes in der „dritten Welt“ nicht besonders attraktiv sind. Außerdem werden die Guthaben des IWF auf 120 Milliarden Dollar geschätzt, und die reichen nicht einmal für die laufenden Operationen. Erforderlich ist mindestens noch mal die Hälfte, ganz zu schweigen von der lächerlich geringen Summe von 24 Milliar-

den Dollar, die aus den Haushalten freigesetzt werden.

Dennoch ist der Brady-Plan meiner Meinung nach schon ein wesentlicher Fortschritt. Zugleich geht er in die Richtung des sowjetischen Ansatzes für die Lösung des Schuldenproblems.

Von Dogmen zum Realismus

Die Sowjetunion hat bei der Lösung des Schuldenproblems der „dritten Welt“ eigene Interessen. Gerade auf die Entwicklungsländer entfällt ein wesentlicher Anteil sowjetischer Forderungen in Höhe von 87,5 Milliarden Rubel. Davon etwa ein Viertel in frei konvertierbarer Währung. Das sind keine

geringen Summen, und in unserer derzeitigen finanziellen Lage sind wir an einer Tilgung dieser Schulden lebhaft interessiert. Deshalb ist die UdSSR bereit, sich unmittelbar an einer Beilegung dieses Problems zu beteiligen, weil sie begreift, daß die volle Summe nicht zu den ursprünglichen Bedingungen eingetrieben beziehungsweise zurückgezahlt werden kann. Der einzige Ausweg besteht in einer Internationalisierung des Lösungsansatzes.

Im Dezember 1988 sagte Präsident Gorbatschow vor der UNO, daß die Sowjetunion bereit ist, ein längeres Moratorium, bis zu 100 Jahren, über die Schuldentilgung der am wenigsten entwickelten Länder zu verhängen und ihnen in mehreren Fällen ihre Schulden vollständig zu erlassen. Es sei ebenfalls erforderlich, regierungsoffizielle Unterstützung für Marktmechanismen einer Schuldenregelung zu gewähren, die Einrichtung einer speziellen internationalen Behörde für den Aufkauf von Schulden mit Preisnachlaß eingeschlossen. Eine solche Behörde könnte auch außerhalb der Rahmen des IWF und der Weltbank funktionieren und Länder einschließen, die diesen beiden Institutionen nicht angehören.

In dem sowjetischen Vorschlag wird multilateralen Foren eine wichtige Funktion beigemessen. Dazu könnte auch die Durchführung von Konsultationen der Regierungschefs aus Schuldnerländern und Kreditgeberländern

unter der Schirmherrschaft der UNO und die Tätigkeit der UNCTAD gehören, die einen Aufruf an die Handelsbanken erlassen hat, die Schulden zu kürzen.

Vom Standpunkt der UdSSR darf eine Lösung des Schuldenproblems nicht mit wirtschaftlichen und politischen Zugeständnissen in Zusammenhang gebracht werden und sollte sich nur auf die Möglichkeiten jedes einzelnen Landes gründen.

Ich denke, daß eine gewisse Annäherung der Positionen von Ost und West bei der Lösung des akutesten Problems des Südens erlaubt, die Frage aufzuwerfen, ob es nicht erforderlich ist, das internationale Währungs- und Kreditsystem selbst zu reformieren.

Im ersten Abschnitt der Reform könnte man unter der Schirmherrschaft der UNO eine internationale Konferenz zur Regulierung der Auslandsverschuldung einberufen, um ein Programm von Sofortmaßnahmen auszuarbeiten, welches dem Schuldenproblem seine krisenverdächtige Schärfe nehmen könnte. Neben den bereits genannten könnten auch solche Maßnahmen darin Eingang finden, wie die Nutzung eines Teils der Mittel, die durch Abrüstung frei werden, für die Schuldendeckung, die Erweiterung der Entwicklungshilfe zu Vorzugsbedingungen, eine Verrechnung der Verschuldung bei Privatbanken über eine Zinssenkung für Bankkredite auf ein Niveau, das den Bedingungen der offiziellen Entwicklungshilfe entspricht. Der ganze Sinn eines solchen Programms für die Beilegung der Schuldenkrise würde also in der Herstellung einer Direktverbindung zwischen den Ergebnissen der Wirtschaftstätigkeit der Entwicklungsländer und ihren Tilgungssummen bestehen, damit diese ihre Entwicklung nicht beeinträchtigen. Die jährliche Schuldentilgung könnte man auch auf einen bestimmten Anteil des Exporterlöses der Entwicklungsländer beschränken, und dabei nicht nur Devisen, sondern auch Waren in Zahlung nehmen, die traditionell exportiert werden, und ohne bei Gewährung eines Aufschubs für die Kreditabzahlung und die Refinanzierung der Verschuldung zusätzliche Zinsen anzurechnen.

Im zweiten Abschnitt könnte auch eine Weltwährungskonferenz einberufen werden, deren wichtigste Aufgabe darin besteht, eine neue Krisensituation in den internationalen Währungs- und Kreditbeziehungen zu verhindern und den Weg für ihre demokratische Umgestaltung abzustecken.

Für die Einrichtung eines solchen Systems sind die Demokratisierung der vorhandenen Währungs- und Finanzorganisationen sowie die Aufnahme der UdSSR und anderer sozialistischer Länder erforderlich. Dabei sollte eine größtmögliche Stabilität der Währungskurse angestrebt werden, was ohne eine internationale Kontrolle über private Kapitalbewegungen nicht denkbar ist.

Der Weg zur Lösung dieses Problems ist bestimmt nicht kurz, aber auch so ist schon zu viel Zeit ungenutzt vergangen. Ein neues System der Beziehungen kann jedoch verwirklicht werden, wenn die Positionen aller interessierten Seiten in Hinsicht auf eine Schuldenregelung sich auch weiterhin in Richtung auf mehr Realismus bewegen und die Bedingungen unserer interdependenten Welt berücksichtigen.

Klare Antwort auf komplizierte Fragen

Die Haltung der UNO zu Chauvinismus und Ansässigkeitsklausel

Unser NZ-Korrespondent unterhält sich mit **Agha Shahi**, Mitglied des UNO-Ausschusses für die Beseitigung der Rassendiskriminierung und ehemaliger Außenminister Pakistans

Der UNO-Ausschuß für die Beseitigung der Rassendiskriminierung hat 18 Mitglieder, in der Regel Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und führende Politiker, die in diesem Fall als unabhängige Experten agieren. Der Ausschuß wirkt auf der Grundlage der internationalen Konvention über die Abschaffung aller Formen von Rassendiskriminierung, angenommen von der UNO-Vollversammlung 1965 und in Kraft getreten 1969. Die UdSSR gehört zu den 125 Mitgliedsländern dieser Konvention, deren Ausschuß inzwischen einen sowjetischen Vertreter hat, den Juristen Dr. Juri Reschetow.

Bei seiner letzten, 38. ordentlichen Tagung prüfte der Ausschuß 30 Berichte der Teilnehmerstaaten. Die Erörterung findet in Form eines Dialogs zwischen Ausschußmitgliedern und Repräsentanten eines jeden Landes, vorwiegend Mitarbeitern des Außenministeriums, der Justizministerien und der Anwaltschaft, statt.

NZ. Die meisten Staaten geben zu, daß sie mehr oder weniger ungelöste nationale Probleme haben. Diejenigen, die das leugnen, werden in der Regel von seiten des Ausschusses einer scharfen Kritik unterzogen. Zumindest hat man diesen Eindruck, nachdem man die Materialien der letzten Tagungen gelesen hat. Wie hat eigentlich der Ausschuß auf die Berichte der UdSSR in den 70er und frühen 80er Jahren reagiert? Damals hatten die Vertreter der Sowjetunion den Experten mitgeteilt, daß sie eine „neue historische Gemeinschaft, das Sowjetvolk“, ohne irgendwelche Komplikationen und Konflikte, geschaffen hätten.

A. Sh. Ja, damals hat Ihre Regierung behauptet, daß alle nationalen Probleme vollständig gelöst und alle Volksgruppen mit ihrer Lage zufrieden seien. Das entsprach zwar nicht der Wirklichkeit, aber der Ausschuß muß sich seinen Statuten gemäß mit den Informationen begnügen, die der betreffende Staat selbst liefert. Wir mußten also von den Angaben ausgehen, die Ihr Land uns vorgelegt hatte. Es waren oft keine objektiven Angaben. Natürlich haben die Ausschußmitglieder gefragt, ob man in der Schule tatsächlich seine Muttersprache oder nur Russisch lernen kann. Waren den Vertretern von nationalen Minderheiten tatsächlich alle Stellen auf den unterschiedlichen Machtebenen zugänglich?

NZ. Vom Standpunkt des Journalisten kann ich sagen, daß diese Prozedur recht

zweifelhaft ist. Warum wird denn einem Staat noch ein Podium für seine Eigenwerbung zur Verfügung gestellt? Warum hat Ihr Ausschuß keine Einrichtungen, um unabhängige Informationen zu erhalten, wie das bei einigen anderen UNO-Organen der Fall ist? Ich denke dabei beispielsweise an die Ernennung eines Sonderbeauftragten.

A. Sh. Leider sieht die Konvention über die Beseitigung aller Formen der Rassendiskriminierung nichts dergleichen vor. Wir können höchstens Informationen anderer UNO-Einrichtungen heranziehen. Aus diesem Anlaß gibt es im Ausschuß allerdings immer Unstimmigkeiten. Als wir zum Beispiel den Bericht Israels diskutiert haben, sagten viele: Wir dürfen nicht über diesen Rahmen hinausgehen. Ich bestand aber darauf, daß unser Ausschuß eine Resolution der Vollversammlung heranzieht, in der das Vorgehen Israels auf den okkupierten Territorien verurteilt wird.

Das Problem besteht darin, daß kein einziger UNO-Ausschuß frei von politischem Druck ist. Die Experten repräsentieren verschiedene Länder und versuchen, einen Ausgleich, einen Konsens, zu finden.

NZ. Das heißt also, daß ein einflußreiches Land, wenn es geschickt laviert, einen von vornherein subjektiven Bericht vorlegen und seiner Verurteilung aus dem Weg gehen kann?

A. Sh. Genauso ist es. Mit diesem Hintergrundgedanken werden auch oft Berichte zusammengestellt und Antworten formuliert. Unser Ausschuß bittet beispielsweise um statistische Angaben über alle, die in der UdSSR die russische Sprache benutzen. Dann antwortet man uns unter anderem: Viele Nationalitäten haben Russisch als Muttersprache übernommen. Auch wenn wir das nicht glauben, was sollen wir machen?

NZ. Ihr Ausschuß diskutiert regelmäßig Antidiskriminierungs-Gesetze, die in verschiedenen Ländern verabschiedet werden. Glauben Sie, daß die wirksam sind?

A. Sh. Sie können das Problem natürlich nicht vollständig lösen. Davon konnten Sie sich selbst überzeugen. Wie dem auch sei, die Konvention erklärt jede Verbreitung von Ideen, die auf der Vorherrschaft einer Rasse oder Rassenhaß basieren, alle Gewaltakte oder die Anstiftung zu Akten, die sich gegen eine bestimmte Rasse, Gruppe, Hautfarbe oder ethnische Herkunft richten, zu einer kriminellen Handlung, die strafrechtlich verfolgt werden

muß. Alle Organisationen, die Rassendiskriminierung fördern oder zu ihr aufrufen, werden als gesetzwidrig eingestuft. Die Teilnehmerstaaten der Konvention müssen ihre eigene Gesetzgebung mit der Konvention in Übereinstimmung bringen, aber das hat kaum jemand getan.

NZ. Ein entsprechender Paragraph ist im Strafrecht der RSFSR und der Unionsrepubliken enthalten. Er wurde vor kurzem präzisiert.

A. Sh. Es hängt alles davon ab, wie das Gesetz eingehalten wird, ob die Gesellschaft die Möglichkeit hat, wirklich von ihm Gebrauch zu machen und sich an die Gerichte zu wenden. Bei einem Völkerrechts-Seminar, das im Dezember in Moskau stattfand, hat ein sowjetischer Teilnehmer darüber geklagt, daß die Gesetze, die eine Diskriminierung nach nationaler Zugehörigkeit unterbinden sollen, nicht wirksam sind.

NZ. Wie soll sich ein Mitgliedsstaat der Konvention über die Abschaffung aller Formen von Rassendiskriminierung gegenüber chauvinistischen Gruppen verhalten?

A. Sh. Der Generalstaatsanwalt muß die Erklärungen und Äußerungen verschiedener Gruppen vom Standpunkt ihrer Übereinstimmung mit dem Gesetz untersuchen. Wenn er zu dem Ergebnis kommt, daß diese Erklärungen Haß auf eine bestimmte Volksgruppe wecken, setzt die strafrechtliche Verfolgung ein. Dann werden Bußgelder oder noch härtere Strafen verhängt.

NZ. Trotzdem sind, wie Sie schon selbst gesagt haben, Verbote und gesetzliche Maßnahmen nicht immer wirksam. Was hat in der Praxis anderer Länder die Billigung Ihres Ausschusses erfahren?

A. Sh. Der Bericht Schwedens hat großes Interesse gefunden. Dort wurde 1986 ein Gesetz gegen ethnische Diskriminierung erlassen, und die Regierung hat einen Ombudsman ernannt, das heißt, einen eigenen Vertreter für alle Fragen von ethnischer Diskriminierung. Dieser Ombudsman muß Diskriminierung am Arbeitsplatz und in anderen Bereichen des öffentlichen Lebens unterbinden. In Einzelfällen ist er verpflichtet, diejenigen zu beraten und zu informieren, die sich als Opfer der Diskriminierung empfinden. Das Gesetz enthält auch die Forderung an jeden Arbeitgeber, dem Ombudsman alle für ihn erforderlichen Informationen zu gewähren.

Der Ombudsman bekämpft die Diskriminierung im Bereich der Wohnungsvergabe und was den Zugang zu

Vergnügungslokalen angeht. Er muß auch auf rassistische oder fremdenfeindliche Äußerungen in den Massenmedien reagieren.

Zur gleichen Zeit, wie dieses Gesetz verabschiedet wurde, hat man in Schweden einen konsultativen Ausschuß für Fragen der ethnischen Diskriminierung ins Leben gerufen. Er berät den Ombudsman in prinzipiellen Fragen, trägt Änderungsvorschläge für die Gesetzgebung vor und prüft konkrete Einzelfälle.

NZ. Bei der letzten Tagung Ihres Ausschusses wurden Länder kritisiert, in denen es noch eine Sprachklausel oder Ansässigkeitsklausel für die Wahlbeteiligung gibt.

A. Sh. Zum Glück gibt es eine solche Ansässigkeitsklausel außer auf den Philippinen und in Rwanda, wo sie ohnehin sechs Monate nicht übersteigt, praktisch kaum noch. Wir haben auch die venezolanische Gesetzgebung kritisiert: Die darin enthaltene Festlegung einer Sprachklausel für die Wahlbeteiligung widerspricht Artikel 5 der Konvention.

NZ. Die neuen Gesetze, die in den baltischen Republiken verabschiedet wurden, geben nur Bürgern, welche die Sprache der gegebenen Republik beherrschen, das Recht, bestimmte Ämter zu bekleiden. In Lettland und Estland sind Ansässigkeitsklauseln zwischen fünf und zehn Jahren für jemanden vorgesehen, der sich in die örtlichen Sowjets oder das Parlament der jeweiligen Republik wählen lassen will. Wie werten Sie als Mitglied des Ausschusses für die Beseitigung der Rassendiskriminierung diese Tatsache?

A. Sh. Der Staat ist verpflichtet, allen Bürgern, die auf seinem Territorium leben, den gleichen Rechtsschutz zu gewähren. Wenn die Verfassung der UdSSR gleiche Rechte für alle Volksgruppen vorsieht, muß das auch in allen Republiken der Fall sein.

NZ. Ich fürchte, das ist eine zu leichte Antwort auf eine sehr komplizierte Frage. Viele angestammte Einwohner der Ostseerepubliken meinen, daß ihre Rechte in der Vergangenheit mißachtet und sie der UdSSR gewaltsam angeschlossen worden seien.

A. Sh. Das ist schon eine Frage, die einer politischen Lösung bedarf. Diese kann, wie ich glaube, Ihrem neuen Parlament zugemutet werden. Dennoch möchte ich dieses sehr einfache Prinzip wiederholen: Allen Personen, die sich zum gegebenen Zeitpunkt unter der Jurisdiktion eines gegebenen Staates befinden, müssen gleiche Rechte garantiert werden.

NZ. In den baltischen Republiken wird inzwischen dazu aufgerufen, aus der UdSSR auszutreten. Also müssen die Befürworter einer solchen Position das von Ihnen genannte Prinzip nicht unbedingt auf sich anwenden.

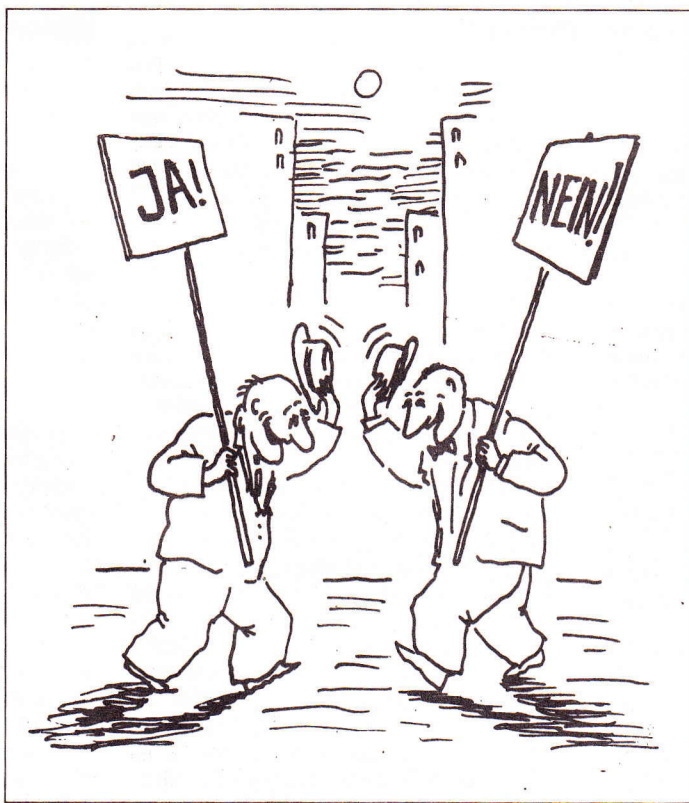
A. Sh. Wenn sie sich abtrennen, müssen sie sich an internationale Gesetze halten. Diese sind ebenfalls deutlich genug: Alle Personen, die auf dem Territorium eines Staates leben, haben gleiche Rechte. Wenn jemand in Ihr Land einreist und dort längere Zeit lebt, erwirbt er sich damit das Recht auf einen ständigen Wohnsitz. Die Regierung schützt damit seine Rechte genauso wie die der übrigen Bürger. Wenn also irgendeine Sowjetrepublik ausschert und einen eigenen

Staat gründet, dann steht der Versuch, die in ihr lebenden Bürger der nicht angestammten Bevölkerung zu vertreiben und ihrer Rechte zu berauben, im Widerspruch zu international geltenden Gesetzen.

NZ. Können Sie sich an einen ähnlichen Fall in der jüngeren Geschichte erinnern?

A. Sh. Nein, ich kann mich nicht erinnern, daß gleich so große Bevölkerungsgruppen der Gefahr ausgesetzt worden wären, ihre Rechte zu verlieren. Es kommt natürlich öfter schon einmal vor, daß eine bestimmte Gruppe in irgendeinem Staat ihre Rechte nicht völlig realisieren kann und zu Bürgern zweiter Klasse wird. Das geschieht in der Praxis. Kein einziger Staat aber, mit Ausnahme offen rassistischer Staaten, hat eine solche Diskriminierung in seine Gesetzestexte aufgenommen.

Auch die schwierigsten Probleme sollte man auf demokratischem Weg lösen und ohne Gesetze zu verletzen, die von der internationalen Gemeinschaft entwickelt worden sind.



Zeichnung: Viktor Bogorad



An den Quellen eines „neuen Patriotismus“

Was wird sich nach dem Global Forum von Geistlichen und Parlamentariern für Umweltschutz und Entwicklung für das Überleben verändern?

In Nagorny Karabach und unweit davon kämpften armenische Terroristen gegen aserbaidjanische. In Tbilissi setzten viele Menschen ihren Hungerstreik fort. Im Baltikum erreichten die politischen Diskussionen den Siedepunkt. Beim Global Forum sprach man jedoch hauptsächlich von der Umwelt. Mit jeder neuen Wortmeldung wurde ein sowjetischer Kollege, der neben mir saß, immer nervöser und flüsterte mir zu: „Mußten wir dieses Forum ausgerechnet jetzt bei uns aufnehmen? Als hätten wir keine eigenen Probleme!“

Ist eine Besinnung nötig?

Die Idee, um des Überlebens der Menschheit willen die in letzter Zeit beinahe abgerissene Kooperation zwischen Politikern und Geistlichen wiederzubeleben, begann im Oktober 1985, beim 40jährigen UNO-Jubiläum, feste Konturen anzunehmen. In einer kleinen US-Stadt nördlich von New York versammelte sich eine Gruppe von Geistlichen und Parlamentariern. Die ersten Kontakte waren schwierig. Die Politiker wollten Sofortaktionen, die Geistlichen verteidigten die Priorität der ewigen geistigen Werte. Dennoch stimmten beide Seiten darin überein, der Dialog sei für die

Zukunft viel zu wichtig, als daß er gleich nach dem ersten Treffen hätte abgebrochen werden können. 1988 fand in Oxford eine Weltkonferenz für das Überleben der Menschheit statt. Das Global Forum in Moskau war somit das zweite internationale Treffen von Geistlichen und Vertretern der Legislative.

Ist eine solche Zusammenarbeit aussichtsreich? In der UdSSR beginnt man erst, darüber nachzudenken. Dabei erlebte das Global Forum gerade als Folge dieser Zusammenarbeit einen seiner Höhepunkte. Der Groß-Mufti von Syrien, Scheich Ahmed Kuftaro, hatte die „weltlichen“ Argumente zugunsten der Kontrolle des Bevölkerungswachstums erwogen und erklärte, der Islam weise die Idee der Geburtenkontrolle keineswegs zurück. Die Zahl der Familienmitglieder müsse von der Familie selbst abhängen und sich an den Erfordernissen des allgemeinen Wohlergehens orientieren. Auch andere Konfessionen lehnen die Geburtenkontrolle nicht ab. Die katholische Kirche z. B. hat nichts dagegen, wenn die Bevölkerungszunahme mit natürlichen Mitteln eingedämmt wird.

Die Grundidee des Global Forums ist, daß die Menschheit zu ihrem Überleben nicht nur neue Technologien braucht. Nach

Ansicht des Journalisten Tarzie Vittachi (Sri Lanka) hätten die Menschen in den Jahrhunderten bei dem, was wir „Fortschritt“ nennen, bei der Verwertung neuen Wissens immer weniger Verantwortungsbewußtsein gezeigt. Wir hätten uns überzeugt, daß für den Fortschritt nicht mit Werten gezahlt werden darf. Wir hätten uns immer mehr von der Religion entfernt und das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Heute sähen wir uns genötigt, uns auf den Schatz des geistlichen Wissens, die Quelle der menschlichen Werte zu besinnen und uns jenen lenkenden Prinzipien zuzuwenden, die ein weiseres und humaneres Verhältnis zwischen der natürlichen Umwelt und allem, was in ihr lebt, herstellen, als wir es bisher getan hätten.

Die gemeinsamen Dokumente der Teilnehmer des Forums bestätigen erneut, daß das Zusammenwirken zwischen Politikern und Geistlichen nicht nur möglich, sondern auch wünschenswert ist. Beide Seiten können in Fragen, die für die Menschheit wichtig sind, ohne weiteres eine gemeinsame Sprache finden, und das ist gut so. Noch weit wichtiger ist vielleicht, daß Politiker und Geistliche einen solchen Dialog auch auf tieferen Ebenen aufnehmen. Solche Kontakte und Treffen sind um so leichter zu organisieren, als die Ausgaben nicht mehr, wie beim Moskauer Forum, durch siebenstelligen Zahlen ausgedrückt werden.

Dramen und

Widersprüche

In Moskau gab es keine Berichte mit „exotischem“ Inhalt wie in Oxford, wo der Wissenschaftler James Lovelock erklärte, die Erde sei kein „toter Steinbrocken“, sondern ein lebendiger Organismus, der für alle Lebensformen in der Biosphäre offen und empfänglich sei. In der für internationale Konferenzen typischen ruhigen, bisweilen sogar beschaulichen Atmosphäre des Moskauer Forums gab es jedoch Dramen, die für die Außenwelt und selbst die meisten Teilnehmer unbemerkt blieben. Gerade in jenen Tagen verliefen in Moskau schwierige Verhandlungen zwischen Vertretern der russisch-orthodoxen und der katholischen Kirche. Es ging um das überaus akute Problem der unierten Kirche. Gleichzeitig hatten die Anhänger beider Konfessionen auf dem Global Forum nach gemeinsamen Wegen zum Überleben der Menschheit zu suchen und die Reibungen zwischen ihren Kirchen nach Möglichkeit zu vergessen. Schließlich wurde in allen Fragen, sowohl in globalen als auch in denen der künftigen Beziehungen zwischen den Orthodoxen und den Unierten in der Westukraine, Einvernehmen erzielt.

In den Entwicklungsländern sorgen sich die Politiker zunehmend darum, ob die

neue Partnerschaft von West- und Osteuropa nicht die Investitionen und Hilfe des Westens für die Dritte Welt vermindern werde. Die norwegische Ex-Premierministerin Gro Harlem Brundtland antwortete auf diese beim Forum nicht ausgesprochene, aber zweifellos viele seiner Teilnehmer beunruhigende Frage, indem sie erklärte, die Hilfe für die schwachentwickelten Länder werde nicht eingestellt. Die norwegische Politikerin forderte dazu auf, die gewohnte Teilung der Welt nach den Achsen Ost – West und Nord – Süd aufzugeben. Die Zeit globalen Denkens und globaler Politik sei angebrochen.

Damit die sowjetischen Parlamentarier es auch wissen

In der UdSSR hätten Politiker die lebenswichtige Bedeutung des Umweltschutzes erst vor kurzem in gebührendem Maße erkannt, erklärte Michail Gorbatschow beim Global Forum. Selbst als die ökologische Situation in mehreren Gebieten unseres Landes begonnen habe, sich kritisch zuzuspitzen, habe man sich mit der politischen Bewertung immer wieder verspätet. Um so wichtiger war es, daß die sowjetischen Parlamentarier beim Forum die zahlenmäßig stärkste Gruppe bildeten. Wahrscheinlich sammelten sie Informationen eifrig genug, um zu wissen, daß die UdSSR eine der größten Giftküchen der Welt ist. Nach Angaben der Wissenschaftler Tim Duane und Bill Keepin verbrauchen Osteuropa und die UdSSR doppelt soviel Energie pro Maßeinheit der nationalen Arbeitsproduktivität wie die westlichen Länder. Das bedeutet, daß die wirtschaftliche „Aktivität“ in den osteuropäischen Staaten und der UdSSR die Umwelt doppelt so stark zerstört. Der sowjetische Industriesektor verbraucht 70% der reinen Energie und 80% der Elektrizität. Das sind pro Person 25% mehr als in den USA, wo die Produktivität in der Wirtschaft viel höher liegt. Sehr kritisch äußerten sich Wissenschaftler über den ineffektiven Energieverbrauch in sowjetischen Kraftfahrzeugen und elektrischen Geräten.

Auf diese Weise tut die Sowjetunion nicht wenig, um jene katastrophale Zukunft näherzubringen, von deren Möglichkeit der amerikanische Wissenschaftler Lester Brown beim Forum sprach. Infolge des hemmungslosen Energieverbrauchs und des Treibhauseffekts erwärme sich das Klima auf der Erde. In den USA, die schon immer Getreide ausführten, habe die Ernte im vorigen Jahr wegen der großen Dürre erstmals in der Geschichte den Bedarf des eigenen Landes nicht befriedigen

können. Dabei meinen Wissenschaftler, daß solche Dürren immer häufiger auftreten würden.

Industrieländer setzen gegenwärtig auf energiesparende Technologien. Die Teilnehmer des Forums hätten sich mit den jüngsten Erkenntnissen auf diesem Gebiet bekanntmachen können, weil US-Firmen eine einschlägige Ausstellung vorbereitet hatten. Aber die Hausherren des Internationalen Handelszentrums, in dessen Räumen das Forum stattfand, weigerten sich, sie dort zu zeigen.



Möglicherweise beachteten die sowjetischen Parlamentarier jene Erklärung von Lester Brown, in der es heißt, die fruchtbaren Flächen würden sich in allen Teilen der Welt unausweichlich vermindern, wobei die UdSSR auf dieser Liste ganz oben stehe. Die Ernten stiegen in der Welt als Ganzes bis 1984. Dann waren die Ressourcen neuer Technologien erschöpft. Betont sei, daß sich selbst eine „konventionelle“ Luftverschmutzung auf Ernteerträge negativ auswirkt. In den USA etwa senkt die Umweltverschmutzung die Ernteerträge um 5 – 10%. Wenn die Bevölkerung weiterhin im heutigen Tempo zunimmt, wird die Perspektive eines weltweiten Hungers schon in den nächsten Dekaden durchaus wahrscheinlich.

Die Weltpolitik hat das Wort

Die meisten sowjetischen Parlamentarier konnten sich beim Forum über die Folgen des ökologisch unverantwortlichen Verhaltens Klarheit verschaffen. Deshalb dürfte es sie nicht überraschen, wenn die UdSSR künftig wegen ihrer Einstellung zur Umwelt einem massiven internationalen Druck ausgesetzt wird. Dann wiederholt sich vielleicht die Situation, wie wir sie hinsichtlich der Menschenrechte hatten. Wird die Führung unseres Landes wiederum auf die „staatliche Souveränität“ und die „Unzulässigkeit einer Einmischung in unsere internen Angelegenheiten“ pochen? Aber die Umwelt kann nicht intern sein, sie ist international. Sie erkennt keine „staatliche Souveränität“ an.

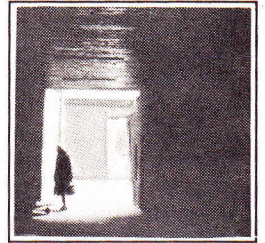
Die Probleme der Umwelt und Entwicklung würden in den kommenden zehn Jahren zu den wichtigsten Richtungen der Weltpolitik gehören, meint Frau Brundtland. Die Tatsache, daß sich Gorbatschow trotz der akutesten inneren Probleme Zeit genommen habe, um beim Global Forum zu sprechen, zeige: Die sowjetische Führung wisse darum. Die von Gorbatschow beim Forum verkündeten Ideen zeugen davon, daß die UdSSR auch dann nicht abseits steht, wenn die Grundlagen einer weltweiten Umweltpolitik entwickelt werden. Gorbatschow unterstützte die Pläne und Aktivitäten der UNO zum Umweltschutz und sprach sich dafür aus, die für 1992 geplante Konferenz für Umwelt und Entwicklung auf höchster Ebene abzuhalten. Es sei notwendig, einen internationalen Mechanismus der technologischen Zusammenarbeit beim Umweltschutz sowie des ökologischen Monitorings und der Technologienkontrolle zu schaffen. In der Ansprache Michail Gorbatschows beim Forum wurde auch ein für die Politiker einiger Länder so heikles Problem berührt wie der begrenzte Einfluß der militärischen Aktivitäten auf die Umwelt.

Was also hat das Global Forum verändert? Seine Organisatoren hofften vor allem auf Veränderungen im Bewußtsein der Menschen. Die Öffentlichkeit muß verstehen, daß die Welt am Rande einer Katastrophe steht. Um sie abzuwenden, bedarf es eines neuen Patriotismus, von dem UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar beim Forum sprach: eines kosmopolitischen Patriotismus. Vielleicht erleben wir gegenwärtig seine Entwicklung.

Wladimir Rasuwajew
Fotos: TASS

Alter: Lebensabend oder Zeit der Vergeltung?

Nikolai Engwer, Volksdeputierter der UdSSR



Bei uns gibt es Hungernde, jedoch kein System, wo ein alter Mensch einen Teller Suppe bekommen könnte

„Mein Dank der Partei und der Regierung“, sagte ein alter Mann dem Fernsehreporter nach einem Wohltätigkeitsmittagessen auf Kosten der Kooperative. Einige Offizielle verstanden diesen Fernsehbeitrag als Beleidigung der Sowjetmacht. Die Genossenschaftler hatten gewagt, die Leute mit einem Teller kostenloser Suppe zu erniedrigen! Typisches Beamtendenken: Anstatt sich mit den unangenehmen Problemen des Alltags auseinanderzusetzen, werden diese Probleme als beleidigend für das bestehende gesellschaftspolitische System abgetan. „Das gibt es bei uns nicht, deshalb wollen wir davon nichts wissen.“ So organisiert sich der Apparat Selbstschutz.

Sozialfürsorge oder Heilsarmee?

Bei uns gab und gibt es Arme, Schwache, Alte, Bettler und Hungernde! Und ein Teller kostenloser Suppe ist für sie wichtiger als vielfache Beteuerungen, daß der Vorzug des Sozialismus seine Zuwendung zum Menschen sei. Einem hungrigen Menschen muß man zu essen geben und nicht darüber streiten, ob die Wohltätigkeit der Genossenschaftler den Prinzipien des Sozialismus entspricht oder nicht. Wir müssen uns Gedanken machen, warum es bei uns kein System gibt, wo ein hilfloser Mensch einen Teller Suppe bekommen könnte. Und daß das nicht von einer zu-

fälligen Geste des Genossenschaftlers abhängt. Eine private, spontane Initiative kann einen, zwei oder zehn Menschen satt machen. Sie kann aber nicht Tausenden zu essen geben. Dafür wird eine solide gesellschaftliche Organisation benötigt, wie sie schon lange in zivilisierten Ländern existieren.

Unsere Propagandisten und Ideologen haben nicht wenig Gift und Sarkasmus versprüht, um eine Wohltätigkeitsorganisation wie die Heilsarmee lächerlich zu machen und in unmöglichem Licht darzustellen. Ja, es gab Zeiten, als Barmherzigkeit und Wohltätigkeit bei uns als bürgerliche Vorurteile, als scheußliche Begleiterscheinungen des kapitalistischen Systems verdammt waren. Doch Barmherzigkeit kann nicht lächerlich sein, man darf sich nicht über die Hilfe für andere Menschen lustig machen. Und wir sind auch endlich zu der Überzeugung gekommen, wie wichtig es ist, diese Erscheinung unter unseren Bedingungen wiederzubeleben.

Lange Zeit hat sich bei uns die Sozialfürsorge um die alten Menschen gekümmert. Die Beamten, die da saßen, taten das im Namen des Staates, wie sie es vermochten, meistens hartherzig, bürokratisch und unfreundlich. So bekommt sogar eine edle Sache, wenn sie im Namen eines hartherzigen Staates geschieht, einen bürokratischen Anstrich. Man kann nicht befahlen, barmherzig zu sein, wenn dieses Gefühl nicht in der Seele selbst entsteht, wenn es nicht das Wesen der menschlichen Natur ausmacht. Unsere Altenheime sind nicht deshalb schlimm, weil



die Möbel unmöglich sind und das Essen schlecht, sondern weil das Personal in den alten Menschen eine Bürde sieht. Wenn die Sozialfürsorge sich um die alten Menschen kümmert, so ist das die reinste Verhöhnung.

Bezahlt der Staat seine Schulden?

Ist Barmherzigkeit ein moralischer oder wirtschaftlicher Begriff? Leider werden bei uns viele moralische Probleme zu wirtschaftlichen und wirtschaftliche – zu moralischen. Wenn wir einem bedürftigen Alten helfen, müssen wir uns immer fragen, auf wessen Kosten das geht.

Wir haben keine Mittel übrig. Unsere Alten sind deshalb Bettler, weil unser Land bettelarm ist. Wir können es uns nicht leisten, wohlhabende alte Menschen zu haben, die ein harmonisches Leben führen. Das ist umso bedauerlicher, wenn man sieht, was Alter im Ausland bedeutet.

Im Kreml treffe ich oft ausländische Touristen. Darunter sind viele ältere Menschen. Und es ist offensichtlich, daß Moskau nicht die einzige Hauptstadt auf der Welt ist, die sie besuchen. Diese munteren Senioren (übrigens mit frischer Gesichtsfarbe und chic angezogen) haben wahrscheinlich das ganze Leben intensiv gearbeitet und haben nun im Rentenalter die Möglichkeit, ein sorgloses Leben zu führen und die Welt zu bereisen. Das ist ein Beweis dafür, was die Wirtschaft vermag. Wer von unseren alten Menschen kann es sich leisten, Rom oder Rio de Janeiro zu besuchen? Ach was, sie wären schon mit Leningrad zufrieden! Selbst die Fragestellung ist lächerlich.

Im vergangenen Jahr haben wir bei der ersten Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR die Mindestrenten auf 70 Rubel angehoben und uns wohl dafür etwas zu sehr gelobt. Das ist das gleiche, als wenn der Sohn sich brüstet, daß er die Mutter materiell unterstützt. Wir Volksdeputierte haben vom Standpunkt der Moral aus nicht das Recht, uns als Verdienst anzurechnen, daß wir vielen Rentnern die Möglichkeit gaben, mit dem Geld auszukommen.

Der Oberste Sowjet hat eigentlich das erste Mal die Stadt- und die Landbevölkerung, was



So geht's auch, junger Mann...

die Sozialfürsorge angeht, rechtlich gleichgestellt. Der Mensch konnte ehrlich für die Sowjetmacht arbeiten und im Alter nichts bekommen außer Schwäche, Krankheit und einer Existenz am Rande des Verhungerns. Und daß diese Macht nun wenigstens das Lebensniveau von Millionen Bedürftigen etwas angehoben hat, ist nur die Erstattung der alten Schulden.

Leider ist unser Sozialfürsorgesystem immer noch in einem erbärmlichen Zustand, beschämend für einen zivilisierten Staat. Und alles, weil der Staat jahrzehntlang die Mittel in die Produktionsfonds steckte und den Menschen benachteiligte.

Noch ein quälendes Problem. Als wir Deputierten uns den Rentenangelegenheiten zuwandten, mußten wir feststellen, daß viele Menschen eine kleine, offensichtlich unzureichende Rente erhalten. Wir versuchten herauszufinden, warum das so viele sind, und deckten ein schlimmes Bild auf. Unter den alten Menschen ist eine große Zahl derjenigen, die einen Teil des Lebens hinter Gitter verbracht haben, die überhaupt nicht gear-

beitet hatten oder mehr betrunken waren als sie arbeiteten. Kann die Gesellschaft sie ohne Hilfe lassen? Eigentlich hätte sie ja das Recht dazu. Andererseits haben wir das Recht, unsere Mitbürger ohne Essen, ohne Dach über dem Kopf zu lassen? Wenn wir ihnen nun aber helfen (und anders kann es nicht sein), aus welchen Fonds sollen wir das Geld nehmen? Wieder auf Kosten derjenigen, die geschuftet haben und mit denen die ganze Wirtschaft steht und fällt? Wieder sollen die Fleißigen dafür zahlen? Das ist ungerecht.

Hier haben wir wiederum den Fall der moralischen Wahl, da die Gerechtigkeit und die Barmherzigkeit miteinander in Konflikt geraten. Wir sind Menschen und müssen human sein. Barmherzige Hilfe muß allen zuteil werden.

Ob viele mit mir einverstanden sind?

Barmherzigkeit gegenüber den Stalinisten?

Heute haben wir wieder einmal einen heißen Konflikt zwischen den Generationen. Die Jungen fühlen sich von den Alten betrogen: Die haben nicht das Richtige aufgebaut, nicht so gelebt, nicht den richtigen Gott angebetet. Das ist eine der prinzipiellen Fragen. Was wurde denn in den Jahrzehnten überhaupt getan? Auch die ältere Generation fühlt sich betrogen. Es stellte sich heraus, daß man das Leben umsonst gelebt hatte.

Lange Zeit wurde uns verstärkt der Gedanke suggeriert, daß das Wichtigste auf der Welt der Staat ist. Und die Massen haben das wahrhaft geglaubt, haben alle Kräfte, auch die seelischen, für seine Festigung eingesetzt. Im Ergebnis schufen sie eine schreckliche seelenlose Maschine für die Unterdrückung der Persönlichkeit. Die Tragödie besteht darin, daß viele Schöpfer dieser Maschine sie selbstvergessen vergöttern. Die Jungen zerstören die bürokratische Maschine, und sie tun das mit Enthusiasmus. Sie sind wie ihre Großväter bereit, alles bis auf die Grundmauern zu zerstören. Hier haben sich zwei Kräfte solidarisiert...

Alter ist keine Freude. Im Spiegel der Statistik

– Heute kommen auf 100 Menschen im arbeitsfähigen Alter 37 Rentner, 1980 war dieses Verhältnis 100:32;

– Mehr als 43 Mio Menschen bekommen Altersrente;

– Für 30 Mio ist die Rente die einzige Existenzgrundlage, 10 Mio von ihnen haben keine Angehörigen;

– Im Entwurf zum Rentengesetz ist die Schaffung eines Rentenfonds des Landes vorgesehen. Um eine neue Renten-

regelung einzuführen, müssen die dafür bestimmten Beiträge von 12 auf 30% des Lohnfonds angehoben werden. Zum Vergleich: Die Beiträge machen in Bulgarien 30%, in der DDR und Großbritannien – 32%, in der BRD – 36%, in Frankreich und Italien – 40% aus. Der Rentenfonds beträgt in den USA 2,6 Billionen Dollar, was genauso viel ist wie das jährliche Bruttosozialprodukt von Japan.

– 1988 blieb die Versor-

gung der Senioren und Invaliden mit Altenheimplätzen auf dem Stand von 1980 – etwa 80 Anträge auf einen Platz (in Ungarn und der Tschechoslowakei – 40, in den USA – 16);

– Die Zahl der Personen, die auf einen Platz im Altenheim warten, beträgt 39 000; auf die RSFSR, die Ukraine, Kasachstan, Usbekistan und Moldawien entfallen 96% der Anwärter.

Veteranen sind keine Bettler, die um eine milde Gabe bitten

N. Bossenko

Vorsitzender des Komitees des Obersten Sowjets der UdSSR für Angelegenheiten der Veteranen und Invaliden

Lange Jahre hieß die Losung unserer Gesellschaft: Alles für das Wohl des Menschen. Das endete letztendlich damit, daß, wie der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR Nikolai Ryschkow zugab, fast 40 Mio Menschen unter der Armutsgrenze leben. Die Mehrzahl davon sind Rentner, ältere Menschen.

Als wir in unserem Komitee den Planentwurf für das kommende Jahr erörterten, fragten wir beim Staatlichen Plankomitee an: Gebt uns genaue Angaben darüber, wie heute die sozialökonomische Lage des Menschen in unserem Land aussieht, wer bei uns arm ist, welche Bevölkerungsschichten noch eine Weile aushalten können und wer einfach nicht mehr so leben kann. Auf unsere Fragen bekamen wir keine Antwort. Und es blieb unklar, was dieser Plan den Senioren, den Armen geben wird. Wer davon und wann nicht mehr zu den Bedürftigen gehören wird.

Übrigens gibt es keine genaue Definition, wo denn die Armutsgrenze verläuft. Die einen Wirtschaftswissenschaftler geben 74 Rubel monatlich an, in der „Prawda“ wurden 78 Rubel genannt. Doch wie diese Zahlen auch sein mögen, sie sind auf jeden Fall höher als die Mittel, mit denen real ein Rentner auskommen muß. Bevor der Oberste Sowjet das Gesetz „Über die dringenden

Maßnahmen zur Verbesserung der Rentenversorgung und der Sozialfürsorge der Bevölkerung“ verabschiedet hatte, bekam ein ehemaliger Kolchosbauer eine Mindestrente von 40 Rubel, ein Stadtbewohner – von 55 Rubel.

Es gibt auch keine Klarheit darüber, was man unter einem minimalen Lebensniveau zu verstehen soll. Die einen Experten bestimmen es mit 120 Rubel, andere mit 150. Welche Bevölkerungsschichten dieses Niveau schon erreicht haben und für welche es unerreichbar ist, eine Antwort darauf haben wir vom Staatlichen Plankomitee nicht bekommen. Wenn wir sie bekommen hätten, ginge es in unserem Gespräch heute nicht einfach um Etappen der Wirtschaftsreform, sondern um das etappenweise Wegführen der einen oder anderen Bevölkerungskategorie von der Armut. Noch werden unsere Pläne so zusammengestellt, daß man dahinter den Menschen nicht sieht, seine Bedürfnisse und seine Sorgen. Und die Sorge um die Veteranen findet man erst ganz zum Schluß.

Ein neues Rentengesetz ist in Vorbereitung. Die Verbesserung der materiellen Lage der Alten, Invaliden und der minderbemittelten Bevölkerungsschichten ist vorgesehen. Dafür werden Mittel benötigt. Gleichzeitig ist aber ein Teil der Rentner in der Lage, selbständig seine materielle Lage zu verbessern. Auf diesem Weg gibt es aber eine Menge Hindernisse. Ein Beispiel: Die Veteranen möchten gerne arbeiten. Wir bekommen täglich bis zu 500 Briefe. In

jedem die Bitte und die Forderung: Versuchen Sie zu erreichen, daß die Einkommensbeschränkungen beim Lohn für arbeitende Rentner aufgehoben werden. Auf dem ersten Kongreß der Volksdeputierten wurde diese Beschränkung für Arbeiter und Meister aufgehoben. Das muß aber für alle werktätigen Rentner erreicht werden. Sie haben sich ihre Rente erarbeitet und müssen sie selbst in dem Falle bekommen, wenn sie entsprechend ihren Kräften und Möglichkeiten gezwungen sind, sich noch etw. dazu zu verdienen.

Unter allen Kategorien der Minderbemittelten sind die alleinstehende Senioren, die ständig pflegebedürftig sind, am Schlimmsten dran. In unserem Land gibt es davon fast eine Million. Ihre Bleibe sind die Altenheime. 50-60% dieser Einrichtungen befinden sich in einem fürchterlichen Zustand, die örtlichen Sowjetorgane unternehmen aber oft nichts, um das ohnedies schwere Schicksal der einsamen und kranken Alten zu erleichtern. Für 1990 sind wie im vergangenen Jahr 21 500 neue Plätze in Altenheimen geplant. Wir werden allerdings nur 5 000 – 6 000 bekommen, denke ich, nicht mehr. Weil nämlich die Mittel, die für den Bau von Altenheimen vorgesehen sind, für den Bau von Wohnungen und die Errichtung anderer Objekte verwendet werden.

Veteranen sind keine Bettler, die um milde Gaben bitten. Sie bekommen das, was sie erarbeitet haben. Ein gesichertes Alter ist kein Zeichen von Barmherzigkeit, kein Almosen, sondern heilige Pflicht der Gesellschaft.

Manchmal höre ich die Frage: Brauchen wir die Barmherzigkeit gegenüber den Stalinisten? Ohne Stalin in irgendeiner Weise zu rechtfertigen, meine ich, daß die Stalinisten Menschen sind, die ihre Gesundheit dem Land geopfert haben. (Natürlich meine ich dabei nicht die, die direkt an den schlimmen Repressionen beteiligt gewesen sind). Unter ihnen gibt es auch solche, die fest davon überzeugt sind, daß man sie in der Jugend getäuscht hat. Wir können diese Menschen doch nicht allein deswegen zu Verbrechern stempeln. Ihre Ideologie hat keine Zukunft, das heißt aber nicht, daß sie vernichtet werden müssen. Man darf ihre Überzeugungen nicht gewaltsam verändern wollen. Ihnen die Überzeugung zu nehmen ist unmenschlich. Das kann niemals gut enden. Das sind faschistische Methoden, wenn man einen alten Menschen zwingt, das zu verbrennen, was er das ganze Leben verehrt hat.

Ich denke, daß man den Leuten gegenüber, die wir zu den Stalinisten zählen, ebenfalls Barmherzigkeit walten lassen sollte. Die Veteranen sind nicht an den Verbrechen Stalins schuld. Sie sind auch nicht schuld, daß sie den Idealen ihrer Jugend treu blieben.

Mit diesem Problem wird Rußland nicht zum ersten Mal konfrontiert. In den Tagebüchern von Tschchow gibt es ein Sujet: Die junge Generation hat ein altes Mütterchen

dafür fertiggemacht, weil dieses in die Kirche ging, betete und fastete. Dann gab das Mütterchen den Jungen nach, ging nicht mehr in die Kirche, verneigte sich nicht mehr. Ihr Leben, schreibt Tschchow, hatte jeden Sinn verloren.

Das war zu jener Zeit unbarmherzig. Und das ist heute umso mehr unbarmherzig, da wir mehr und mehr von Humanismus sprechen...

Manche fahren fort, andere bleiben

Aufmerksamkeit und Liebe zu Menschen in deiner Nähe fallen schwerer als Aufmerksamkeit denjenigen gegenüber, die sich weit entfernt befinden. Es gibt einen wunderbaren Begriff – Internationalismus. Ersetzt Brüderlichkeit, gegenseitige Hilfe, Edelmut und auch Barmherzigkeit voraus. Doch Barmherzigkeit den einen gegenüber kann nicht auf Kosten anderer gehen. Da erfahre ich aus der NZ, daß die Sowjetunion jährlich mit Milliarden Dollars andere Länder unterstützt. Das ist mir unverständlich. Zur gleichen Zeit, da unsere Wirtschaft sich übernimmt, sich völlig erschöpft, erlauben wir uns solche Ausgaben. Ich verstehe, das ist eine heikle Angelegenheit und hier darf keiner gekränkt werden. Doch wenn man sich an unsere Alten erinnert, daran, wie

wir überall nach Mitteln suchen, um sie wenigstens aus der tiefsten Armut zu holen, sieht man die Notwendigkeit, sich so für Regierungen in Übersee zu verausgaben, nicht ein.

Verständlich, daß es zwischenstaatliche Beziehungen gibt, traditionelle Verbindungen, Sympathien für das eine oder andere Land. Sind aber das innere Wohlergehen, die internen Beziehungen zwischen den Bürgern nicht wichtig?

Aus dem Bericht des Vorsitzenden des Ministerrates Nikolai Ryschkow erfuhren wir, daß unsere Devisenlage fürchterlich sei und wir mit jedem Dollar rechnen müßten. Mir scheint, daß wir nicht so reich sind, um unsere Leidenden zu vergessen.

Und noch ein aktuelles Problem, das mit den Alten zusammenhängt. Die Emigrationswelle zeigt steigende Tendenz. Es fahren hauptsächlich junge Leute, d. h. gerade die im arbeitsfähigen Alter, die unternehmungslustigen, diejenigen, die den nationalen Reichtum schaffen. Es bleiben aber... Das Land wird immer mehr altern und wahrscheinlich verarmen. Das sind keine guten Aussichten. Wir brauchen dringend Raum für unsere wirtschaftlichen Initiativen, freies Unternehmertum, damit sich die jungen, energischen Menschen bei uns entfalten können, im eigenen Land. Dann werden es auch die Alten leichter haben.

Panzer auf die Plätze

Glanz und Fall eines sowjetischen Konzerns

Im Anfang war eine Sensation. Sowjetischen Zeitungen zufolge beabsichtigte eine gewisse Vermittlungsgenossenschaft, ANT, 12 nagelneue T-72-Panzer ins Ausland zu verkaufen. Die Genossenschaft hatte das mit einem Betrieb im Uralgebiet vereinbart, und dieser die Panzer mit einem Zug in den Hafen von Noworossisk geliefert, wo sie ein Schiff aus dem Ausland abholen sollte. Der „Ausverkauf des nationalen Reichtums“ sei für ANT, so die Presse, eine alltägliche Angelegenheit. Sie exportiere Betriebe abverkaufte illiquide Bestände, Abfälle, Werk- und Rohstoffe aus Übernormbeständen (darunter Alu-Rohre, eine für die Verkäufer so wertvolle Ware, daß sie die Rohre jahrzehntelang gelagert hatten – wohl um sie vor dem bösen Blick zu bewahren). Als Gegenleistung liefere ANT seinen Partnern und anderen Stellen Kleinkram wie Computer, Unterhaltungselektronik, Kleidung, Schuhe, sonstige Konsumgüter, Einwegspritzen und Kondome.

Genossenschafter, die alles mitgehen lassen, was nicht niet- und nagelfest ist, Panzer als Export- und Kondome als Importware: sehr effektiv. Dabei war ohne weiteres festzustellen, daß ANT (nach den Anfangsbuchstaben der russischen Wörter für Automatisierung, Wissenschaft, Technologie) keine Vermittlungsgenossenschaft ist, sondern ein zwischenzeitlicher staatlich-genossenschaftlicher Konzern, der 5000 Personen beschäftigt und seinen Gewinn zu einem beträchtlichen Teil an den Staatshaushalt abführt. Der Konzern befaßt sich mit ernsthaften wissenschaftlichen Forschungen und der Einbürgerung seiner Entwicklungen in verschiedenen Bereichen: Umweltschutz, Maschinenbau, Chemie, Luftfahrt, Elektronik. So beteiligt er sich an der Entwicklung von Technologien und Ausrüstungen für die Herstellung von keramischen halbdurchlässigen Membranen und neuen chemischen Methoden zur Reinigung von Industrieabwässern sowie an der Erforschung des Funktionierens eines künstlichen Herzens. Der Konzern hat auch die Genehmigung zur außenwirtschaftlichen Tätigkeit.

Der wirkliche Vermittler in dieser Geschichte war die Forschungs-Produktions-Vereinigung „Wsljot“, die sich bereit erklärt hatte, dem Konzern Schlepper aus den Beständen der abzubauenen Militärtechnik zu liefern. Man hat eben Konversion! Die Papiere waren durchaus in Ordnung. „Transportmittel, nicht demontiert“: So wurde der Zug mit den Panzern geführt, wobei sich in einem Waggon noch Geschütze und Maschinengewehre („Eisenbahnöfen“) befanden. Wieso kamen Panzer im Hafen an, wo doch der ANT-Konzern, wie man jetzt weiß, dem Herstellerbetrieb außer dem Preis der Panzer noch rund anderthalb Millionen Rubel für ihre Umarbeitung für fried-

liche Funktionen gezahlt hatte? Oder glaubte man allen Ernstes, daß es, wäre das eine Machenschaft gewesen, gelungen wäre, die Panzer über die Grenze zu schmuggeln (gerade wegen solcher Befürchtungen bauschte man nämlich die Geschichte auf), vorbei an ahnungslosen Zollbeamten und Grenzern von Noworossisk? Wir sollten sie mit dieser Annahme nicht kränken. Die ganze Chose hat jedoch viel zu viele Haken. Kann vielleicht der ANT-Vorstand da Klarheit schaffen?

Wladimir Rjaschenzew, ANT-Generaldirektor für außenwirtschaftliche Beziehungen:

„Unsere einzige Schuld ist, daß wir die Schlepper, die sich als Panzer entpuppen sollten, noch vor Ausfertigung aller nötigen Dokumente bezahlten. Aber der Herstellerbetrieb ‚Uralwagonsawod‘ bat, ihn aus der Not herauszureißen: Er hänge mit dem Jahresplan durch, die Jahresendprämie für die Arbeiter sei bedroht. Wir kamen den Leuten entgegen, weil wir dachten, wenn überhaupt, dann bestehe die strengste Kontrolle gerade in einer Rüstungsfabrik, dort werde man uns nicht in Schwulitäten bringen. Als unser Vertreter in Noworossisk die ‚Ware‘ sah, war er völlig sprachlos. Schließlich setzte er die Konzernleitung davon in Kenntnis. Man telefonierte mit dem Betrieb, es war jedoch schon zu spät und unser Zug inzwischen beschlagnahmt worden. Formal gesehen hatten wir mit ihm absolut nichts zu tun: Da wir das Übergabe-Abnahme-Protokoll nicht unterzeichnet hatten, galten die ‚Schlepper‘ noch als Eigentum des Herstellers.“

„Wie erklären Sie sich diese ganze Geschichte?“

„Ich hätte zwei Erklärungen. Möglich ist eine ganz gewöhnliche Schlamperei: Die Eisenbahn darf selbst die speziellen Rampen zum Panzertransport nur nach Absprache mit einem Vertreter des Verteidigungsministeriums zur Verfügung stellen. Ich schließe jedoch nicht aus, daß man die Absicht hatte, den Betrieb ‚auszuliefern‘ und zugleich auch uns eins auszuwaschen.“

„Warum das?“

„Wir haben ein Programm entwickelt, das es ermöglicht, bei uns die Produktion von Konsumgütern, medizinischen Ausrüstungen, Möbeln usw. in drei bis vier Jahren in Gang zu bringen, und zwar mittels der internationalen Arbeitsteilung und der Integration mit bekannten westlichen Produzenten, zu denen unser Konzern Beziehungen aufgenommen hat. Zu unseren Partnern zählen bekannte Firmen der USA, Großbritanniens, der BRD, der Schweiz, Singapurs, Taiwans, Österreichs, Schwedens, Frankreichs, Belgiens, Südkoreas und Japans. Wir haben es auch in soliden Finanzkreisen zu

einem gewissen Ansehen gebracht, haben es gelernt, ohne Vermittler auszukommen, sowohl ohne unsere außenwirtschaftlichen Stellen als auch ohne westliche Vermittlerfirmen, die seit rund 30 Jahren in unserem Land tätig sind, sich auf dem sowjetischen Markt auskennen und von seiner Unvollkommenheit geschickt profitieren. Gerade diese Selbständigkeit und Unabhängigkeit, eine größere Wendigkeit als bei Vertretern der starren staatlichen Strukturen mißfielen gewissen Leuten, führten zu Neid und manchmal zu direktem Widerstand.“

Wie aufrichtig sind diese Worte?

Juri Potjomkin, Oberassistent des Generalstaatsanwalts der UdSSR:

„Ob der ANT-Konzern nur im Rahmen der Befugnisse handelte, mit denen ihn staatliche Organe ausgestattet haben? Das wird man erst nach einer gründlichen wirtschaftlich-finanziellen Analyse seiner Tätigkeit sagen können. Ökonomen, Völkerrechtler und Experten für gegenseitige Verrechnungen sollen erst ihr Gutachten vorlegen.“

Vorläufig ist die außenwirtschaftliche Tätigkeit von ANT suspendiert. Der Eklat hat ANT auch auf dem Inlandsmarkt keine Lohrbeeren gebracht. Seine Gründer, Garanten und Bürgen schieben sozusagen den Rückwärtsgang ein und treten einer nach dem anderen aus. Der Konzern erleidet Verluste, aber zugleich mit ihm tut das auch die Idee von amtsunabhängigen Produktionsstrukturen. **Wem nützt das?** Hätte es nicht Sinn, bevor man den Konzern abschreibt, ruhig und sachlich festzustellen, ob die Tätigkeit des Konzerns unserem Land schadet oder nützt, und erst dann zu handeln? Ist es rational, ein gerade geschaffenes neues Modell der Geschäftsbeziehungen über Nacht zu zerstören? Unklar bleibt auf jeden Fall, wer die in Aussicht gestellten Lieferungen von Waren, die unser Land braucht, gewährleisten und wer sich vor ausländischen Partnern, mit denen Abkommen geschlossen sind, verantworten soll.

Die Sache hat auch noch einen moralischen Aspekt. Waffenhandel ist eine Angelegenheit, die kaum jemandem Ehre einbringt, und das erklärt die scharfe Kritik an ANT, sobald der entsprechende Verdacht aufkam. Freilich werden die T-72-Panzer längst von unserem Staat exportiert. In diesem Fall dürften die politischen und wirtschaftlichen Vorteile ernsthaft und begründet genug sein. Bevor wir also einen Konzern wegen gleicher Lieferungen verurteilen, müßten wir alle wohl auch über solche Vorteile **Bescheid wissen**.

Zur Untersuchung des Falls wurde eine Kommission unter Boris Pugo, Vorsitzender des Komitees der Parteikontrolle beim ZK der KPdSU, eingesetzt.

Boris Balkarej

Präsentation: Dr. jur. habil.
Valeri SORJIKIN

Das Buch des großen deutschen Philosophen Karl Jaspers „Vom Ursprung und Ziel der Geschichte“ erschien in der Zeit des kalten Krieges und nur vier Jahre nach der Befreiung Deutschlands vom Faschismus. Und natürlich ist die Hinwendung von Karl Jaspers zum Thema der Freiheit nicht zufällig. Die Gedanken des Gelehrten über das Schicksal der Menschheit mußten auch die tragischen Erfahrungen berühren, die totalitäre Gesellschaften durchgemacht haben und durchmachen. In ausgewählten Auszügen aus diesem Werk, in einen Zusammenhang gebracht, stellen wir den Lesern das politische Credo des Denkers, seinen „Kodex der Freiheit“ vor.

Ausgangspunkt von Jaspers' Philosophie ist die Existenz des Menschen. Eingebettet in den zeitlichen Strom der Ereignisse, ist sie ständig bedroht. Zur Bedingung der Selbsterhaltung wird die Befreiung vom Joch der Umstände – doch nur eine sol-

che Befreiung, die zur Befreiung auch der anderen Menschen beitragen kann. Eben das läßt die Freiheit zum Ziel der Geschichte werden, zu einem immanenten, keineswegs aber von außen auferlegten Ziel.

Politische Freiheit ist untrennbar verbunden mit einer handlungsfähigen Gesellschaft der Bürger, mit pluralistischer Demokratie, einem menschlich eingerichteten Staat. Doch all das dient letztlich als Instrument, um das Wichtigste, die Rechte des Menschen, zu schützen, die seine Existenz sichern und in diesem Sinne ein Naturrecht sind. Das Recht des Menschen – das ist seine gesellschaftliche Freiheit, geschützt vom Gesetz, von einem Gesetz, in dem das Kriterium der Freiheit umgesetzt wurde. Die Menschen verwirklichen ihre Eigenschaften gerade in der Freiheit. Ohne sie entfernen sich die Völker von der „Achse der Geschichte“, bleiben außerhalb der Geschichte, an der Peripherie der menschlichen Zivilisation.

Die Freiheit setzt die Möglichkeit der Wahl voraus. Doch die Vernunft des einzelnen und

selbst eines ganzen Volkes kann umnebelt sein. Und das läßt die Freiheit (und zugleich den Weltfrieden) so zerbrechlich werden. Der Mensch, der sich von ihr abgewandt und die Tyrannei gewählt hat, wird sich schon nicht von der Eigenbestimmung der Vernunft leiten lassen, sondern so handeln, wie es die Usurpatoren befehlen.

Man kann die Freiheit nicht mit Hilfe der Diktatur verwirklichen, man kann den Menschen nicht gewaltsam beglücken. Der Mensch kann seine Freiheit nur dann verwirklichen, wenn er frei ist, wenn jeder andere frei ist. Die Gesellschaft braucht Macht. Doch die beiden Elemente Freiheit und Macht kann man nur auf der Grundlage der von der Vernunft erfaßten bürgerlichen Rechte und der Demokratie vereinigen. Wahres politisches Leben ist möglich nur bei Bestehen eines Rechtsstaates. Deshalb läßt das Machtmonopol eines einzelnen oder einer Partei das politische Leben zum Privatleben der Herrscher werden, und der ganzen Gesellschaft wird ihre gesellschaftliche Existenz vorenthalten.

POLITISCHE
GEDANKEN DES
20.
JAHRHUNDERTS

Jaspers' Gedanken über den Zusammenhang von Freiheit, Demokratie und Recht sind eine klassische Antwort an alle Anhänger einer „starken Hand“ und stellen zugleich eine Warnung an die Verteidiger des Humanismus und der Vernunft in der Geschichte dar. Solange das Volk die Wahl hat, hat es die Chance, sich auf der „Achse der Zeit“ zu halten. Im komplizierten und widerspruchsvollen Zusammenwirken verschiedener Völker, Kulturen und Glaubensbekenntnisse entsteht die Einheit der Menschheit, die Welt der Freiheit der Menschheit. Die Aufgabe besteht darin, diese empfindliche Symbiose nicht zu zerstören.

Die Freiheit als Ziel

Karl Jaspers (1883–1969)

In der Demokratie kann die Regierung auf gesetzlichem Wege ohne Gewalttätigkeit gestürzt, verändert oder umgebildet werden und wird es tatsächlich. Es ist in freien demokratischen Zuständen unmöglich, daß dieselben Menschen ohne Unterbrechung beständig an der Regierung bleiben.

Dem Schutz des Einzelnen vor der Gewalt entspricht eine Sicherung aller vor der Macht eines Einzelnen. Auch das größte Verdienst um den Staat hat nicht zur Folge die Unantastbarkeit der Macht eines Einzelnen. Der Mensch bleibt Mensch und auch der Beste ist eine Gefahr, wenn er nicht unter Beschränkungen steht. Daher herrscht ein grundsätzliches Mißtrauen gegen die ständige Macht, und daher muß auch der Mächtigste, wenigstens für eine Weile, im Wechsel der Wahlen, abtreten. Es gibt keine Menschenvergötterung, wohl aber Dankbarkeit und Respekt vor dem, der in der reif gewordenen Situation seine Macht ohne Widerstreben wiederabgibt.

Die Willensbildung erfolgt durch Entschlüsse auf Grund des Miteinanderredens.

Freiheit fordert daher öffentliche, uneingeschränkte Diskussion. Damit diese im weitesten Horizont auf Grund möglichst vollständigen Wissens stattfindet, fordert Freiheit das Bekannt-



werden des Wißbaren, der Nachrichten und der Begründung von Meinungen, und zwar für die gesamte Bevölkerung. Daher gilt Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Redefreiheit. Man darf überzeugen und Propaganda treiben, aber in freier Konkurrenz. Einschränkung kann einzig im Kriege erfolgen, aber auch dann nur der öffentlichen Mitteilung von Nachrichten, nicht der Mitteilung von Meinungen. Einschränkung besteht ferner durch das Strafgesetz (Schutz vor Verleumdung, Beleidigung und so weiter).

Jeder kommt zu seinen Entschlüssen auf Grund des Miteinanderredens. Der politische Gegner ist nicht Feind. Freiheit hält sich nur, wenn sie in der Bereitschaft bleibt, auch mit dem Gegner zusammenzuarbeiten. Es gibt grundsätzlich keine Grenze des Verhandelns – mit der Ausnahme gegenüber dem Verbrecher –, man sucht zusammenzuwirken in Vereinbarung und Kompromiß.

Politische Freiheit ist Demokratie, aber durch Formen und Abstufungen, die geschichtlich geworden sind. Sie schließen die Massenherrschaft (die Ochlokratie) aus, welche immer im Bunde mit der Tyrannei steht. Daher gilt der Vorrang einer aristokratischen Schicht, die ständig aus der Gesamtbevölkerung nach Leistung, Verdienst, Erfolg ergänzt wird, und in der sich das Volk wiedererkennt. Sie ist nicht eine Klasse oder ein Stand, sondern eine politische Elite. Deren Hervorbringung durch

Erziehung, durch Bewährung und Auslese, die nur zum Teil absichtlich gelenkt werden können, ist Bedingung einer freien Demokratie. Demokratie verlangt, daß keine Elite sich fixiert und damit zu einer diktatorischen Minorität wird. Sie muß durch freie Wahlen unter der Bewährungsprobe in ständiger Kontrolle gehalten werden, so daß die regierenden Personen wechseln und wiederkehren, neu auftauchen oder endgültig abtreten.

Zur Führung der Wahlen und zur Ausbildung einer politischen Elite dienen **Parteien**. In einem freien Zustand gibt es notwendig mehrere, mindestens zwei Parteien. Partei ist ihrem Begriff und Wortsinn nach ein Teil. Im Zustand der Freiheit ist es ausgeschlossen, daß sie den Anspruch mache, einzige Partei zu sein. Eine Partei mit Totalitätsanspruch widerspricht der Freiheit. Ihr Sieg vernichtet die Freiheit. Freie Parteien wollen daher die Existenz anderer Parteien. Sie wollen sie nicht ausrotten. Die jeweils unterlegenen Parteien stehen in Opposition, sind aber jederzeit getragen von der Mitverantwortung für das Ganze. Sie denken in Hinsicht auf den Augenblick, wo sie bei veränderten Wahlergebnissen ihrerseits die Regierung übernehmen. Das wirksame Dasein der Opposition ist das unerläßliche Zeichen eines freien Zustandes.

Der demokratischen Technik ist verbunden eine **demokratische Lebensart**. Eines ohne das andere würde alsbald zugrunde gehen. Ein freier politischer Zustand kann sich nur halten, wenn das Bewußtsein der Freiheit in der Masse der Bevölkerung in ständiger Empfindlichkeit gegen alle Realitäten, die diese Freiheit angehen, um deren Erhaltung besorgt ist. Man weiß, was es gekostet hat, diese Freiheit zu erwerben, sowohl in dem geschichtlichen Prozeß, wie in der Selbsterziehung des gesamten Volkes.

Demokratie ist nicht möglich ohne Liberalität. Sie muß bewußt an Freiheit gebunden sein. Sonst verfällt sie der Ochlokratie und Tyrannis.

Politische Freiheit soll alle anderen Freiheiten des Menschen ermöglichen. Die Politik ist auf Zwecke der **Daseinsordnung** gerichtet als **Grundlage, nicht als Endziel des menschlichen Lebens**. Daher ist bei politischer Freiheit zugleich beides: die Leidenschaft für die Freiheit und die Nüchternheit über die unmittelbaren Ziele. Damit die Ordnung dem Menschen maximale Freiheit ermögliche, ist die rechtliche Ordnung auf das Daseinsnotwendige zu beschränken. Die Politik der Freiheit wird unrein, wenn sich andere Motive in sie mischen. Und die Unreinheit der Politik wird die Quelle der Unfreiheit.

Ein Merkmal des Zustandes politischer Freiheit ist die **Trennung von Politik und Weltanschauung**. Im Maße wachsender Freiheit werden religiöse (konfessionelle) und weltanschauliche Kämpfe aus der Politik ausgeschieden.

In der Politik handelt es sich um das allen Menschen Gemeinsame, um die vom Inhalt eines Glaubens unabhängigen Daseinsinteressen, in dem sich alle Menschen verstehen können, um sich gegenseitig durch Ordnung, Recht und Vertrag Raum zu geben.

Es ist die Frage, wo einsetzt, was nicht allen Menschen gemeinsam ist: Weltanschauung, geschichtlich bestimmter Glaube, alle die besonderen Tendenzen, die ihren Spielraum haben sollen. Aber gemeinsam ist nur, daß Spielraum dafür sei.

Es ist ein Drang im Menschen, die eigene Lebensform für die allein wahre zu halten, jedes Dasein, das nicht dem seinigen gleicht, als Vorwurf, als Beeinträchtigung zu empfinden, es zu hasen. Daraus folgt die Neigung, das Eigene allen anderen aufzuzwingen, möglichst die gesamte Welt danach zu formen.

Politik, die aus solchen Tendenzen sich nährt, drängt zur Gewalt, vermehrt die Gewalt. Sie hört nicht, verhandelt nicht, außer zum Schein, sondern unterwirft.

Politik aber, die aus dem Willen zur Freiheit des Menschen entspringt, vollzieht eine Selbstüberwindung zur Bescheidung. Ihr Ziel ist beschränkt auf Daseinsinteressen, indem sie allen menschlichen Möglichkeiten Raum geben will, die nicht dem unerläßlich allen Gemeinsamen Feind sind. Sie ist gegen alle tolerant, die nicht durch Intoleranz zur Gewalt drängen. Sie geht auf dem Wege einer ständigen Minderung der Gewalt.

Solche Politik ist gegründet in einem Glauben, der Freiheit will. Der Glaube kann unendlich verschieden an Gehalt sein, aber gemeinsam ist den glaubenden Menschen der Ernst des Unbedingten in bezug auf Rechtlichkeit und Gesetzlichkeit der Zustände und des Geschehens in der menschlichen Gesellschaft. Nur fromme Menschen sind fähig zur Größe der Bescheidung und zur Verlässlichkeit im sittlich-politischen Handeln.

Da die Politik eine gleichsam untere Ebene des Menschseins, das Dasein, betrifft, hängt an ihr zwar alles andere, – daher die Verantwortung und die Leidenschaft des Einsatzes, – aber sie berührt nicht unmittelbar die

hohen Güter der inneren Freiheit, des Glaubens und des Geistes. Für diese schafft sie nur Bedingungen.

Ein Beispiel: Christentum ist Sache des Glaubens. Der Christ kann als solcher jede Partei wählen und jeder Partei angehören, sofern es sich um weltliche Dinge handelt, er kann vielleicht kommunistisch oder kapitalistisch, republikanisch oder monarchistisch wählen. Denn die Art der Ordnung der weltlichen Angelegenheiten folgt nicht aus dem biblischen Glauben selbst, sondern aus kirchlich bestimmten Besonderheiten seiner Erscheinung. Nur das Böse kann der Christ nicht wollen. Christentum, das als solches politisch wird, ist als Glaube fragwürdig geworden.

Wohl aber haben, da die Leidenschaft der nüchtern sich auf ihren Sinn beschränkenden Politik nur möglich ist aus dem Glauben, fromme Christen die moderne Welt der Freiheit hervorgebracht. Der Glaube formiert nicht den Inhalt, sondern die Gesinnung der Politik.

Ein anderes Beispiel: Der Marxismus ist als wissenschaftlicher Marxismus eine ungemein fruchtbare Methode der Erkenntnis gewesen, als verabsolutierte geschichtsphilosophische und soziologische Totalanschauung ist er ein wissenschaftlich nachweisbarer Irrtum und eine fanatisierende Weltanschauung geworden. Die Sozialisierung der Produktionsmittel der Großbetriebe zur Beseitigung privater Aneignung des Mehrwertes ist ein politisches Ziel, das man als gerecht anstreben kann, ohne gläubiger Marxist zu sein.

Glaubensanschauungen als Leitseil der Politik sind von Unheil für die Freiheit. Denn die Ausschließlichkeit des Wahrheitsanspruches drängt zur Totalität und damit zur Diktatur und damit zur Aufhebung der Freiheit. In Zuständen politischer Freiheit werden weltanschauliche Parteien daher instinktiv verworfen und faktisch nicht wirksam. Weltanschauliche Glaubensbewegungen sind in der Politik freiheitsfeindlich. Denn mit Glaubenskämpfern läßt sich nicht reden. In der Politik aber kommt es darauf an, daß alle miteinander zu reden und sich zu vertragen lernen für die Daseinsfragen, in denen alle Menschen über alle Unterschiede von Glauben, Weltanschauung und Interessen hinaus sich verbinden können.

Bewahrung der Freiheit setzt voraus ein zur selbstverständli-

Freiheit hält sich nur, wenn sie in der Bereitschaft bleibt, auch mit dem Gegner zusammenzuarbeiten

chen Natur gewordenen **Ethos gemeinschaftlichen Lebens**: den Sinn für Formen und Gesetze, natürliche humane Umgangsweisen, Rücksicht und Hilfsbereitschaft, ständige Beachtung der Rechte der anderen, nie versagende Bereitschaft zum Kompromiß in bloßen Daseinsfragen, keine Vergewaltigung von Minoritäten. In diesem Ethos bleiben sich alle in freien Zuständen wirksamen Parteien einig. Noch zwischen Konservativen und Radikalen herrscht eine Solidarität im Festhalten des sie einigenden Gemeinsamen.

Die Freiheit wird gesichert durch eine geschriebene oder ungeschriebene **Verfassung**. Es gibt jedoch keine absolute zuverlässige Maschinerie, die die Freiheit aufrecht erhält. Daher besteht in freien Zuständen die Sorge, etwas Wesentliches, die Freiheit selbst, die Menschenrechte, den Rechtsstaat als unantastbar zu schützen, auch gegen vorübergehende Mehrheiten. Dies Unantastbare muß auch einer Entscheidung durch Wahlen und Abstimmungen entzogen bleiben. Es muß Instanzen geben (Wiederholung von Beschlüssen mit zur Besinnung genügender Zeitdifferenz, Plebiszit, Gerichtshof für die Verfassungsgemäßheit von Entscheidungen), die in Wirksamkeit treten können, wenn Majoritäten für einen Augenblick den Grund ihrer gemeinsamen politischen Freiheit vergessen. Solche Instanz kann aber nur in Einheit mit dem politischen Ethos des Volkes zuverlässig wirksam bleiben. Durch beide gemeinsam soll verhindert werden, daß durch demokratische Mittel die Demokratie vernichtet wird, daß durch Freiheit die Freiheit aufgehoben wird. Nichtabstrakte absolute Geltung demokratischer Techniken, daher auch nicht die mechanische Mehrheit an sich sind in jedem Fall der verlässliche Weg zum Ausdruck des dauernden, eigentlichen Volkswillens. Wenn diese demokratischen Techniken auch zumeist gültig sind, so bedarf es doch einer Einschränkung dort, aber auch nur dort, wo die Menschenrechte und die Freiheit selbst bedroht sind. Dann müssen die Prinzipien in Grenzfällen suspendiert werden zur Rettung der Prinzipien.

Toleranz darf nicht bestehen gegenüber der Intoleranz, wenn diese nicht als ungefährliche, private Verschrobenheit gleichgültig behandelt werden darf. Es darf keine Freiheit geben zur Zerstörung der Freiheit.

Einen **endgültigen, alle befriedigenden Zustand demokratischer politischer Freiheit gibt es nicht**. Stets treten Spannungen auf, wenn das Individuum beschränkt wird über das Maß der Sicherung gleicher Chancen hinaus, wenn der freie Wettbewerb eingeschränkt wird außer zur Verhinderung klaren Unrechts, wenn der natürlichen Ungleichheit der Menschen und dem Verdienst durch Leistung kein Recht zu Teil wird, wenn viele Bürger in den Staatsgesetzen nicht die Gerechtigkeit wiedererkennen, aus der sie, soweit ihre Sphäre reicht, schon leben.

Demokratie bedeutet zur Geltungkommen eines jeden nach seinem Können und Verdienst. Rechtsstaat bedeutet die Sicherung dieser Chance und damit die Notwendigkeit der Verwandlung dieser gesetzlichen Sicherung je nach Lage und Erfahrung, aber ohne Gewalttätigkeit vielmehr in rechtlichen Formen.

Niemals ist der Gerechtigkeitswille völlig befriedigt. Angesichts der Gefahren für die politische Freiheit nimmt er viel in Kauf. Politische Freiheit kostet stets etwas und oft viel an persönlichem Verzicht, an persönlicher Bescheidenheit, an Geduld. Die Freiheit des Selbst erfährt keine Beschränkung durch Einbuße an politisch bedingter Gerechtigkeit, solange ein gesetzlicher, wenn auch langwieriger und oft scheiternder Kampf um das Gerechte möglich ist.

Unumgänglich bleiben an entscheidenden Stellen im Gang der Dinge immer die **Wahlen** seitens der **Bevölkerung**. Die **formale Demokratie** – das freie, gleiche, geheime Wahlrecht ist aber als solches gar keine Sicherung der Freiheit, vielmehr zugleich ihre Bedrohung. Nur unter den charakterisierten Voraussetzungen – ein Ethos gemeinsamen Lebens, eine Selbsterziehung im Miteinanderreden zur Bewältigung konkreter Aufgaben, unbedingte Verteidigung der Grund- und Menschenrechte, Gründung im Ernst des Glaubens – ist sie verlässlich. Sie kann, zumal wenn sie ohne selbsterzieherische Vorbereitung plötzlich auferlegt wird, nicht nur ochlokratische Konsequenzen haben mit dem Schlußergebnis einer Tyrannei, sondern sie bringt schon vorher, da die Bevölkerung eigentlich gar nicht weiß, was sie wählt, Zufallsklüngel an die Macht. Parteien versagen dann. Sie werden statt Organe des Volkes zu sein, selbstgenügsame Organisationen. Sie bringen

statt einer Elite vielmehr routinisierte „Parlamentarier“ und geistig Subalterne an die Spitze.

Wie der Sinn der Demokratie geschützt wird gegen Ochlokratie und Tyrannei, gegen Parteiklüngel und Subalternität, das ist eine Lebensfrage der Freiheit. Es bedarf **hemmender Instanzen** gegen die selbstmörderischen Tendenzen einer formalen Demokratie.

Die absolute Souveränität jeder augenblicklichen Majorität bedarf der Einschränkung durch etwas Stabiles, das aber, da es immer Menschen bleiben, die solche Funktionen ausüben, am Ende wieder angewiesen bleibt auf die aus der Bevölkerung erwachsende Menschlichkeit und deren echten Freiheitswillen. Von ihr müßten am Ende doch wieder auch die hemmenden Instanzen gewählt werden, aber so, daß hier die Parteien zur Vermeidung ihrer Alleinherrschaft ausgeschaltet würden.

Alles hängt an den **Wahlen**. Man kennt den Hohn gegen die Demokratie, die Verachtung der Wahlentscheidungen. Es ist leicht, die offenbaren Fehler und Entgleisungen zu sehen und ein Wahlergebnis oder einen Majoritätsbeschluß in einzelnen Fällen für absurd zu erklären.

Dagegen ist zunächst immer wieder zu zeigen: Es gibt keinen Weg der Freiheit als den über die Bevölkerung. Nur radikale Menschenverachtung, die den Verachtenden selbst und seine Freunde ausnimmt, kann den Weg der Tyrannei vorziehen. Dieser andere Weg führt über die Selbsternennung einzelner Gruppen zur Herrschaft über Sklaven, die unmündig gehalten werden in ihrer Meinung, sie seien frei, die mit Propaganda formiert und mit Kulissen umstellt werden. Im günstigsten Fall entsteht so der Zufall einer menschenfreundlichen Diktatur.

An das Volk wenden sich beide, Demokrat und Tyrann. Die Welt ist in ein Zeitalter getreten, in dem jeder, der regieren will, diese Sprechform ergreifen muß. An das Volk wendet sich der verbrecherische und betrügende wie der edle und der der Freiheit dienende Demagoge. Wer Erfolg haben wird, kann nur jeweils das Volk entscheiden; es entscheidet damit über sich selbst.

Soll aber das Volk zuletzt entscheiden, so ist zu tun, was möglich ist, ihm zu rechten Entscheidungen zu verhelfen. Die Tyrannei erfindet die Methoden, durch die die Volksbefragung zu bloßem Schein unter öffentlichem Lärm wird, und durch die die Menschen viel lernen (um in ihnen brauchbare Werkzeuge zu gewinnen), ohne urteilsfähig zu werden. Die Demokratie dagegen versucht, da die Wahlentscheidung die einzige noch verbliebene Legitimität ist, das rechte Wählen zu fördern, damit der eigentliche, dauernde und wesentliche Volkswille zum Ausdruck komme.

Auf die Dauer ist hierfür das einzige Mittel, die Menschen ins-

Politische Freiheit kostet stets etwas und oft viel an persönlichem Verzicht, an persönlicher Bescheidenheit, an Geduld

gesamt zu unterrichten, ihren eigentlichen Willen zu wecken dadurch, daß sie sich dieses Willens nachdenkend bewußt werden. Den Menschen sind nicht allein technische Kenntnisse und Fertigkeiten schulmäßig zu lehren (wodurch sie, wenn es das einzige bleibt, nur brauchbarere Werkzeuge der Sklaverei werden mit der faschistischen Forderung: glauben, gehorchen, kämpfen). Wir Menschen bedürfen der Bildung im kritischen Denken und Verstehen, bedürfen der geschichtlichen und philosophischen Welt, um urteilsfähig und selbständig zu werden. Die gesamte Bevölkerung ist in einem sich ständig steigernden Bildungsprozeß auf höhere Stufe zu heben, vom halben Wissen zum ganzen Wissen, vom Zufallsdenken des Augenblicks zum methodischen Denken zu bringen, damit ein jeder sich aufschwinde aus der Dogmatik zur Freiheit. Das ist die Hoffnung für die Entwicklung der Mehrzahl, daß sie in Wahlentscheidungen und Beschlüssen bewußt und überlegt das Bessere treffe.

Ein zweiter Weg ist die praktische Selbsterziehung des Volkes durch Teilnahme der Meisten an konkreten Aufgaben. Daher ist die freie und verantwortliche Gemeindeverwaltung unerlässlich für die Entstehung

eines demokratischen Ethos. Nur was im kleinsten Umfang in nächster Nähe jederzeit im Leben praktisch geübt wird, kann die Menschen reif machen zu dem, was sie in größeren und größten Räumen demokratisch verwirklichen sollen.

Ein dritter Weg ist die Einrichtung des Wahlvorgangs selbst. Die Form der Wahl ist von größter Bedeutung: so die Abstimmungsweise (Persönlichkeitswahl oder Listenwahl), die Auswertung der Wahlergebnisse (Majorität oder Proporz, direkte oder indirekte Wahlen und so weiter). Es gibt keineswegs den einen allein richtigen Wahlmodus. Aber der Wahlmodus kann den Gang der Dinge bestimmen.

Entscheidend bleibt zur Aufrechterhaltung von Freiheit und Legitimität und zum Verhindern von Despotismus und Terror, daß echte Wahlen stattfinden. Das Merkmal des Despotismus ist die Abschaffung echter Wahlen durch Scheinwahlen, mit denen er dem Freiheitswillen unseres Zeitalters noch seinen lügenhaften Respekt erweist. Die Aufhebung der echten Wahlen entspricht der früheren Hinrichtung der Könige als Hinrichtung der Volkssouveränität. Mit der Vernichtung der Quelle der Legitimität ist zunächst die wildeste Gewalt da und die Vernichtung der Freiheit.

Tocqueville hat den tiefen Sinn des Sichbeugens vor der Majorität begriffen angesichts der Erscheinungen der französischen Revolution. Wenn man die menschliche Vernunft anbete, ein grenzenloses Vertrauen in ihre Allmacht hatte, beliebig Gesetze, Institutionen und Sitten umzugestalten, so war es im Grunde weit weniger die menschliche Vernunft als die je eigene Vernunft. „Niemals hat man weniger Vertrauen zu der gemeinschaftlichen Weisheit gezeigt, als diese Männer es taten.“ Sie verachteten die Menge fast ebenso sehr als Gott. „Die wahre und achtungsvolle Unterwerfung unter den Willen der Majorität war ihnen ebenso fremd wie die Unterwerfung unter den göttlichen Willen. Seit jener Zeit haben fast alle Revolutionäre diesen zwiefachen Charakterzug gezeigt. Man

ist dabei weit entfernt von jener Achtung, welche die Engländer und Amerikaner vor der Meinung der Majorität ihrer Mitbürger kundgeben. Bei ihnen ist die Vernunft stolz und voll Selbstvertrauen. Aber niemals übermütig; daher hat sie zur Freiheit geführt, während die unsere nur neue Formen der Knechtschaft erfunden hat.“

Gegen die Wahlen ist seit langem ein Einwand: Eine Stimme ist so gut wie nichts. Es lohnt nicht die Mühe. Das Verfahren verdirbt die Lust an der Öffentlichkeit. Es setzt das Selbstbewußtsein sinnvollen Tuns herab. Da liegt in der Tat ein für die Gesinnung des modernen demokratischen Menschen wesentlicher Punkt. Wenn eine Stimme so gut wie nichts ist, so geschieht doch die Entscheidung durch die Summe aller Stimmen, deren jede eine einzelne ist. Daher ist

die Gesinnung heute: Ich stimme ab mit ganzem Ernst und ganzer Verantwortung, und ich weiß zugleich, wie wenig der Einzelne bedeutet. Die Bescheidung ist uns notwendig und in der Bescheidung der Anspruch, zu tun, was möglich ist. Die fast völlige Ohnmacht der Stimme des Einzelnen ist verbunden mit dem Willen,

daß die Entscheidungen dieser Einzelnen in ihrer Gesamtheit alles bestimmen. Wenn aber ein Volk in der Tat **Freiheit, Recht, Demokratie nicht will?** Das scheint nicht möglich in Klarheit des Wollens, sondern nur in der Vernebelung durch Nöte und Leidenschaften. Hier aber liegt die dauernde Infragestellung der Freiheit. Notwendig ist **die Sorge aller für die Freiheit.** Denn sie ist das kostbarste, nie von selber zufallende, nicht automatisch sich erhaltende Gut. Sie kann nur bewahrt werden, wo sie zum Bewußtsein gekommen und in die Verantwortung aufgenommen ist.

* * *

Denn Freiheit ist immer in der Defensive und daher in Gefahr. Wo die Gefahr in einer Bevölkerung nicht mehr gespürt wird, ist die Freiheit fast schon verloren. Die Überlegenheit gerät allzu leicht an die Unfreiheit und ihre Organisation der Gewalt.

Gegen das politische Ideal der Freiheit gibt es wie gegen jedes Ideal gewichtige Gegeninstanzen aus der Realität: Freiheit habe sich als unmöglich erwiesen. Aber die Freiheit des Menschen ist selber der Ursprung, aus dem auch für die Erfahrung real werden kann, was durch bis dahin behauptete Erfahrungen für unmöglich erklärt wurde.

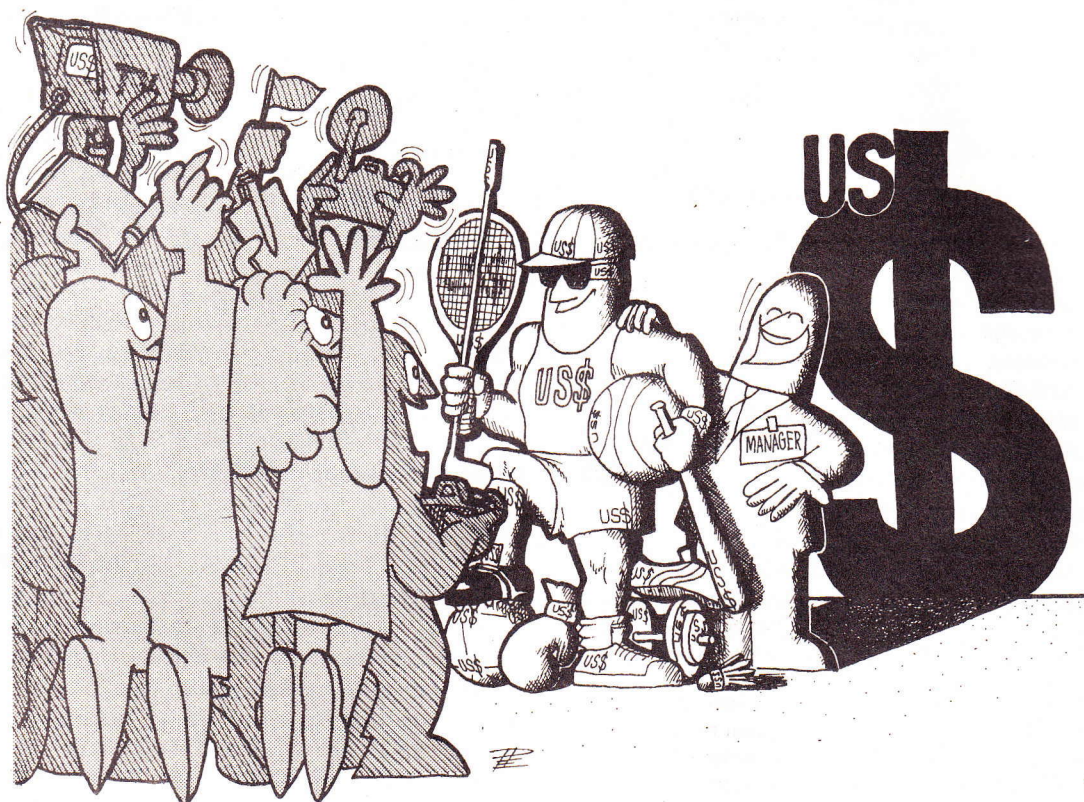
Der Unterschied ist, ob wir aus dem Glauben an Gott und im Bewußtsein der Aufgabe der Menschenwürde den Weg der Freiheit wählen und in grenzenloser Geduld durch alle Enttäuschungen hindurch festhalten, oder ob wir im verkehrenden Triumph nihilistischer Leidenschaft uns dem Verhängnis überlassen, als Menschen durch Menschen in unserem Wesen zerstört zu werden.

Das entscheidende Merkmal freier Zustände ist der **Glaube an die Freiheit.** Es ist genug, daß Annäherungen an das Ideal politischer Freiheit versucht, und, wenn auch mit großen Mängeln, gelungen sind. Daraus entspringt die Ermutigung für die Zukunft.

Die Freiheit ... ist das kostbarste, nie von selber zufallende, nicht automatisch sich erhaltende Gut

The World Paper

Die in den USA erscheinende Zeitung „World Paper“ präsentiert eine Artikelserie über die engen Verbindungen zwischen der Welt des Sportes und der Welt des Busineß



Spiel mit großem Kapitaleinsatz

1959 war Arnold Palmer ein begabter junger Golfspieler, der dabei war, sich die Achtung der amerikanischen Golf-Fans zu erobern. Und Mark McCormack war ein ehrgeiziger 25jähriger Rechtsanwalt, ganz versessen auf Golf. Die freundschaftliche Verbindung der Absolventen der Yale-Universität schlug eine Brücke zwischen dem Talent des einen und dem Ehrgeiz des anderen. Alles andere aber ist schon Geschichte.

McCormack fragte einmal den jungen Palmer, ob der nicht wolle, daß McCormack sein

Manager werde. Der Vorschlag erschien recht merkwürdig: Manager werden von Leuten wie Frank Sinatra und Marilyn Monroe gebraucht, doch nicht von Sportlern. Nichtsdestoweniger akzeptierte Palmer den Vorschlag.

Heute, fast 40 Jahre danach, haben Palmers Golfspielkunst und McCormacks Talent, diese Kunst im kommerziellen Interesse zu nutzen, beiden Millionen Gewinne eingebracht.

Zudem besitzt Palmer drei Fluggesellschaften, einige Vorklubs, eine Firma zum Bau von Golfplätzen und ein Netz

von Agenten zum Verkauf von Autos. Schätzungen zufolge verdient er an die 6 Mio US-Dollar jährlich allein an der Übernahme der Werbung für Waren einiger Firmen.

McCormack, auch als „Mecki Messer“ genannt nach der bekannten Figur aus Brechts „Dreigroschenoper“, baute ein großes Unternehmen in den USA auf – die Internationale Management-Gruppe (IMG) mit Millionen Dollar Kapital, 700 Angestellten und Filialen in 18 Ländern.

Natürlich ging es bei dem Gespräch in Yale nicht nur um Sport, sondern auch um Showbusiness – die Grenze zwischen ihnen verfließt immer mehr. Seit 1959 haben die Sportler verstanden, daß sie Geld nicht nur durch ihre Muskeln und ihr Kön-

nen, sondern auch durch ihr Image erarbeiten können. „Champions können Träume schaffen, Träume aber sind etwas Wertvolles.“

Ja, Champions schaffen Träume. Doch außer dem Traum vom Sieg lassen sie auch die Konsumenten einen Traum träumen. Die Konsumenten hoffen Prestige zu erringen, wenn sie ein bestimmtes Produkt verwenden, oder aber im Leben Erfolg zu haben, wenn sie dem Rat eines bestimmten Sportlers, was die einen oder anderen Waren angeht, folgen.

Doch Träume bedeuten für die Konsumenten auch höhere Preise, für die Sportler aber zahlen sie sich in barer Münze aus.

Der am höchsten bezahlte Radfahrer der Welt, Greg Lemond, bekommt 141 000 US-

Dollar dafür, daß er den Schutzhelm einer bestimmten Marke trägt, 1,5 Millionen für ein T-Shirt, 1,2 Millionen dafür, daß er auf dem Stahlrohr einer bestimmten Marke radelt, über 100 000 Dollar dafür, daß er Tennisschuhe der Marke X trägt, 66 000 Dollar dafür, daß in sein Fahrrad der Marke X ein Tachometer der Marke Z eingebaut ist, und dafür, daß er eine Sonnenbrille der Marke Y trägt. Soweit wir wissen, hat er nur die Rechte an seinen Socken und seiner Unterwäsche noch nicht verkauft.

McCormacks Entdeckung, daß man das Image eines Sportlers nutzen kann, um finanziellen Vorteil herauszuschlagen, eröffnete neue Möglichkeiten, um Profite in der Welt des Sports zu machen, und befechtete die reine und romantische Idee der Olympischen Spiele, wie sie Baron de Coubertin gewollt hatte. Diese Entdeckung sprengte die nationalen Grenzen, da die sozialistischen Länder sich Hals über Kopf in eine Art Sport-Perestroika stürzten, in eine Neuuzuweisung der Prioritäten im Bereich des Sports, die man durchaus als „Dollars-Perestroika“ bezeichnen kann.

... Heute treten sowjetische Basketball-, Eishockey- und Fußballspieler wie übrigens auch sowjetische Hochspringer in Europa und in den USA an. Die Sportler weniger populärer Sportarten wie der Stabhochspringer Sergej Bubka hoffen, daß auch ihnen die Stunde des Dollars schlagen wird.

Enorme Gelder kursieren im Bereich des Sports. Allein in den USA sind es im Sport mehr als in der Erdölindustrie. 1987 belief sich der Gesamtbetrag, der für Eintrittskarten zu Sportveranstaltungen ausgegeben wurde, auf 47,2 Md. Dollar. Die Verträge zwischen Mannschaften und Firmen über die Reklame von Handelsmarken auf T-Shirts der Sportler erreichten über 3,6 Md. Dollar. Der Erlös aus dem Verkauf der Fernsehübertragungsrechte lag bei mehr als 1,1 Md. Dollar; die Wetten bei Rennen in Las Vegas erreichten die Höhe von 2,7 Md. Dollar; die Mitgliedsbeiträge in

den Golfklubs stiegen auf 4,9 Md. Dollar.

Die Durchschnittseinnahmen der zehn am besten bezahlten Profis in jeder Sportart zeigen, daß ein Basketballspieler im Schnitt 2 Mio Dollar jährlich, ein Tennisspieler über 1 Mio Dollar, ein Baseballspieler fast 2,5 Mio Dollar und ein Kicker 1,2 Mio Dollar kassiert. Bei den Boxern kommt man auf höhere Zahlen – durchschnittlich auf 5,8 Mio Dollar. Allein drei Kämpfe brachten Mike Tyson einen Reingewinn von 22 Mio Dollar, was ihn zum finanziellen Spitzenreiter unter allen Sportlern werden ließ.

Leider verleitet die Aussicht auf das große Geld viele Sportler zum Konsum stimulierenden Mittel. Daß Ben Johnson bei den Olympischen Spielen in Seoul Steroide benutzte, demonstrierte, wie sehr die Rivalitäten in der Welt des Sports an den Nerven zerren. Johnson hatte es nicht auf Olympische Lorbeeren abgesehen, sondern auf einen vorteilhaften Kontrakt, der in der Folge annulliert wurde.

Kein Wunder, daß die Anziehungskraft von Geld den Wechsel der Staatsangehörigkeit fördert: So wird der berühmte tschechische Tennisspieler Ivan Lendl US-Bürger, und der Fußballspieler Omar Sivori tritt zunächst für Argentinien und dann für Italien an. Das Geld verleitet zum Verlassen von Ländern, die Protektionismus im Sport praktizieren. Rumänische Turner, Fußballer und Tennisspieler zögerten nicht, politisches Asyl zu suchen als Mittel, um „sportliches Asyl“ zu erhalten.

Andere Länder gewähren wirtschaftliches Asyl in Form günstiger Steuerstrukturen und zählen zu ihren ständigen Einwohnern herausragende Sportler. Im Ergebnis verbringen letztere nur sehr wenig Zeit in dem Land, das sie als ihre „Heimat“ bezeichnen. Als besonders günstig gelten in dieser Hinsicht Irland, Luxemburg, Liechtenstein, die Bahamas, Costa Rica, Panama, die Cayman-Inseln, Hongkong, Liberia, Bahrain und Nauru. Doch angeführt wird diese Liste von Monaco – der „Hei-

mat“ bekannter Rennfahrer, des deutschen Radsportlers Rolf Golz, des spanischen Golfers Severiano Ballesteros und des Tennisspielers Björn Borg.

Heutzutage operieren die Sportler gleichzeitig in zwei Bereichen: im sportlichen und kommerziellen. Als der sowjetische Basketballspieler Arvidas Sabonis im letzten August nach Spanien kam, hatte er zwei Verträge in der Tasche. Den einen mit dem Basketballteam Forum Filatelico, für das er antritt, den anderen mit einer Kosmetikfabrik, die ihm 1 Mio US-Dollar für die Werbung des Toilettenwassers Arvidas zahlte.

... Diejenigen, die aufrichtig glauben, der Sport bestehe nur aus edlen, ritterlichen Spielen, sind aus durchaus erklärlichen Gründen erobert, wenn sie auf Machenschaften um Spitzensportler stoßen. In unserem Jahrhundert des Showbusiness und der Medienkonsultanten ist alles erlaubt. Opernsänger machen Werbung für Uhren oder Zahnpasta; Schriftsteller wie der Nobelpreisträger von 1989 Camilo Jose Cela (Spanien) erscheinen in TV-Werbeseudungen und machen Reklame für Benzin; einige Politiker in Kolumbien beteiligten sich an Getränkewer-



bung; viele Journalisten, die noch gestern nichts erduldet hätten, was ihnen das verdiente Vertrauen hätte entziehen können, sind heute freudig bereit, mit Autos und anderen Waren zu handeln. Selbst der Papst sollte Geschäftssinn zeigen. Der Vatikan heuerte „Mark Messer“ an, um die kommerzielle Seite des Besuchs von Papst Johannes Paul II. in Großbritannien zu arrangieren.

Solche Geschäfte sind eine so verbreitete Erscheinung, daß man Menschen, die in einer Welt leben, wo das Geld unbestrittener Champion in der Schwergewichtskategorie ist, kaum einen Vorwurf machen kann.

Daniel Samper
Madrid, Spanien

Die Geschäftswelt legt zu – als Sponsor

Anfang 1988 sollte die bundesdeutsche Eishockeymannschaft aus Iserlohn am Rande des Bankrotts stehen. Schon war ein vom Gericht bestellter Verwalter für den Verkauf der Profis des Eishockeyklubs angeheuert, um die Schulden des bankrotten Klubs zu begleichen. Mannschaftschef Heinz Weifenbach führte einen verzweiferten Kampf, um das zu bewahren, was er in 6 Jahren aufgebaut hatte. Seinen Anstrengungen war es zu verdanken, daß das Team an die Spitze der Bundesliga aufgestiegen war.

Doch die Adresse, an die sich Weifenbach um Hilfe

wandte, schockierte selbst die treuesten Schlachtenbummler von Iserlohn: der libysche Oberst Muammar el Ghaddafi, der wendige Führer eines Wüstenlandes, der zuvor von Eishockey nichts wußte. Von dem Trip nach Libyen, den er unternahm, um die Mannschaft zu retten, kehrte Weifenbach mit 900 000 Dollar von Ghaddafi zurück. Dafür zeigte die Mannschaft von nun an auf ihren T-Shirts Werbung für das „Grüne Buch“ (mit ausgewählten weisen Sprüchen von Oberst Ghaddafi).

Die Verbreitung des Sponsors demonstrierte, wozu man fähig ist, um an Geld heranzu-

und der große Dreisprung-Crack gehen jetzt ihrem Handwerk in Szmidt der BRD nach.

Offizielle polnische Vertreter beklagen sich, der Westen werbe nicht nur Gehirne, sondern auch Muskeln ab. Sie errichteten Hindernisse, um ihre Sportler vor dieser Versuchung zu bewahren. So kann ein polnischer Sportler an einen ausländischen Klub erst dann legal verkauft werden, wenn er 28 Jahre alt ist. Doch Andrzej Rudy und viele andere wollen nicht warten. Rudys Freunde im Westen versteckten ihn anfangs in Frankreich, wo er einen Vorvertrag mit dem Monaco Club unterzeichnete. Doch für eine glatte Abwicklung des Geschäfts war Rudy zu wertvoll. Wenn man einen Juwelier ausraubt, dann sollte man nie den wertvollsten Stein nehmen – Rudy aber war gerade ein solcher.

Ein Emissär des polnischen Klubs machte sich auf, ihn in der BRD zu suchen, doch ihm war ein Mißerfolg beschieden. Der polnische Fußballverband beschloß, Rudy nicht zu disqualifizieren in der Hoffnung, er werde zurückkehren. Doch da hatte man sich getäuscht.

Zweifellos war Rudy in Polen ein Fußballstar. Nicht lange vor seiner Flucht hatte ihn ein Bergmannsklub in Katowice für eine nach polnischen Maßstäben astronomische Summe, für 41 600 US-Dollar, gekauft. Um ihn bemühten sich die Manager der reichsten Fußballklubs Westeuropas, auch von Celtic und Glasgow in Schottland, vom bundesdeutschen 1. FC Köln und des englischen Manchester United. Für ihn wurden 10 Millionen US-Dollar geboten, die vom Polnischen Fußballverband zurückgewiesen wurden.

Rudy wurde in gewissem Sinne zu einem Gefangenen seines eigenen Talents. Wäre er Maurer oder Ingenieur, hätte er ohne alle Schwierigkeiten in den Westen gehen können, wie das in den letzten zehn Jahren über eine Million Polen taten. Begabte Sportler stehen in Polen sozusagen unter Naturschutz. Ihre Übersiedlung in den Westen ist stark erschwert. Es gibt in Polen Vermittler, die vom Handel mit Fußballspielern leben: Sie folgten Rudy auf Schritt und Tritt.

Anni, Rudis Braut, die von

ihm ein Kind hatte, fand all das offenbar unerträglich. Eines schönen Tages packte sie all ihre Sachen, einschließlich des Mikrowellenherdes, und setzte sich in die BRD ab, wobei sie Rudy das Kind zurückließ. Rudy fühlte sich in dieser häuslichen Atmosphäre total gestreßt, hatte Sehnsucht nach Anni und dem Mikrowellenherd. In Mailand angelangt, beschloß er zu handeln.

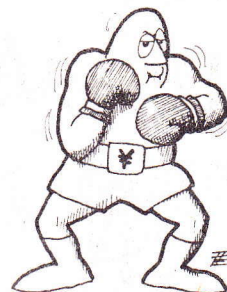
Der Polnische Fußballverband protestierte offiziell bei der Internationalen Fußball-Föderation (FIFA), damit jene Rudy aus Monaco in die Heimat zurückschicke. Doch der Protest wurde mit der Erklärung abgeschmettert, Rudy sei Amateurspieler und könne deshalb dort spielen, wo es ihm beliebt.

Offiziell gab es zu jener Zeit in Polen noch keinen Profisport. Rudy wurde auf der Gehaltsliste einer Grube in Katowice geführt und galt als Bergmann, obwohl er nie unter Tage malochte. Alle Polen wissen, daß die Fußballer ihr Geld nur damit verdienen, daß sie den Ball treten.

Der Führer der polnischen Solidarnosc Lech Walesa organisierte bei seinem offiziellen Bonn-Besuch Rudys Übersiedlung in die Bundesrepublik. Die Deutschen hatten keine Probleme, Rudy von dem Klub in Monaco zu kaufen, und so gelangte er schnell an einen der besten bundesdeutschen Klubs, den FC Köln und konnte endlich wieder seine Anni in die Arme schließen.

Da die polnisch-deutschen Beziehungen sehr heikel sind, wollte der 1. FC Köln den Flüchtling nicht aufnehmen, ohne Polen eine großzügige Entschädigung von 3 Mio US-Dollar anzubieten. Der Polnische Fußballverband stellte die Frage zur Abstimmung: entweder Rudy zu disqualifizieren und ihm zu verbieten, für den 1. FC Köln anzutreten, wodurch man sowohl Rudy als auch das Geld verloren hätte, oder seine „Desertion“ zu ignorieren und die 3 Mio Dollar zu akzeptieren. Die erste Abstimmung endete unentschieden – 5:5. Die zweite ging 6:4 in dem Sinne aus, man solle die ganze Geschichte vergessen und um 3 Millionen reicher werden. So wurden Andrzej Träume Wirklichkeit, und jetzt spielt ein weiterer polnischer Spitzensportler im Westen.

Der Polnische Fußballverband setzte die FIFA offiziell davon in Kenntnis, daß die polnischen Spieler jetzt Profis sind, und wenn ein Profi eigenwillig seine Mannschaft verläßt, dann wird dies als Vertragsverletzung angesehen und kein westlicher Club wird ihn unter diesen Umständen nehmen. Andrzej Rudy war der letzte „Amateursportler“, der heimlich, still und leise aus Polen verschwand. Dadurch verlor er das Recht, für die Nationalmannschaft seines Landes antreten zu dürfen. So büßte er Achtung in seiner



Heimat ein, doch dafür erlangte er Wohlstand im Ausland.

Daniel Passent
Warschau, Polen

Maradona: Verheiratet und in Fesseln

...Nach Neapel zurückgekehrt, wurde der Fußballstar von der Mafia unter Vertrag genommen

Der Fußballstar Diego Maradona, der aus einer argentinischen Kleinstadt stammt, wurde zu einem der beliebtesten und am höchsten bezahlten Sportler der Welt, zu einer Ware, die weltweit gefragt ist.

Maradona charterte eine Boeing 747 und düste zusammen mit 250 Freunden von Neapel über Madrid (um dort seinen Bruder mitzunehmen) nach Buenos Aires zu seiner auf den 8. November angesetzten Hochzeit mit Claudia Villafane, die er schon lange kennt. Obwohl ihn, der einen solchen Namen hat, die meisten guten Dienste nichts kosteten, gab Maradona Meldungen zufolge zusätzlich über eine Million Dollar für das Hochzeitsgelage aus, das bis zum nächsten Morgen dauerte und Kaviar, perlengeschmückte Festkleider und Champagner umfaßte. Maradona kann sich das leisten.

Mit 29 Jahren verließ Maradona 1982 Argentinien, um für den FC Barcelona zu spielen, mit dem er einen Jahresvertrag über 11 Mio Dollar abschloß. Dann ging es nach Neapel, wo er jetzt 3 Millionen Dollar jährlich und 8 Millionen Dollar zusätzlich für die Werbung kassiert. Erst vor kurzem verlängerte er seinen Vertrag um wei-

tere 5 Jahre. Vielleicht wird er zumindest bis 1993, wenn sein neuer Vertrag ausläuft, in Italien bleiben!

Nicht der auslaufende Vertrag, sondern Maradonas Leben stand im Mittelpunkt bei den Verhandlungen, die er und die neapolitanische Mafia im letzten Sommer führten, als er ein 21-Millionen-Dollar-Angebot von dem französischen Geschäftsmann Bernard Tapie erhalten hatte, für Olympique Marseilles zu spielen, und erklärte, er verlasse den SSC Neapel. Die Mafia, der Verluste wegen der geringeren Wetteinsätze ohne Maradona drohte, ließ ihn und seine Familie wissen, es würde ihm besser bekommen, sich an die Bedingungen des Vertrags zu halten. Und der Präsident des SSC Neapel Luciano Moggi gab sogleich folgende Erklärung ab: „Maradona wird für den FC Mailand spielen, oder er wird gar nicht spielen.“

So können Maradona, wenn man einmal von seiner Jet-Set-Tour nach Argentinien absieht, dank König Fußball für einige weitere Jahre die Flügel gestützt werden, und er wird seinen Vertrag voll erfüllen müssen.

Brad Durham
Boston, USA

Eine Mauer ist keine Stütze



Tatjana
Iwanowa

Wir sind das ständige Gefühl los, daß irgendwer irgendwo uns angreift und daß wir ihm eine Abfuhr erteilen müssen...

Den 25. Jahrestag des Sieges der UdSSR im Großen Vaterländischen Krieg feierte ich in Berlin. Das Feuerwerk im Treptower Park war gewaltig und bunt, aber es waren nur wenige Menschen da. Wir waren jung, wollten feiern, wollten unter Menschen sein, deshalb kam keine richtige Feiertagsstimmung auf.

Damals stand Walter Ulbricht an der Spitze der DDR. Überall war sein Ausspruch zu sehen: „Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen!“ Damit die Deutschen nicht in Versuchung gerieten, fremde Fernsehprogramme zu schauen, begann der Arbeitstag schon recht früh, und die Berliner gingen zeitig zu Bett. Auch Unter den Linden war es an jenem 9. Mai menschenleer. Meine Absätze klappten laut. Nirgends war eine Menschenseele. Das nennt sich Feiertag.

So kamen wir auch zum Brandenburger Tor. Dort waren Menschen, junge Leute wie wir. „Menschen, wer seid ihr?“ riefen wir. „Amerikaner, und ihr?“ – „Russen.“

Eine Begegnung wie damals an der Elbe! Seid begrüßt, Verbündete! Jetzt feiern wir den Tag des Sieges! Das wird ein Feiertag! Hurra!

Alles war so, wie es sein sollte: Umarmungen, auch ein Fläschchen... Wir tranken auf den Sieg.

Die höflichen Wachposten sahen uns zwar etwas schief an, mischten sich jedoch nicht ein. Als sich dann noch herausstellte, daß die Amerikaner Journalisten waren wie wir, waren wir ganz ein Herz und eine Seele. Oft habe ich in verschiedenen Ländern die Solidarität unter Journalisten gespürt, ich habe Kollegen geholfen so wie auch sie mir häufig halfen. Wir fühlten uns so wohl am Brandenburger Tor, daß es sich kaum beschreiben läßt. Die Stadt aber, das andere Berlin, lag ganz in der Nähe und war doch unerreichbar. Man sah ihre Lichter, die dort heller und bunter waren als

hier bei uns. Auf dem Reichstag wehten Fahnen, die festlich angestrahlt wurden. Uns war, als hörten wir Stimmen.

Unsere Freude war plötzlich verschwunden. Ich merkte, daß wir schon eine Weile schwiegen. Alle waren ganz ernst. Uns allen war schwer ums Herz. „Wie leben sie hier?“ fragte jemand. „Wie soll man hier leben?“

Ich weiß nicht, wer diese Frage stellte, die Amerikaner oder wir. Wir fühlten dasselbe. Langsam standen wir auf und verabschiedeten uns voneinander. Für immer? Wahrscheinlich. Dann gingen wir zum Hotel zurück.

Zu Hause versuchte ich, meiner Mutter zu erklären, was ein Mensch dort, an der Mauer, fühlt. Verstehst du, sagte ich, dort spürt man erst richtig, daß wir alle auf einem Pulverfaß sitzen. Der Erdball kann jeden Augenblick zerplatzen. „Warum?“ Ja, warum? Wie soll man das sagen... Weil man so nicht leben kann. Stell dir vor, mitten in Moskau stünde eine Mauer. Es gibt U-Bahn-Tunnel, durch die keine Züge fahren, es gibt Straßenbahnschienen, aber kein Wagen rollt, weil dort eine Mauer ist. Dort aber ist die Stadt, Lichter, Menschen. Dort spricht man dieselbe Sprache, dort hat man Freunde, Verwandte. Dort gibt es liebgewordene Straßen und Gassen. Das ist eine schreckliche Erniedrigung. Die Mauer ist eine Erniedrigung, auch wenn sie täglich, unverrückbar und für immer da ist. Das ist unerträglich. Der Erdball wird zerplatzen, weil in einer altehrwürdigen europäischen Hauptstadt eine Mauer steht.

Alle, denen ich meine Gedanken mitteilte, fragten mich, was zu tun sei. Das wußte ich auch nicht. Ich weiß nur, daß eine Mauer keine Stütze ist, weil sie nichts hält. Weder Druck noch Explosion wäre sie gewachsen. Wenn sie etwas hält, dann höchstens Tausende, ja Millionen von Seelen und zwar in ständiger Spannung. Und diese Spannung wächst, wird angestaut...

Mit der Mauer ist es nun vorbei. Gedanklich durchlebte ich wieder jene unvergleichliche eisige Melancholie, die ich an jenem Feiertag verspürt hatte. Und dann merkte ich, wie sich in mir eine Saite entspannte. Endlich, nun sitzen wir nicht mehr auf einem Pulverfaß. Der Riß auf unserem Erdball schließt sich wieder, er wird nicht platzen.

Bedingt durch unsere Alltagsorgen verlieren wir manchmal den Optimismus. Das ist nicht so, anderes sollte besser sein. Die Busse sind voll, die Ladentische leer. Mir tun manchmal alle leid, ich mir auch. Aber ich erinnere mich stets daran, was wir in den Jahren der Perestroika abgelegt haben oder gerade ablegen. Es fällt nicht immer leicht, sich auf diesen Gedanken zu konzentrieren, aber ich zwingen mich dazu. Immerhin sind wir das Gefühl der eigenen Exklusivität losgeworden, der völligen Einsamkeit in dieser Welt, die uns gegenüber ungerecht und feindlich ist, die uns nicht versteht. Wir haben die Einsamkeit in der Welt überwunden, den Zustand, der jeden Versuch, einander zu verstehen, zwecklos werden läßt. Wir sind das ewige Gefühl losgeworden, daß irgendwer irgendwo uns angreift und wir ihm eine Abfuhr erteilen müssen. Irgendwer will irgendwo einen eigenen Weg beschreiten, wir aber lassen unsere Panzer rollen. Aber in diesen Panzern werden unsere Söhne sitzen, und die ganze feindselige Welt wird gegen unsere geliebten Söhne zu Felde ziehen. Keiner weiß, ob, wo und wann es einmal dazu kommen wird. Jedenfalls nicht in absehbarer Zukunft.

Welch ein Glück, daß endlich die Mauern fallen, die uns jahrzehntelang in einer schrecklichen Spannung gehalten haben. Endlich kann man wieder Kinder zur Welt bringen und aufziehen, ohne um ihre Zukunft bangen zu müssen.



Juri Samodurow, bekannt als einer der Organisatoren und Leiter von der Gesellschaft Memorial für die Opfer der Repressionen des Stalins (jetzt „Memorial“), hat eine neue Idee verkündet – ein Moskauer Zentrum der politischen Kultur zu gründen. Seinen Vorschlag begründet er so:

„Die politische Aktivität der Menschen ist in den letzten Jahren enorm gewachsen. Die für einen Berufspolitiker erforderliche Bildung zu erwerben ist jedoch nicht einfach. Die Moskauer wie auch die Bewohner anderer Städte unseres Landes brauchen aber kompetente Vertreter des öffentlichen Lebens, die fähig sind, eine Verbesserung der Tätigkeit der örtlichen Machtorgane zu erreichen.“

Das Zentrum wird seinen Hörern Kenntnisse zu verschiedenen Fragen der Sozialpolitik und des Staatsaufbaus sowie den Grundlagen der Sozialpsychologie vermitteln. Es wird sich mit Vorfeldforschung der wachsenden sozialen Konflikte und der Suche nach annehmbaren Lösungen beschäftigen.

Mit Hilfe des Zentrums soll auch ein wirtschaftlich eigenständiges territoriales Laboratorium für den sozialen Schutz der Bevölkerung eingerichtet werden. Zu seiner Kompetenz wird gehören: die Analyse der Tätigkeit der Machtorgane und staatlichen Dienststellen; die Weiterleitung der erhaltenen Information an Deputierte, Amtsinhaber und die Öffentlichkeit; die Entwicklung alternativer Gesetzesentwürfe und Beschlüsse, die die Interes-

sen der Bürger berühren; die Mobilisierung der öffentlichen Meinung zur Lösung von dringenden sozialen Problemen.

Das erste Laboratorium für den sozialen Schutz der Bevölkerung hat bereits seine Tätigkeit aufgenommen. Sein Telefon: 423-63-93 (von 9 – 12 Uhr).



Den 42-jährigen Leningrader **Juri Shwitaschwili**, Leiter und Begründer der komplexen wissenschaftlich-sportlichen Expedition Nevo auf der Route „Von Warägern zu Griechen“ hat man den „wichtigsten Waräger des Landes“ getauft. Von Beruf ist er Chirurg (Fachgebiet Onkologie), seine Leidenschaft sind Forschungsreisen. Er ist Mitglied der

Geographischen Gesellschaft der UdSSR und Meister des Sports. Die von ihm geleitete Expedition untersuchte innerhalb von 5 Jahren (1985-1989) fast alle alten Wasserwege und Ziehwege, über die die Kähne von einem schiffbaren Fluß zum anderen geschleppt wurden, vom Baltikum bis zum Schwarzen Meer. Sie legte insgesamt etwa 14 000 km auf dem Territorium der UdSSR zurück und stellte eine einmalige archäologische Karte der Route „Von Warägern zu Griechen“ zusammen. Es wurden 323 archäologische Denkmäler (über 50 wurden von den Teilnehmern der Nevo entdeckt) entlang der in den Chroniken erwähnten Trasse des frühen Mittelalters erforscht. Erstmals wurden experimentelle Fahrten auf Schiffen gewagt, die den Handelsnachen der Slawen und Wikinger des 9. – 12. Jh. nachgebildet waren und eine neue Richtung der historischen Wissenschaften, die „Navigationsarchäologie“, begründet.

Im November vergangenen Jahres unterschrieb der Chef der Nevo in Leningrad einen Vertrag mit der interna-

tionalen Organisation der Forschungsreisenden „Forum-Viking“ über die Organisation und Durchführung einer internationalen sowjetisch-norwegischen Expedition Nevo-Nidaros.

Die transeuropäische Fahrt auf den Nachbildungen alter Schiffe, der Drakar und dem Nachen, beginnt im Mai 1991 in der alten Hauptstadt der Wikinger Trondheim, führt über Oslo, Kopenhagen, Stockholm und Helsinki, weiter durch Leningrad, Nowgorod, Kiew, Odessa und dann über Varna in das alte Zargrad nach Istanbul.

Bisher hat der Forschungsreisende seine Schiffsfahrten aus der eigenen Tasche finanziert. Jetzt, da er Partner gefunden hat, die Zeitschrift „National Geographic“ und die Autofirma KamAS, will er eine internationale Touristenroute Nevo-Viking aufbauen, die vom Baltikum bis zum Schwarzen Meer reicht.

Das „Guinness-Buch der Rekorde“ wird bald einen sowjetischen Doppelgänger bekommen. Die Zusammen-



stellung der russischen Variante der weltbekannten Ausgabe hat der 27-jährige **Igor Saizew** übernommen, der nach dem Abschluß der Universität der Völkerfreundschaft „Patrice Lumumba“ im Progress-Verlag arbeitet. Das Buch soll 1991 in einer Auflage von 200 000 Exemplaren herauskommen.

Entsprechend den Bedingungen des kürzlich unterzeichneten Vertrages mit Guinness Publishing hat der Progress-Verlag das Recht erhalten, in das Buch Rekorde aufzunehmen, die auf dem Territorium der UdSSR registriert worden sind, und die Interessen des britischen Geschäftspartners in der Sowjetunion zu vertreten.

„Wir können durchaus das Buch ergänzen“, meint Igor Saizew, der selbst über 150 Anträge auf Rekordanerkennung vorliegen hat. Nach seinen Worten sind einige davon Weltrekorde. Das ist der Rekord des sowjetischen und französischen Kosmonauten, die während des Orbitalfluges in der Raumstation Mir 5 Stunden 59 Minuten und 30 Sekunden im offenen Kosmos gearbeitet hatten, der Rekord des Malers Sergej Arto, der innerhalb von 24 Stunden und 2 Minuten ununterbrochener Arbeit 565 Porträts malte, sowie die dreieinhalb Jahre, die ein Mensch mit einer Kugel im Gehirn gelebt hat. Die Kugel wurde dann chirurgisch entfernt. Unter den Rekorde gibt es auch Kuriositäten. Dazu rechnet Igor Saizew z. B. die laufende Aktion der Moskauer Umweltschützer, die die weltweit längste ökologische

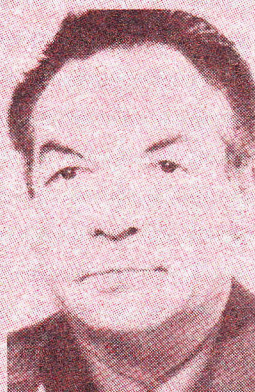
General als Präsident

Der 53-jährige Generalmajor **Nikita Tschaldymow**, Dr. phil., Professor, Leiter des Lehrstuhls für Philosophie an der Lenin-Akademie für Militärpolitik, wurde zum Präsidenten einer neuen gesellschaftlichen Organisation, der Vereinigung „Armee und Gesellschaft“, gewählt.

Die Worte „General“ und „Präsident“ rufen, wenn sie miteinander im Zusammenhang stehen, widersprüchliche Gefühle hervor. Zum Präsidenten der Vereinigung wurde bei ihrer Gründungskonferenz jedoch einstimmig gerade ein General gewählt. Die Ursache für die in der heutigen Zeit so seltene Einmütigkeit waren durchaus nicht die goldenen Schulterstücke des Anwärters, sondern seine professionellen und menschlichen Eigenschaften.

Nikita Tschaldymow hat in den letzten 12 Jahren die Sektion „Aktuelle Probleme von Krieg und Frieden“ beim Präsidium der Philosophischen Gesellschaft der UdSSR geleitet, die der Vereinigung als Vorbild diente, und unlängst trat er als einer der Organisatoren der internationalen Konferenz „Neues Denken und Militärpolitik“ auf, die in Moskau stattfand.

Die neue Vereinigung unternahm als erste in unserem Land den Versuch, auf interdisziplinärer Grundlage Philosophen, Politologen, Wirtschaftswissenschaftler, Soziologen und andere Forscher zu vereinen, die sich mit den Problemen Frieden, Krieg, Armee und Gesellschaft befassen.



Losung niederschreiben (über einen Kilometer lang).

Was es heißt, ins Guinness-Buch der Rekorde zu kommen, wird auch der Progress-Verlag selbst bald erfahren. Zusammen mit der britischen Oxford University Press kam er 1990 in das Buch unter der Rubrik „Die größten Verlage in der Welt“. Immerhin gibt er jährlich 750 Buchtitel in 51 Sprachen heraus und beschäftigt 1500 Mitarbeiter.



Der 28jährige **Guram Adshojew** ist der erste sowjetische Sportler, der einen Vertrag mit einem israelischen Sportclub abschließt. Voraussichtlich wird er schon Ende Januar für die Oberliga-Fußballmannschaft Beitar aus Jerusalem als Stürmer antreten.

Guram hat eine solide sportliche Biographie aufzuweisen, er spielte in den führenden sowjetischen Mannschaften Dynamo Tbilissi und Dynamo Moskau, Torpedo Kutaissi und bei Spartak Moskau... 1988 wurde er gemeinsam mit Metallist Charkow, für die er damals antrat, Pokalsieger der UdSSR.

Im Familienalbum der Muradows gibt es ein Foto, auf dessen Rückseite steht: „Sabina, ich wünsche dir Glück und weitere Erfolge, du hast eine große Zukunft vor dir. Dmitri Kabalewski.“ Heute ist die 13jährige **Sabina Muradowa** eine der ersten Sti-



pendiaten des Sowjetischen Lenin-Kinderfonds.

Die heutige Schülerin der Zentralen Spezialmusikschule für besonders begabte Kinder beim Moskauer Konservatorium begann mit 5 Jahren zu komponieren. Seither hat sie schon über 300 Musikstücke geschrieben: Walzer, Suiten, Etüden und Nocturnes.

Neben dem Unterricht in der Schule im Fach Harfe und Klavier lernt Sabina zusätzlich am Konservatorium in der Klasse des Komponisten Tichon Chrennikow.

Der Präsident der Russischen Volksakademie der Wissenschaften, der Historiker **Pjotr Iwankow**, ist der Ansicht, daß die Akademie schon heute ohne zusätzlichen Aufwendungen von seiten des Staates Ideen und Projekte vorlegen könnte, deren ökonomische Effektivität mehrere Milliarden Rubel wert ist.

„Die Gründung der Akademie“, erzählt Pjotr Iwankow, „wurde von einer wirtschaftlichen und kulturellen Notwendigkeit bestimmt, der Notwendig-



keit, das intellektuelle und wissenschaftliche Potential Rußlands voll auszunutzen.“

In der neuen wissenschaftlichen Einrichtung sollen Forschungen auf dem Gebiet der Gesellschafts- und Naturwissenschaften durchgeführt werden, sollen junge Talente unterstützt werden

sowie Empfehlungen zur rationalen Nutzung von natürlichen Ressourcen und zu Problemen der Ökologie ausgearbeitet und überführt werden. Eine der wichtigsten Richtungen ist die komplexe Erforschung des Problemkreises Wiedergeburt und Entwicklung des russischen Dorfes, des Hüters der volkstümlichen Traditionen.

Organisationen und Bürger, die ihren Beitrag zur Entwicklung der Wissenschaft Rußlands leisten wollen, können ihre Geldspenden auf das Konto der Akademie Nr. 345556 MFO 806011 bei der Aktionärs-Kommerz-Bank für branchenübergreifende Integration überweisen. Anschrift der Akademie: 117419 Moskau, Postfach 393.

Der Nessie-Jäger

Der Amerikaner **Robert Rines** ist Jurist, Unternehmer, Forscher und Vertreter des öffentlichen Lebens. Er ist einer der Menschen, die die „Identity“, d. h. den besonderen Charakter, das Kolorit einer Stadt, ausmachen. Rines war auf der Liste der obligatorischen Interviews, die für mich der Chefredakteur der in Concord, der Hauptstadt von New Hampshire, erscheinenden Zeitung „Monitor“ zusammengestellt hatte.



Rines eröffnete im Bundesstaat eine juristische Hochschule, wo Leute aufgenommen werden, die schon einen Beruf haben, in der Regel sind das Leute mit technischen Berufen.

Viele begabte Fachleute vermögen es nicht, ihre Rechte zu schützen, wenn es um die Ausfertigung von Patenten, die Überführung von Erfindungen und andere trockene Formalitäten geht, meint er.

Das Interesse am Thema Menschenrechte hat Robert Rines nach Genf in das dort gelegene Zentrum für Menschenrechte geführt. In Genf lernte er den ehemaligen Präsidenten von Bangladesh Abu Choudhury kennen. Rines erzählte mir von seinen Streitgesprächen mit Choudhury. Ob man denn in armen Ländern, wo Kinder den Hungertod sterben, von Menschenrechten sprechen könnte? Der amerikanische Jurist ist überzeugt, daß diese Rechte nur in Staaten realisiert werden können, die ein ausreichend hohes Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung erreicht haben.

Rines organisierte die Zusammenarbeit einiger medizinischer Einrichtungen der USA mit der Islami-

schen Augenklinik in Dacca. Augenkrankheiten sind ein großes Problem in Bangladesh, und Rines möchte beweisen, daß man es mit Hilfe entwickelter Länder lösen kann. Er hofft auf eine umfangreiche Übergabe moderner Technologien an die Länder der dritten Welt.

Den Lesern von Zeitschriften wie „National Geographic“ und den Liebhabern von Rätseln und Sensationen ist Robert Rines bekannt als Autor der berühmten Aufnahme von Nessie, des legendären Ungeheuers, das angeblich in dem schottischen See hausen soll. 1958 verbrachte Robert Rines seinen Urlaub am Ufer von Loch Ness und studierte die Bücher mit den Erwähnungen von Nessie. Die erste (wenn man sich darauf verlassen kann) geht auf das 6. Jahrhundert zurück... 1970 begann Rines mit einer eigenen Suchaktion, und zwei Jahre später wurde sein Foto des Monsters zum Gegenstand erbitterter Diskussionen der Anhänger und Gegner von Nessie. Seit dieser Zeit hat er das Ungeheuer allerdings nicht wieder gesehen, doch er gibt nicht auf.

„Das Pentagon hat gerade ein wunderbares Sonar offengelegt“, erklärte er mir im Arbeitszimmer, das mit Nessie-Figuren vollgestellt ist. Sie wollen es mir für den symbolischen Preis von 1 Dollar verkaufen. Ich fahre demnächst nach Boston, probiere das Sonar an Wälen aus und im Winter schaffe ich es nach Schottland. Wir werden Nessie finden!“

Robert Rines hat mir versprochen, anzukommen, wenn er Nessie entdeckt hat, und der NZ ein exklusivfoto des Monsters zu schicken.

Lew Jelin

Concord Moskau



Auf Wiedersehen in Moskau!

Durch Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR erhielten Mstislaw Rostropowitsch und Galina Wischnewskaja ihre sowjetische Staatsbürgerschaft zurück

Wir riefen in Washington an, um den beiden zu gratulieren. Galina Wischnewskaja kam ans Telefon. „Mstislaw ist“, sagte sie, „zur Zeit nicht zu Hause, doch ich meine, daß er sich meinen Worten voll und ganz anschließen wird.“

NZ. Wie bewerten Sie die Rückgabe der sowjetischen Staatsbürgerschaft?

Galina Wischnewskaja. Als offene und direkte Anerkennung eines früher begangenen Fehlers.

NZ. Ihnen wurden ferner die Ehrentitel Volkskünstler der UdSSR und weitere Staatsauszeichnungen zurückgegeben...

G. W. All diese Jahre – wir galten 12 Jahre nicht als Sowjetbürger – wußten wir nicht, daß uns Titel und Auszeichnungen aberkannt worden waren. Erst jetzt haben wir das erfahren.

NZ. Es heißt, ihre Wiedereinsetzung in die sowjetische Staatsbürgerschaft sei eine Bedingung gewesen, die Nikolai Gubenko als neuer UdSSR-Kulturministers gestellt habe...

G. W. Wir sind ihm sehr dankbar, vor allem aber verstehen wir, welch enorme Anstrengungen all das gekostet hat, welch



großer Widerstand zu überwinden war.

NZ. Mstislaw Leopoldowitsch sagte einmal in einem Interview, er habe es stets gewußt, daß ihnen die Staatsbürgerschaft früher oder später zurückgegeben werde.

G. W. Ja, es ist so. Wir stellten nie einen solchen Antrag, doch wir wußten, daß die Wahrheit siegen würde. Und als ich schließlich vom Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR hörte, wurde mir klar: Erstmals in den 16 Jahren, die wir im Ausland sind, werde ich nicht auf die andere Straßenseite überwechseln, wenn ich meine Landsleute treffe. Auch das hat es gegeben. Und das kann man sich kaum vorstellen...

Unsere Rehabilitierung wird die künstlerischen und menschlichen Kontakte zu unserem Volk, die 1978 skrupellos abgebrochen wurden, wieder ermöglichen.

NZ. Und das wird schon bald geschehen. Wenn sich Ihre Pläne und die von Mstislaw Leopoldowitsch nicht geändert haben, werden Sie beide am 11. Februar nach Moskau kommen, wo nicht nur die Verehrer Ihrer Kunst schon so lange auf dieses Ereignis warten, sondern alle, die an einen Triumph der Gerechtigkeit glauben.

G. W. Unsere Pläne haben sich nicht geändert. Im Februar werden wir in die Sowjetunion kommen.

Ein Wyssozki-Haus an der Taganka Werden die Fans es bald betreten können?

Wladimir Wyssozki wäre jetzt 52 gewesen. Was wäre aus ihm heute geworden? Paradox: Die Zeit rast dahin, aber das, was Wyssozki über „unsere Zeit“ damals (immerhin ist er vor fast zehn Jahren gestorben!) sagte, ist nicht veraltet: „Die Freiheit, die man mir gestern gab – was soll ich damit anfangen?“ Ist das vielleicht der Grund für das nicht nachlassende Interesse für ihn selbst und dafür, was er als Liedermacher geschrieben und gesungen, als Mime gespielt hat?

Das Verlangen, das alle Wyssozki-Fans empfinden, obwohl Schallplatten mit seinen Songs in hohen und Bücher mit seinen Gedichten bzw. Bücher über ihn in weniger hohen Auflagen erscheinen, ist immer noch nicht gestillt. Wie sollte es auch, wenn Wyssozki, wie Marina Vlady meint, nur über alles zu begreifen sei, was er geschaffen habe. Das leuchtet ein, ist jedoch nicht ohne weiteres zu befolgen: Die gesamte Wys-

sozki-Hinterlassenschaft, alles, was nicht nur von seinen Verwandten, seiner Frau und seinen Freunden und Kollegen, sondern, das sei besonders hervorgehoben, vom Volk gesammelt wurde, ging 1984, nachdem Juri Ljubimow ins Ausland übergesiedelt war, an das Zentrale Staatsarchiv für Literatur und Kunst (ZGALI) der UdSSR über. Das sind immerhin 12173 Einheiten! Übrigens könnte man selbst ohne die ZGALI-Einheiten aus neuen Dokumenten, Artikeln, Fotos, Memoiren und anderen Büchern bereits noch mehr als nur ein Museum ausstatten.

Viele von denen, die Wyssozki persönlich kannten, sind sicher, daß er den Gedanken an ein „eigenes“ Museum recht ironisch aufgenommen hätte. Leider hat der für uns gewohnte Ablauf – posthume Rehabilitierung, nachfolgende Kanonisierung, maßlose Jubiläumskampagne, Massenverkauf von

„Andenken“ en gros und en detail – auch ihn nicht verschont. Zu seinen Lebzeiten wurde ein einziges Gedicht von ihm veröffentlicht, heute ist er Staatspreisträger der UdSSR. Kalender zum Hängen und zum Hinstellen mit Wyssozki-Poster, goldfarbig aufgemotzte Wyssozki-Büsten, Sparbüchsen in Form seines Gedichtsbandes „Der Nerv“... Und vor diesem Hintergrund Bulat Okudshawas schwacher Protest gegen einen verlorengegangenen (sic!) Waggon mit dem Wyssozki-Buch.

Dennoch ist ein Museum nötig, obwohl die Meinungen darüber selbst im Theater an der Taganka, das Wyssozki großgezogen, berühmt gemacht, aber in gewisser Hinsicht sein Leben auch erschwert hat, auseinandergehen. Selbst Juri Ljubimow – und wer sollte mehr als er den Ruhm seiner Schüler pflegen! –, selbst der mit diesem Theater so fest verbundene heutige Kulturminister Nikolai Gubenko befürchten ein pompöses Monster aus Glas und Beton und vertreten die Auffassung, dieses Museum müsse menschliche Dimensionen haben. Gerade

Der Staat und das Violoncello

Poel Karp

Galina Wischnewskaja und Mstislaw Rostropowitsch haben die sowjetische Staatsangehörigkeit zurückbekommen. Das läßt hoffen, daß wir sie wieder hören werden, und ist natürlich erfreulich. Doch wäre das alles, dann müßte man nicht von einem bedeutenden gesellschaftlichen Ereignis sprechen. Dieses Ereignis aber ist, ohne zu übertreiben, von enormer Bedeutung. Galina Wischnewskaja und Mstislaw Rostropowitsch haben ja nicht um Vergebung gebeten dafür, daß man sie demütigte, haben keine Gesuche verfaßt, das, was man ihnen ungesetzlich genommen hat, wieder zugeben. Natürlich werden solche Gesuche heute oft nur pro forma geschrieben. Die Behörden haben bereits begriffen, daß die Vertreibung einer Vielzahl von Talenten aus unserem Land nicht nur Willkür, sondern eine große Dummheit war. Doch bis heute wurde das nur inoffiziell eingestanden. Die Wiederverleihung der Staatsangehörigkeit aber ist ein offizieller Akt, und heikle Probleme stellten sich, die sich der Staat nicht zu überwinden traute.

Viele Jahre galt der Staat bei uns überhaupt als unfehlbar. Die offizielle Haltung lief darauf hinaus, daß all seine Handlungen für ihre Zeit richtig waren. Heute hat sich die Situation geändert, und man kann über die Rechtmäßigkeit fast aller staatlichen Handlungen diskutieren. Ehrlich gesagt, erstmals schöpfte ich Hoffnung, unser Land werde ein normales Leben leben, als ich von Michail Gorbatschow die Worte vernahm: „Wir erheben nicht den Anspruch, über die Wahrheit in der letzten Instanz zu verfügen.“

Es wurde bereits eingestanden, daß unser Staat imstande ist, einen ungerechten Krieg vom Zaun zu brechen, die Natur zugrunde zu richten oder ganze Völker zu verfolgen, doch die Haltung gegenüber dem einzelnen blieb noch lange Zeit die alte. Natürlich wurden die Betroffenen aus der Haft entlassen, doch sie mußten schriftlich versprechen, sie würden von nun an

recht brav sein. Sie konnten sogar rehabilitiert werden – doch wiederum auf ihren Antrag hin. Viele aber waren zu einem solchen Antrag nicht bereit – wie Tschernyschewski, der einmal sagte, er könne nicht Vergebung dafür erbitten, daß sein Kopf und der des Gendarmieriechests Schuwalow anders funktionierten.

Mstislaw Rostropowitsch und Galina Wischnewskaja sind die ersten, vor denen der Staat seine Schuld eingestand und damit auch, daß ein einzelner oder zwei Menschen recht haben können, der ganze Staat aber unrecht haben kann. Mit diesem Augenblick kann eine neue Epoche der russischen Geschichte beginnen, die derartiges noch nicht gesehen hat. Alles Gute, was es gibt, von großen wissenschaftlichen Entdeckungen bis zum täglich Brot ist ja einzelnen Menschen zu verdanken – die sich natürlich vereinen, die die Arbeit wie eine Stafette an den anderen weiterreichen. Hinter jedem Werk steht der konkrete Mensch, der es vollbracht hat. Unterdes hat man uns stets gelehrt, daß niemand unersetzlich ist, und die Menschen haben daran geglaubt, daß der Staat allein, unabhängig von den Menschen, Getreide säen und Häuser bauen könne. Er aber kann nur den Menschen, die das tun, helfen oder aber sie bei ihrer Arbeit stören. Das Violoncello wird nicht von allein spielen, und die Feder wird nicht von allein schreiben. Und deshalb verdienen diejenigen, die sich für die Menschen einsetzen, besonderen Respekt.

Ich erinnere daran, weil Mstislaw Rostropowitsch und Galina Wischnewskaja die Staatsangehörigkeit gerade deshalb verloren, weil sie einen Verfolgten schützten und Alexander Solsenizyn bei sich aufnahmen, dafür, daß sie es in der Auseinandersetzung zwischen dem Staat und einem einzelnen wagten, den einzelnen zu unterstützen. Und ich meine, daß jetzt Solshenizyn, Brodski, Sinjawski und an all die Unbekannten die Staatsangehörigkeit offiziell zurückgegeben werden muß, die unser Land unter dem Druck der Behörden oder der von ihnen geschaffenen Umstände zu verlassen gezwungen waren. Ihre Staatsbürgerschaft erhiel-

ten sie durch ihre Geburt, den Geburtsort, aber rückwirkend zu ändern vermag nicht einmal der Herrgott. Verständlicherweise wird nicht jeder gleich leicht mit der Vertreibung fertig. Manche werden sich weigern, das, was man ihnen genommen hat, zurückzunehmen, manche werden die Staatsangehörigkeit zurücknehmen, aber eine doppelte Staatsbürgerschaft behalten, manche werden auch als Sowjetbürger weiter im Ausland leben, manche werden zurückkehren. Man sollte nicht danach fragen, sollte nicht darüber spekulieren. Ihnen die Staatsbürgerschaft zurückzugeben – das ist weniger um ihrer willen als vielmehr um unseres Landes willen notwendig, um die unverzeihliche Sünde, die eigenen Kinder zu verstößen, irgendwie wiedergutzumachen.

Natürlich bedeutet die Rückgabe der Staatsbürgerschaft keineswegs, daß man unbedingt mit all dem, was unsere im Ausland wie übrigens auch hier lebenden Landsleute gesagt und getan haben, einverstanden sein müßte. Im Gegenteil wird das helfen, die Differenzen dort, wo es sie gibt, zu klären und ehrlich weiter zu diskutieren. An ehrlichen Diskussionen zwischen Mitbürgern ist absolut nichts Schlimmes, im Gegenteil ist die Möglichkeit offener Diskussion das wichtigste Anzeichen für die Gesundheit einer Gesellschaft, für den demokratischen Charakter ihrer Ordnung. Schlimm wird es dann, wenn sich die einen mehr Rechte zuerkennen, als sie den anderen zugestehen, und zu beruhigenden Sprüchen von Aufrufen zur Herstellung offener Ungleichheit oder eines Berufsverbots bis hin zu direkten Drohungen gegen nationale und gesellschaftliche Minderheiten gehen. In diesen schweren Tagen ist es vielleicht am wichtigsten, die Gleichheit der Bürger und ihr gleiches Recht auf Staatsbürgerschaft, das niemand niemandem aberkennen kann, zu verteidigen.

Das muß man beherzigen, nicht nur um unterzeichneten, doch viele Jahre nicht erfüllten Konventionen näherzukommen, sondern auch um sich zumindest etwas einer Gesellschaft zu nähern, wie sie Marx und Lenin erhofften. Für sie führte der Weg zu einer besseren Gesellschaft über ein Absterben des Staates. Wir aber haben stets nur den Staat gestärkt, der aber hat immer nur Gehorsam von einzelnen verlangt. Die Rückgabe der Staatsbürgerschaft an Galina Wischnewskaja und Mstislaw Rostropowitsch ist seit vielen Jahren im Grunde der erste freiwillige offizielle Schritt des Staates auf den Menschen zu. Stimmen wir dem also zu, daß dies ein Schritt in die richtige Richtung war.

Ljubimow schlug vor, das Museum „Wyssozki-Haus an der Taganka“ zu nennen.

Wie wird es aussehen? Piotr Leonow, Direktor der Direktion (man verzeihe mir den Pleonasmus, aber das Amt heißt nun einmal so) zur Gestaltung des „Hauses“, erzählt: „Das Konzept entstand nicht am grünen Tisch von Beamten oder musealen Theoretikern, vielmehr ergab es sich aus dem Wollen und Trachten von Millionen Gleichgesinnten. Die Menschen wollen Wyssozki verehren (Museum als Tempel), etwas von ihm erfahren (Museum als Informationszentrum), seine Bildnisse, Gitarren, sein Hamlet-Kostüm sehen (traditionelles Museum), die Ursachen und Besonderheiten seines Werks verstehen (Museum als wissenschaftliches Zentrum), sich Filme mit ihm als Akteur ansehen (Museum als Videozentrum), seine Schallplattenaufzeichnungen mitschneiden (Museum als Tonbandstudio), sich einen Rat über die Arbeit eines Wyssozki-Klubs, die Veranstaltung einer Ausstellung oder eines literarischen Abends holen (Museum als methodisches und koordinierendes Zentrum), ein Buch, eine Schallplatte, Noten kaufen (Museum als Geschäft), schließlich sich mit anderen Menschen austauschen (Museum als Klub).“

Denkbar wäre es, daß ein solches Zentrum den Mengen von Fans, die in all diesen Jahren das Theater an der Taganka und den Wagankowskoje-Friedhof stürmten, dazu verhilft, ihre Verehrung, die bisweilen unzivilisierte, aberwitzige Formen annimmt, endlich in normale, humane Bahnen, die von Liebe und Erkenntnis, zu lenken.

Was steht der Umsetzung des Traums von so vielen Menschen im Wege? Nur der – bekanntlich permanente – Geldmangel? Apropos Geld. Bis heute wird gemunkelt, Marina Vlady habe eine Million Rubel für den Bau eines Wyssozki-Museums gespendet. Das ist nicht wahr. Der erste Spendensammler war der Sowjetische Kulturfonds, der vor der 50. Wiederkehr von Wyssozkis Geburtstag im Lushniki-Stadion einen Wohltätigkeitsabend veranstaltete. Beim Fonds wurde ferner ein Kuratorenrat gebildet, der die Verwirklichung dieser Idee auf jede Weise fördert. Mehr noch, die Direktion, die sich in zwei winzigen Wohnungen eines eigens dazu renovierten Altbaus neben dem Theater befindet, leistet wissenschaftliche, propagandistische und organisatorische Arbeit: Sie führt Ausstellungen und Semi-

nare durch und stützt sich dabei auf die Hilfe des ZK des Komsomol und anderer Organisationen. Ein nicht uninteressantes Detail. Der Verband der Theaterschaffenden der RSFSR weigerte sich am 3. Oktober v. J., die wissenschaftliche Tätigkeit des künftigen Museums zu finanzieren, und zwar unter Hinweis darauf, daß das Museum noch nicht existiere. Statt dessen gebe es nur einen noch nicht unterzeichneten Beschluß des Ministerrats der RSFSR über die Schaffung des Museums. Das stimmt. Ebenso wie die Tatsache, daß der Beschluß von allen daran beteiligten verantwortlichen Genossen unterzeichnet wurde – mit Ausnahme Viktor Saikins, des Vorsitzenden des Moskauer Stadtexekutivkomitees. Er mag ernsthafte Gründe dafür gehabt haben. Aber der Moskauer Stadtsowjet braucht kein Geld für den Bau des künftigen Museums vorzustrecken, denn die italienische Firma Brunoexport bietet an, das Wyssozki-Zentrum aus eigenen Mitteln zu errichten. Man möchte natürlich wissen, ob unsere Stadtväter darauf eingehen oder nicht.

Tatjana Firsowa

In diesen Tagen sagte man mir, daß mich ein alter Bekannter sucht, den ich wohl vor 30 Jahren das letzte Mal gesehen habe. Er hat seine Telefonnummer hinterlassen und gebeten, daß ich ihn anrufe. Er hätte ein Anliegen. Ich wußte gleich, warum er sich an mich erinnert hat und was er wollte. Wahrscheinlich kommt jemand aus seiner Familie im Herbst zur Schule, und mein Bekannter hat unvorsichtigerweise zu seiner Frau gesagt: „Hör mal, ich kenne da jemanden – an dieser Stelle nannte er meinen Namen –, ich werde ihn anrufen und er wird mir sagen, in welche Schule wir Serjosha geben sollten. Er kennt sich aus.“ Seitdem erinnere ich mich an seine Frau jeden Tag daran, und so hat er nun angerufen.

Eine gute Schule für den Sohn! Eine gute Schule für die Enkelin! Eine gute Schule für alle unsere Kinder!

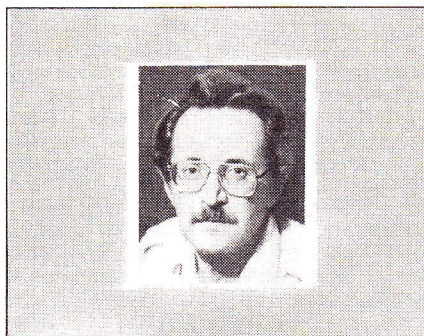
Ist das etwa kein Traum?

Ich denke, wenn man den Leuten mit Kindern sagen würde: „Unweit von Ihrem Haus kann man entweder eine gute Schule oder eine gute Poliklinik bauen. Was würden Sie vorziehen?“, 80 oder 90% der Eltern würden der Schule den Vorrang geben. Nicht etwa, weil sie so bewußt sind und den Kindern eine gute Bildung geben wollen, sondern weil das nicht auszuhalten ist, wenn man ständig die Quälerei der Kinder in der schlechten, grausamen und sinnlosen Schule vor Augen hat, weil sie nicht mit ansehen wollen, wie das Kind aus der Schule völlig verstört heimkommt, wie es in diesem Tempel der Wissenschaft allmählich verblödet und anfängt, die Schule, die Lehrer, das Lernen und die Bücher zu hassen. Und allmählich werden alle Erwachsenen zu Feinden, es verliert den Glauben an die Gerechtigkeit der Welt.

Es gibt den Begriff Risikogruppe. Doch die wirkliche Risikogruppe sind nicht die Jugendlichen, die in nicht intakten Familien aufwachsen und nicht die, wo die Eltern trinken, und nicht die, wo die Eltern keine Zeit für ihre Kinder haben. Zu Drogensüchtigen, Alkoholikern und Verbrechern werden solche Jugendliche, die den Glauben an die Gerechtigkeit verloren haben. Das ist die tiefere Ursache aller Verbrechen gegen Gesetz und Moral.

Was ist schlecht an einer schlechten Schule: Sie zerstört nach und nach, doch unabwendbar den Glauben an die Gerechtigkeit oder (weniger schlimm, aber immer noch ausreichend) sie kann ihn den Kindern nicht zurückgeben, deren Glauben von leichtfertigen Eltern untergraben wurde.

...Ich rief den alten Bekannten an. Meine Vorahnungen hatten mich nicht



Schule ohne Tränen

getrogen. Er sucht eine gute Schule für seinen Sohn.

„Welche Schule ist deiner Meinung nach gut? Wenn sie weiträumig ist? Wenn sie ein Schwimmbassin hat? Und natürlich Computer?“ frage ich so, als hätte ich in der Tasche eine Liste mit Schulen für jeden Geschmack.

Der Bekannte schwieg. Er hat sich niemals über diese seltsamen Fragen Gedanken gemacht. Eine gute Schule ist eine gute Schule, was gibts da hinzuzufügen. Und trotzdem gab er seine Definition ab. Er sprach nicht von Schwimmbassins, und auch Computer ließen ihn kalt (auf der ganzen Welt arbeiten Menschen mit Computern, die diese in ihrer Kindheit nicht gekannt hatten), er sagte:

„Ich möchte nur, daß das Kind nicht mit Tränen in den Augen aus der Schule nach Hause kommt.“

Er hat recht, mein alter Bekannter. Da wird geschrieben und tönt es von den Rednerpulten: Die Schule muß human sein! Die Schule muß demokratisch sein! Perestroikamäßig!

Die Schule muß nicht human sein, nicht demokratisch, ja nicht einmal perestroikamäßig. Die Schule muß eine Schule sein ohne Tränen. Ohne kindliche Tränen, solange die Kinder in die Schule gehen, und ohne elterliche Tränen, wenn die Kinder die Schule beenden.

Vergangenen Oktober, einen Monat nach Schulbeginn, haben mich drei Mitarbeiter unserer Redaktion, deren Kinder in die erste Klasse gingen, wehmütig gefragt: „Können Sie uns nicht raten, in welche Schule wir unsere Kinder versetzen sollten?“ Alle drei haben zu Hause große Schwierigkeiten. Die Kinder hassen ihre Schule, wollen früh nicht zum Unterricht gehen und lassen sich nur mit Anschreien, Drohungen und Überredung dazu brin-

gen, sich morgens auf den Weg zu machen. Ein Junge bekommt jeden Tag Fieber, und es geht sofort runter, wenn die Mutter zu ihm sagt: „Ist gut, du kannst heute zu Hause bleiben“. In einem Fall wird der Junge ständig von seinen Klassenkameraden geärgert, ein anderer hat eine unfreundliche Lehrerin, und im dritten Fall schreibt der Junge unsauber, wird dafür beschimpft und ausgelacht. Dann gibt es wieder Tränen...

So kommt es dann, daß die Eltern im Winter und im Frühjahr suchen, in welche Schule man das Kind geben kann, und im Herbst – in welche Schule es überwechseln sollte.

Ist das denn wirklich so schwer, eine Schule ohne Tränen?

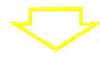
Da hört man von allen Seiten: Sponsoren... Organisationen... Assoziationen... Wie schön wäre es, wenn sich ein unternehmungslustiger Mensch finden würde, der eine weltweite Assoziation „Schule ohne Tränen“ gründen würde! Das wäre eine Wohltat für die ganze Menschheit.

Sollten nicht aber, solange nicht alle Schulen gut sind, die Eltern die freie Wahl haben dürfen? Unser Staatliches Komitee für Volksbildung besteht auf einem derartigen Recht, doch die Schulleiter und örtlichen pädagogischen Behörden sind allem Anschein nach dagegen. Das hat sich deutlich beim Unionskongreß der Mitarbeiter der Volksbildung gezeigt. Das gleiche geschieht in den USA: Präsident Bush ist für das Recht auf freie Wahl, die lokale Administration dagegen. Bei uns befürchtet man die Herausbildung von Eliteschulen (und außerdem, daß, wenn die besten Schüler in die besten Schulen gehen, die schlechten sich gänzlich leeren). In den USA fürchtet man die Rückkehr zu Schulen für Weiße und Schulen für Schwarze. Außerdem bringen Experimente nicht immer gute Ergebnisse. Das ist alles nicht so einfach. Wirtschaftswunder gibt es in einigen Ländern, pädagogische Wunder gibt es nirgends. Die Menschenrechte haben wir wohl verteidigt, die Rechte des Kindes noch lange nicht.

Was soll ich denn für meinen alten Bekannten tun? Nur eines: Ich wende mich an die Moskauer Leser. Kennen Sie nicht eine gute Schule in der Gegend Rasgultai – Jelochowskaja-Kirche? Oder wenigstens eine gute Lehrerin? Schreiben Sie mir bitte. Der Junge ist nicht auf den Kopf gefallen und umgänglich. Die Schule wird seinetwegen keine Tränen vergießen müssen.

Simon Soloveitchik

Neue Möglichkeiten für Geschäftsleute



Die Internationale Handelsverwaltung der
Zivilluftfahrt (MKU GA) hilft Ihnen, Ihre
Probleme beim internationalen
Lufttransport und bei der Gründung von
Gemeinschaftsbetrieben mit ausländischen
Partnern zu lösen.

MKU GA



wickelt jede außenwirtschaftliche
Tätigkeit der Zivilluftfahrt ab, inklu-
sive Lufttransport und Service in
der UdSSR und im Ausland; Devi-
sen- und Finanzverrechnungen;
Abschluß von Verträgen und Ver-
einbarungen; Werbung für Luft-
transport und Service; technische
Hilfe für sowjetische und ausländi-
sche Organisationen, Firmen und
Einzelpersonen bei Wartung und
Reparatur von Flugtechnik, bei Lie-
ferungen von Ausrüstung und
Material und bei der Ausbildung
von Fachleuten.

Einen Geschäftspartner wie MKU GA zu haben, bedeutet schnellen und effektiven Zugang zu direkten Geschäftsverbindungen mit Luftfahrtgesellschaften, Firmen und Organisationen in fast 100 Ländern ohne zusätzliche Ausgaben.

Wenn Sie mit uns zusammenarbeiten wollen, schreiben Sie uns:
125167 Moskau, A-167, Leningradski Prospekt 37
Internationale Handelsverwaltung der Zivilluftfahrt

Telefon: 155 66 47
Telex: 411 969



**Aeroflot offeriert eine neue internationale
Flugroute, die die Sowjetunion und
die VR China miteinander verbindet:**

14159 5 100 000 002
JAN SETSCHKIN
8800 5031 9864 SLBN 27/C124

COV2

ALMA-ATA – ÜRÜMQI

Flug	Abflug	Ankunft	Wochentag
SU 819	Alma-Ata 09.00	Ürümqi 15.50	Dienstag
SU 820	Ürümqi 17.20	Alma-Ata 14.10	
CA 967	Ürümqi 11.00	Alma-Ata 07.35	Freitag
CA 968	Alma-Ata 09.10	Ürümqi 15.35	

(Ortszeit)

Für Geschäftsleute und Touristen!
AEROFLOT
Soviet Airlines



Die TU 154 hilft Ihnen Zeit zu sparen.

Der Komfort und die traditionelle Gastfreundschaft lassen Ihre Reise in die Hauptstadt des sonnigen Kasachstan angenehm, ja unvergeßlich werden.

Das bedeutende kulturelle und industrielle Zentrum Alma-Ata ist durch bequeme Flugrouten mit vielen Städten unseres Landes verbunden.

FLIEGEN SIE DIE NEUE ROUTE!

Индекс 70624 на немецком языке

Panzer auf die Plätze

Glanz und Fall eines sowjetischen Konzerns

Im Anfang war eine Sensation. Sowjetischen Zeitungen zufolge beabsichtigte eine gewisse Vermittlungsgenossenschaft, ANT, 12 nagelneue T-72-Panzer ins Ausland zu verkaufen. Die Genossenschaft hatte das mit einem Betrieb im Uralgebiet vereinbart, und dieser die Panzer mit einem Zug in den Hafen von Noworossisk geliefert, wo sie ein Schiff aus dem Ausland abholen sollte. Der „Ausverkauf des nationalen Reichtums“ sei für ANT, so die Presse, eine alltägliche Angelegenheit. Sie exportiere Betriebe abgekauften illiquide Bestände, Abfälle, Werk- und Rohstoffe aus Übernormbeständen (darunter Alu-Rohre, eine für die Verkäufer so wertvolle Ware, daß sie die Rohre jahrzehntelang gelagert hatten – wohl um sie vor dem bösen Blick zu bewahren). Als Gegenleistung liefere ANT seinen Partnern und anderen Stellen Kleinkram wie Computer, Unterhaltungselektronik, Kleidung, Schuhe, sonstige Konsumgüter, Einwegspritzen und Kondome.

Genossenschafter, die alles mitgehen lassen, was nicht niet- und nagelfest ist, Panzer als Export- und Kondome als Importware: sehr effektiv. Dabei war ohne weiteres festzustellen, daß ANT (nach den Anfangsbuchstaben der russischen Wörter für Automatisierung, Wissenschaft, Technologie) keine Vermittlungsgenossenschaft ist, sondern ein zwischenzeitlicher staatlich-genossenschaftlicher Konzern, der 5000 Personen beschäftigt und seinen Gewinn zu einem beträchtlichen Teil an den Staatshaushalt abführt. Der Konzern befaßt sich mit ernsthaften wissenschaftlichen Forschungen und der Einbürgerung seiner Entwicklungen in verschiedenen Bereichen: Umweltschutz, Maschinenbau, Chemie, Luftfahrt, Elektronik. So beteiligt er sich an der Entwicklung von Technologien und Ausrüstungen für die Herstellung von keramischen halbdurchlässigen Membranen und neuen chemischen Methoden zur Reinigung von Industrieabwässern sowie an der Erforschung des Funktionierens eines künstlichen Herzens. Der Konzern hat auch die Genehmigung zur außenwirtschaftlichen Tätigkeit.

Der wirkliche Vermittler in dieser Geschichte war die Forschungs-Produktions-Vereinigung „Wsljot“, die sich bereit erklärt hatte, dem Konzern Schlepper aus den Beständen der abzubauenen Militärtechnik zu liefern. Man hat eben Konversion! Die Papiere waren durchaus in Ordnung. „Transportmittel, nicht demontiert“: So wurde der Zug mit den Panzern geführt, wobei sich in einem Waggon noch Geschütze und Maschinengewehre („Eisenbahnöfen“) befanden. Wieso kamen Panzer im Hafen an, wo doch der ANT-Konzern, wie man jetzt weiß, dem Herstellerbetrieb außer dem Preis der Panzer noch rund anderthalb Millionen Rubel für ihre Umarbeitung für fried-

liche Funktionen gezahlt hatte? Oder glaubte man allen Ernstes, daß es, wäre das eine Machenschaft gewesen, gelungen wäre, die Panzer über die Grenze zu schmuggeln (gerade wegen solcher Befürchtungen bauschte man nämlich die Geschichte auf), vorbei an ahnungslosen Zollbeamten und Grenzern von Noworossisk? Wir sollten sie mit dieser Annahme nicht kränken. Die ganze Chose hat jedoch viel zu viele Haken. Kann vielleicht der ANT-Vorstand da Klarheit schaffen?

Wladimir Rjaschenzew, ANT-Generaldirektor für außenwirtschaftliche Beziehungen:

„Unsere einzige Schuld ist, daß wir die Schlepper, die sich als Panzer entpuppen sollten, noch vor Ausfertigung aller nötigen Dokumente bezahlten. Aber der Herstellerbetrieb ‚Uralwagonsawod‘ bat, ihn aus der Not herauszureißen: Er hänge mit dem Jahresplan durch, die Jahresendprämie für die Arbeiter sei bedroht. Wir kamen den Leuten entgegen, weil wir dachten, wenn überhaupt, dann bestehe die strengste Kontrolle gerade in einer Rüstungsfabrik, dort werde man uns nicht in Schwulitäten bringen. Als unser Vertreter in Noworossisk die ‚Ware‘ sah, war er völlig sprachlos. Schließlich setzte er die Konzernleitung davon in Kenntnis. Man telefonierte mit dem Betrieb, es war jedoch schon zu spät und unser Zug inzwischen beschlagnahmt worden. Formal gesehen hatten wir mit ihm absolut nichts zu tun: Da wir das Übergabe-Abnahme-Protokoll nicht unterzeichnet hatten, galten die ‚Schlepper‘ noch als Eigentum des Herstellers.“

„Wie erklären Sie sich diese ganze Geschichte?“

„Ich hätte zwei Erklärungen. Möglich ist eine ganz gewöhnliche Schlamperei: Die Eisenbahn darf selbst die speziellen Rampen zum Panzertransport nur nach Absprache mit einem Vertreter des Verteidigungsministeriums zur Verfügung stellen. Ich schließe jedoch nicht aus, daß man die Absicht hatte, den Betrieb ‚auszuliefern‘ und zugleich auch uns eins auszuwaschen.“

„Warum das?“

„Wir haben ein Programm entwickelt, das es ermöglicht, bei uns die Produktion von Konsumgütern, medizinischen Ausrüstungen, Möbeln usw. in drei bis vier Jahren in Gang zu bringen, und zwar mittels der internationalen Arbeitsteilung und der Integration mit bekannten westlichen Produzenten, zu denen unser Konzern Beziehungen aufgenommen hat. Zu unseren Partnern zählen bekannte Firmen der USA, Großbritanniens, der BRD, der Schweiz, Singapurs, Taiwans, Österreichs, Schwedens, Frankreichs, Belgiens, Südkoreas und Japans. Wir haben es auch in soliden Finanzkreisen zu

einem gewissen Ansehen gebracht, haben es gelernt, ohne Vermittler auszukommen, sowohl ohne unsere außenwirtschaftlichen Stellen als auch ohne westliche Vermittlerfirmen, die seit rund 30 Jahren in unserem Land tätig sind, sich auf dem sowjetischen Markt auskennen und von seiner Unvollkommenheit geschickt profitieren. Gerade diese Selbständigkeit und Unabhängigkeit, eine größere Wendigkeit als bei Vertretern der starren staatlichen Strukturen mißfielen gewissen Leuten, führten zu Neid und manchmal zu direktem Widerstand.“

Wie aufrichtig sind diese Worte?

Juri Potjomkin, Oberassistent des Generalstaatsanwalts der UdSSR:

„Ob der ANT-Konzern nur im Rahmen der Befugnisse handelte, mit denen ihn staatliche Organe ausgestattet haben? Das wird man erst nach einer gründlichen wirtschaftlich-finanziellen Analyse seiner Tätigkeit sagen können. Ökonomen, Völkerrechtler und Experten für gegenseitige Verrechnungen sollen erst ihr Gutachten vorlegen.“

Vorläufig ist die außenwirtschaftliche Tätigkeit von ANT suspendiert. Der Eklat hat ANT auch auf dem Inlandsmarkt keine Lohrbeeren gebracht. Seine Gründer, Garanten und Bürgen schieben sozusagen den Rückwärtsgang ein und treten einer nach dem anderen aus. Der Konzern erleidet Verluste, aber zugleich mit ihm tut das auch die Idee von amtsunabhängigen Produktionsstrukturen. **Wem nützt das?** Hätte es nicht Sinn, bevor man den Konzern abschreibt, ruhig und sachlich festzustellen, ob die Tätigkeit des Konzerns unserem Land schadet oder nützt, und erst dann zu handeln? Ist es rational, ein gerade geschaffenes neues Modell der Geschäftsbeziehungen über Nacht zu zerstören? Unklar bleibt auf jeden Fall, wer die in Aussicht gestellten Lieferungen von Waren, die unser Land braucht, gewährleisten und wer sich vor ausländischen Partnern, mit denen Abkommen geschlossen sind, verantworten soll.

Die Sache hat auch noch einen moralischen Aspekt. Waffenhandel ist eine Angelegenheit, die kaum jemandem Ehre einbringt, und das erklärt die scharfe Kritik an ANT, sobald der entsprechende Verdacht aufkam. Freilich werden die T-72-Panzer längst von unserem Staat exportiert. In diesem Fall dürften die politischen und wirtschaftlichen Vorteile ernsthaft und begründet genug sein. Bevor wir also einen Konzern wegen gleicher Lieferungen verurteilen, müßten wir alle wohl auch über solche Vorteile **Bescheid wissen**.

Zur Untersuchung des Falls wurde eine Kommission unter Boris Pugo, Vorsitzender des Komitees der Parteikontrolle beim ZK der KPdSU, eingesetzt.

Boris Balkarej